Nr. 205. 29. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Männer und Frauen Berlins!

Heute abend gilt es, unsere Versammlungen zu einem wuchtigen Protest gegen die volksverhöhnende Untätigkeit der Agrarierregierung zu gestalten. Es gilt zu demonstrieren für:

Sofortige Einberufung des Reichstags!
Oeffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch!
Beseitigung der Getreideausfuhrprämien!
Abschaffung der Lebensmittelzölle!

Nieder mit der agrarischen Wirtschaftspolitik!

Die Folgen der Grenzenöffnung.

Da es in diesem Jahre durchaus nicht angeht, die Tatsache der Teuerung wegzudisputieren, verlegt sich die agrarische und die Zentrumspresse darauf, die Wirkungen der vom Volke geforderten Zollschutzaufhebung zu diskreditieren. Irgendwelche Logik sucht man allerdings vergeblich in den Einwänden gegen die Grenzenöffnung. Denn bald wird behauptet, die freie Einfuhr von Vieh und Fleisch würde nichts nützen, da auch die übrigen Länder an Viehknappheit litten, bald auch, die Oeffnung der Grenzen würde sogar eine Verteuerung herbeiführen, und schließlich, sie bedeute den Ruin der wirtschaftlichen und nationalen Selbständigkeit Deutschlands. So wechseln, einander widersprechend, die Bilder von den Folgen der Aufhebung der Grenzsperre.

Mit dem Einwand, daß durch eine Oeffnung der Grenzen das Fleisch noch teurer werde, brauchen wir uns hier nicht mehr auseinanderzusetzen. Durch bloße Vermehrung des Angebots kann bei gleichbleibendem Konsum nicht eine Erhöhung der Preise stattfinden. Aber kein einfältiger Einwand ist dumm genug, daß ihn nicht die reaktionäre Presse ihren Lesern vorsetzte. Selbst eine Erhöhung der Zwischengewinne des Handels, der die Einfuhr in seinen Händen hätte, käme nicht dem Profit gleich, den jetzt die Agrarier einstecken. Statt zwei Plünderern gäbe es dann immerhin nur einen.

Etwas stichhaltiger erscheint zunächst der Einwand, daß die Oeffnung unserer Grenzen die Vieheinfuhr nicht bedeutend vergrößern und damit eine Preisermäßigung kaum hervorrufen könne. Hat doch die Regierung in ihren Veröffentlichungen über die Teuerung sogar darauf verwiesen, auch ausländisches Vieh sei so knapp, daß nicht einmal die Einfuhrerlaubnis aus Rußland voll ausgenutzt worden sei. Daran sind aber nur die Einfuhrerschwerungen schuld, die ein Schwanken in den Einfuhrmengen hervorrufen, dem durchaus keine Bedeutung zukommt. Auch eine Erhöhung dieses Einfuhrkontingents, selbst eine Oeffnung der Grenzen würde nicht den gewünschten vollen Erfolg haben, wenn nicht die preissteigernden Grenzkontrollen auf das veterinärpolizeilich notwendige Maß beschränkt werden.

So sind im Jahre 1910 mit Erlaubnis des Reichskanzlers Schlachtrinder und Schlachtschweine aus Frankreich vorübergehend in beschränkter Anzahl in Bayern, Baden, Württemberg und Hessen eingeführt worden, ohne daß daraus eine irgendwie bemerkenswerte Preisermäßigung folgte und folgen konnte. Denn unsere Nachbarländer, die für einen Fleischexport nach Deutschland in Betracht kommen, sind natürlich auf den neuen Absatz gar nicht vorbereitet. Ihre Viehzucht ist nur für den eigenen Bedarf eingerichtet. Einer plötzlichen Erweiterung der Nachfrage könnten sie gar nicht gerecht werden. Die Viehzüchter Rußlands, Oesterreichs, Hollands und Frankreichs konnten auch nicht zu einer Vermehrung der Viehbestände schreiten, da die Oeffnung unserer Grenzen, zu der sich die von den Agrariern beherrschte Regierung allenfalls verstand, ja nur vorübergehend war. Auf die bloße Möglichkeit hin, daß im Laufe vieler Jahre für wenige Wochen die Grenzen Deutschlands für Vieh geöffnet sein werden, können die ausländischen Viehzüchter nicht dauernd ihr Vieh vermehren. Auch die Viehknappheit des Auslandes beruht nicht auf der natürlichen Unmöglichkeit größerer Viehproduktion, sondern auf der künstlichen Absperrung Deutschlands.

Von weit größerem Einfluß würde die dauernde Aufhebung der Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sein, die jetzt die Einfuhr gekühlten und gefrorenen Fleisches völlig hindern. Für den Transport, die Aufbewahrung und das Auftauen des überseeischen Fleisches bedarf es zwar auch besonderer Kühlwagen, Kühlräume usw. Zum Teil sind diese Einrichtungen aber schon vorhanden oder lassen sich so leicht schaffen, daß eine sofortige Einfuhr in mäßigem Umfange möglich wäre. Die Fleischpreise würden damit sofort fallen, zumal die Aussicht späterer vermehrter und dauernder Vieheinfuhr im voraus zu Preisermäßigungen zwingen würde.

Die bloße Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch durch Aufhebung der auf dieser ruhenden Zölle und veterinärpolizeilichen Erschwerungen würde aber auf die Dauer noch nicht genügend Abhilfe schaffen. Auch auf dem Weltmarkt steigen die Viehpreise, da der Bedarf an Fleisch schneller fortgeschritten ist als die Viehproduktion. Zudem werden in Nord- und auch Südamerika weite Strecken, auf denen bisher gewaltige Viehherden weideten, dem Getreidebau zugeführt. Dieser Prozeß wird sich fortsetzen und weitere Erhöhungen der Weltmarktpreise hervorrufen. Von der Oeffnung der Grenzen ist daher auch nicht ein dauernder Rückgang der inländischen Viehzucht zu erwarten, wie die Agrarier behaupten. Die Viehzucht wird in Deutschland ebenso rentabel sein, wie sie es auch in England trotz starker Einfuhr von überseeischem Fleisch geblieben ist. Es gibt sogar ein unfehlbares Mittel, die Ausdehnung der inländischen Viehproduktion wesentlich zu steigern: die Aufhebung der Futtermittel- und Getreidezölle. Heute liegt noch der Schwerpunkt der deutschen Viehzucht in dem Mittel- und Kleinbesitz. Die kleinen Betriebe aber müssen selbst in normalen Erntejahren um den Zoll verteuertes Getreide und Futtermittel hinzukaufen. Da sie drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, ist die Mehrzahl der deutschen Landwirte nicht an den Einfuhrzöllen auf Getreide interessiert. In Jahren ungünstiger Ernte und des Futtermangels werden die Zölle zu einer Not für den Viehzüchter, der nun die Aufzucht von Vieh einschränkt. Nur der Großgrundbesitzer vermag diese Zeiten auszuhalten. Während der kleine Landwirt schon sein Vieh zu billigem Preise hat losschlagen müssen, wartet der Großgrundbesitzer in Ruhe die infolge von Verringerung der Viehbestände eintretenden Zeiten hoher Viehpreise ab und dann erst verkauft er mit großem Profit.

Gerade durch die Getreide- und Futtermittelzölle gehört die Viehzucht heute zu den weniger rentablen Zweigen der Landwirtschaft. Der Getreidezollschutz fördert durch alleinige Begünstigung des Großgrundbesitzes einseitig den Getreidebau auf Kosten der Viehzucht. Die Profite aus dem Getreideverkauf sind für die Junker so groß, daß sie die schwierigere Aufzucht von Vieh den kleinen Bauern überlassen. Aber in Zeiten hoher Viehpreise trägt der Großgrundbesitzer den Gewinn davon, für den die Bauern jahrelang durch teuere Futterpreise beisteuerten.

Eine Aufhebung der Getreidezölle würde allerdings die Folge haben, daß der Getreidebau etwas zurückginge. Seit Schaffung der Zölle ist aber die Anbaufläche noch gestiegen unter Hinzuziehung auch der ungünstigeren Böden. Bei der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands würde ein Rückgang des Getreidebaus auf Böden, die unter rein wirtschaftlichen Bedingungen unrentabel erscheinen, nichts schaden. Muß doch Deutschland schon heute Weizen und Gerste zur Deckung des notwendigen Bedarfes einführen. Die Flächen, die sich für den Körnerbau nicht mehr rentieren, würden dann zum Anbau anderer landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere von Futtermitteln für die Viehzucht dienen. Deutschland würde dabei zwar noch weniger als heute seinen Getreidebedarf selbst decken, aber es könnte seine Fleischproduktion so steigern, daß sie der Nachfrage genügte. Nicht nur der Konsum würde davon durch niedrigere Preise ohne dauernde Steigerungen profitieren, auch die Landwirtschaft wäre durchaus nicht dem Ruin ausgeliefert, den uns die Agrarier in den schwärzesten Farben an die Wand malen. Den bäuerlichen Betrieben würde vielmehr der Existenzkampf erleichtert. Und wollen uns nicht immer die Agrarier glauben machen, sie beabsichtigten die Befestigung der „bodenständigen" Elemente unseres Volkes? Gerade die hohen Getreidepreise haben das Bauernlegen gefördert, der kleine Besitz ist verschuldeter denn je. Wäre es den Agrariern wirklich um eine Gesundung der bäuerlichen Verhältnisse zu tun, die Aufhebung des Zollschutzes wäre das beste Mittel dazu.

* * *

Gefrierfleisch gesundheitsschädlich?

Die Frage der Gesundheitsunschädlichkeit des gefrorenen Fleisches ist längst und zwar im bejahenden Sinne entschieden. Dasselbe gilt von dem Nährwert und dem Nutzungswert oder den Verdaulichkeitseigenschaften des Fleisches, die durch den Gefrier- und Auftauprozeß in keiner Weise beeinträchtigt werden. Da sich gegen diese wissenschaftlich hinlänglich festgestellten Momente auf anderem als wissenschaftlichem Wege nicht gut operieren läßt, so richtet sich dieser mißverständliche, aber darum um so hartnäckigere Kampf gegen das gefrorene Fleisch vorzugsweise gegen die Genußeigenschaften desselben, wobei dem Gegner die Imponderabilien des Geschmackes und der Gewöhnung zugute kommen. Nun sollte auch hier der einfache Hinweis auf das Beispiel Englands genügen, wo eine an den Fleischgenuß im besonders hohen Maße und mit besonderen Ansprüchen an die Qualität desselben gewöhnte Bevölkerung seit über 80 Jahren das gefrorene Fleisch in stetig steigendem, zurzeit 50 Proz. des gesamten Fleischkonsums erreichendem Maße aufgenommen hat. Daß dabei mit der Zeit auch die erforderlichen Erfahrungen in der richtigen Behandlung und Zubereitung gemacht werden konnten, das zeigt gerade das englische als das zweckmäßige Lehrbeispiel im Gegensatz zu den nach jeder Richtung unzulänglichen Versuchen, die auf Grund mangelnder Vorbereitungen in Oesterreich und in der Schweiz unternommen worden sind.

Eine Probe auf die Genußfähigkeit des gefrorenen Fleisches ist in Deutschland übrigens neuerdings mit aller Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit gemacht worden. Die Markt- und Kühlhallen-Gesellschaft in Berlin veranstaltete in dem Restaurant Kaiser-Keller eine Kostprobe von gefrorenem inländischem Ochsenfleisch, wobei namentlich die Verwendbarkeit des gefrorenen Fleisches als Kochfleisch unzweifelhaft nachgewiesen wurde. Die Zeugen dieses Vorganges, zu denen unter anderen Vertretern interessierter Behörden auch ein Mitglied des Reichsgesundheitsamtes zählte, haben damals einstimmig den von jedem Beigeschmack freien Wohlgeschmack des Fleisches in den verschiedensten Zubereitungsformen und das gute, jeder ungewohnten Färbung entbehrende Aussehen des Fleisches bei offenbarer Vermeidung jeder besonderen Würze anerkannt. Mit diesem Nachweis, der in einer kurzen Sachdarstellung der Oeffentlichkeit übergeben worden ist, hätte eigentlich die Frage der Genußfähigkeit des gefrorenen Fleisches erledigt sein sollen. Indessen hat es nicht lange gewährt, daß man in den Kreisen der agrarischen Gegner versuchte, dieses unbequeme Beweismittel zu erschüttern. Es wurde das Gelingen der ganzen Probe auf die Umständlichkeit der Behandlung des Fleisches, namentlich in der besonderen Vorsicht bei der Vornahme des Auftauprozesses, wie sie eben nur für wissenschaftliche Versuchszwecke möglich, in der Praxis aber gänzlich ausgeschlossen sei, zurückgeführt. Durchaus unberechtigterweise; denn auch eine Beschleunigung des Tauverfahrens, das am zweckmäßigsten durch einfache Ueberführung des in Gebrauch zu nehmenden Fleisches aus der Gefrierkammer in den Kühlraum auf zirka 24 Stunden geschieht, würde dasselbe Resultat gehabt haben. Mit diesem Berliner Experiment ist zunächst nur die Unschädlichkeit und Tauglichkeit der Gefrierverfahrens zur Haltbarmachung von Fleisch außer Zweifel gestellt worden. Durch den Umstand, daß die Dauer der Einlagerung des Versuchsobjektes zirka zehn Monate betrug, konnte auch die Transportfähigkeit des gefrorenen Fleisches auf langen Reisen nachgewiesen werden.

Ursachen der Fleischteuerung.

In der „Königsberger Hartungschen Zeitung" nimmt ein freisinniger Großgrundbesitzer zur Fleischteuerung das Wort und weist nach, daß nicht nur die Viehzölle, sondern auch die hohen Getreidezölle Ursache der Fleischnot sind. Die hohen Getreidezölle hätten eben die hohen Getreidepreise gebracht und die Grundbesitzer zu möglichst umfangreichem Getreidebau und Getreideverkauf verleitet. Das geschähe auf Kosten der Viehzucht. Die Besitzer verkloppten so viel Getreide als irgend gehe, der momentane Erlös passe ihnen ausgezeichnet zur Bestreitung der großen Ausgaben. Der Getreideverkauf fülle ihnen sofort die Taschen mit Geld, die Viehzucht erst in zwei bis drei Jahren. . . . Soll geholfen werden, so müßten sowohl Getreide- wie Viehzölle herabgesetzt werden. „Der Kerl ist verrückt, hör' ich", so schreibt der Großgrundbesitzer, „die Getreide-Plantagenbesitzer beim Lesen sagen; wir müßten dann ja alle Pleite gehen! Antwort: Alle nicht! höchstens die, die mit ungenügenden Mitteln große Objekte zu teuer gekauft haben und denen überhaupt nicht zu helfen ist. Deutschland befindet sich in schwerer Notlage, aus der können nur ernste Mittel heraushelfen. Wie der Arzt manchmal mit schmerzhaftem, kräftigem Schnitt den Kranken rettet, so muß auch in der Volkswirtschaft das Radikalmittel angewendet werden. Es tut weh, aber es hilft. Es heißt: Allmähliche Herabminderung der Zolltarife." Der Gutsbesitzer, der diese ketzerischen Ansichten gegen die Agrarier vertritt, heißt Bräsicke und hat früher für den Freisinn zum Reichstag kandidiert.

Maßnahmen gegen die Fleischteuerung.

Der Stadtmagistrat Augsburg beschloß auf sozialdemokratischen Antrag die sofortige Einberufung der Lebensmittelversorgungskommission; die Kommission soll unverzüglich Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung machen und die Vorschläge den städtischen Kollegien unterbreiten. Zur Versorgung des Marktes mit Schweinen beabsichtigt der Magistrat Augsburg die Schweinezüchtung auf städtischen Grundstücken in die Wege zu leiten. Nach dem Muster von Ulm-Neuulm sollen diese Schweine unter Ausschaltung des Zwischenhandels städtischerseits geschlachtet und das Fleisch zu billigem Preise an die Konsumenten abgegeben werden.

Kundgebungen gegen die Teuerung.

Die Leipziger Arbeiterschaft hielt am Sonntag fünf große zum Teil überfüllte Versammlungen gegen die Teuerung ab. Es mögen ungefähr 8000 Personen in den Versammlungen gewesen sein. In einer überall einstimmig angenommenen Resolution wurde die Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel und die Oeffnung der Grenzen verlangt. Die Einfuhrscheine wurden als eine frivole Methode gekennzeichnet, deutsches Getreide auf Kosten der Steuerzahler zu einem Spottpreise an das Ausland zu verkaufen, während die deutsche Bevölkerung Hungersnotpreise für das Brot bezahlen muß.

Die Braunschweiger Arbeiterschaft protestierte in einer gewaltigen Versammlung am Sonntagvormittag gegen die Teuerung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der von der Reichsregierung Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel, Oeffnung der Grenzen und Beseitigung der Einfuhrscheine verlangt wird. Der Reichstag soll sofort einberufen werden. Von den Gemeinden wird Organisation des Massenbezugs von Lebensmitteln verlangt. — Die Polizei hatte die großen Verkehrsstraßen der Stadt für die aus der Versammlung heimkehrenden Männer und Frauen abgesperrt. Das ganze Tag- und Nachtpolizeipersonal war aufgeboten gegen die protestierenden Arbeiter. Mehrfach schlugen Polizisten mit dem Gummiknüppel auf die Arbeiter los und zerrissen ihnen die Kleidung. Die flüchtenden Arbeiter wurden von den Polizisten selbst aus den Häusern herausgetrieben, auch Frauen wurden von den tapferen Helden mit dem Gummiknüppel bedroht.

In Mannheim tagte am Sonntag eine von ca. 3000 Personen besuchte Versammlung, die sich auch mit der Lebensmittelteuerung beschäftigte. Die Resolution fordert von der Reichsregierung die Oeffnung der Grenzen, von der Landesregierung Aufhebung der staatlichen Fleischakzise und vom Stadtrat in Mannheim die Einfuhr ausländischen Fleisches.

Die Teuerung in Landtag und Gemeindevertretungen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Lübecker Bürgerschaft hat folgenden Antrag gestellt: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seinen Vertreter im Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Zölle auf Lebens- und Futtermittel suspendiert und 2. die Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch geöffnet werden."

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion in Elberfeld hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, zur Abwehr der sich stetig steigernden Lebensmittelteuerung, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung Elberfelds schwer bedroht, 1. an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperre für Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und der Einfuhrscheine; 2. städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung Elberfelds mit Lebensmittel zu schaffen."

Die sozialdemokratische Fraktion der Mainzer Stadtverordnetenversammlung brachte den Antrag ein, „den Oberbürgermeister im Hinblick auf die Teuerung der Nahrungsmittel, insbesondere die immer noch steigenden Fleischpreise, zu ersuchen, 1. bei der hessischen Regierung erneut zu beantragen, sie möge im Bunderat dahin wirken, daß dem alsbald zusammenzuberufenden Reichstag eine Vorlage unterbreitet werde, in der die wenigstens zeitweise Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Oeffnung der Grenzen (unter Beibehaltung wirklich notwendiger Schutzbestimmungen gegen Seuchenverschleppung) für die Einfuhr von Schlachtvieh und die Beseitigung oder Milderung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes verfügt wird; 2. eventuell gemeinsam mit anderen Gemeinden kommunale Maßnahmen zu erwägen, die geeignet sind, der Fleischteuerung entgegenzuwirken; 3. für den kommenden Winter eine Arbeitslosenfürsorge in ähnlicher Weise eintreten zu lassen, wie vor zwei Jahren."

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Düsseldorf richtet an die Stadtverwaltung folgenden Antrag: „In Anbetracht der drückenden Verteuerung fast aller notwendigen Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, möge die Stadtverwaltung geeignete Maßnahmen treffen, die diesem verderblichen Uebelstand entgegenwirken. Als solche Maßnahmen sind zu nennen: Bezug von Fleisch und Lebensmitteln im großen, soweit es die bestehenden Zoll- und Sperrvorschriften gestatten, auch aus dem Auslande, und Abgabe dieser Lebensmittel zum Selbstkostenpreise an die minderbemittelte Bevölkerung durch städtische Verkaufsstellen. Ferner Inangriffnahme von Viehmästerei im großen durch die städtische Verwaltung und Verkauf des gewonnenen Fleisches zum Selbstkostenpreise. Endlich soll die Stadtverwaltung bei der Reichsregierung vorstellig werden, zum Zweck der Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel und Beseitigung aller nicht durch gesundheitliche Rücksichten gebotenen Beschränkung der Einfuhr für Vieh und Fleisch aus dem Auslande."

Der Stadtrat von Mannheim hat an die Landesregierung eine Eingabe gerichtet, in der die Meinung vertreten wird, daß der Fleischteuerung nur durch eine generelle Erleichterung der Vieheinfuhr begegnet werden kann. Er hat auch bereits einen Probeversuch mit Gefrierfleisch gemacht und würde, falls der Bundesrat die Möglichkeiten zur Einfuhr schafft, solches vom Hamburger Hafen beziehen und es von durch die Metzgerinnung bestellten Fleischern zum Verkauf bringen lassen. Schweinefleisch könnte für 60—65 Pf. das Pfund verkauft werden. Sehr billiger würde sich der Verkauf von in gefrorenem Zustande aus China eingeführtem Wild und Geflügel stellen. Der Verkauf könnte nach Mitteilungen der Lieferanten allerdings erst von November bis März betätigt werden, wenn bis dahin die Einfuhr überhaupt schon möglich wäre.

In Zeitz protestierte eine von zirka 1000 Männern und Frauen besuchte Versammlung gegen die Teuerung und nahm eine Resolution an, die die üblichen Forderungen, Aufhebung der Zölle und Oeffnung der Grenzen, stellt.

Die Landesversammlung der hessischen Sozialdemokratie erhob am Sonntag ebenfalls Protest gegen die Teuerungspolitik und forderte Suspendierung der Lebensmittelzölle, Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh und frisches Fleisch. Weiter aber die alsbaldige Einberufung des Reichstages, damit von dieser Seite dauernde Abhilfemaßnahmen getroffen werden können.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat, wie schon kurz berichtet, erneut eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der um Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch ersucht wird. Die Begründung hierfür ist so treffend, daß wir sie hier auszugsweise wiedergeben. Es heißt in dem Schreiben:

„In unserer letzten Eingabe vom 19. September v. J. hatten wir der Befürchtung Ausdruck gegeben, infolge der Dürre und Seuchen werde eine derartige Knappheit an Schlachtvieh eintreten, daß die Vieh- und demgemäß auch die Fleischpreise trotz ihrer ohnehin schon außerordentlichen Höhe eine weitere Steigerung erfahren müßten.

Diese Befürchtungen sind leider in vollem Umfange eingetroffen. Die Preise sämtlicher Viehgattungen haben inzwischen eine nie dagewesene Höhe erreicht, und demgemäß sind auch die Fleischpreise gestiegen.

Auf dem hiesigen Markt betrug der Preis für das Pfund Schlachtgewicht:

Im Durchschnitt der Monate Mai bis Juli	Schweine	Ochsen	Kälber und Rinder
1911	60,8 Pf.	89,2 Pf.	81,8 Pf.
1912	75,7 „	93,8 „	87,8 „
Die zwei ersten Märkte im August 1912	85,2 „	99,7 „	89,4 „

Nach Veröffentlichungen der hiesigen Fleischerinnung betrugen die Ladenfleischpreise für das Pfund Fleisch mit Beilage:

	Schweinefleisch	Ochsenfleisch	Rindfleisch
am 1. Juli 1911 . .	80 Pf.	95 Pf.	85 Pf.
am 1. Juli 1912 . .	80 „	100 „	90 „
ab 6. August 1912 . .	95 „	100 „	90 „

Nach der gegenwärtigen Marktlage muß mit einer weiteren Steigerung der Fleischpreise gerechnet werden.

War die Erregung der Bevölkerung, wie wir in unserer letzten Eingabe hervorheben mußten, seither schon eine überaus große, so wird nach der erneut eingetretenen Verschärfung der Verhältnisse bei aller Rücksicht auf die Landwirtschaft nicht mehr verstanden werden, weshalb den nicht minder berechtigten Interessen der nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerung jedes Entgegenkommen versagt bleibt. Mit weiten Kreisen der Bevölkerung sind wir der Ansicht, daß ohne Schädigung der Landwirtschaft, den Verhältnissen in der Weise Rechnung getragen werden könnte, wie dies vom Deutschen Städtetag in einer Eingabe an den Herrn Reichskanzler vom 19. September 1911, sowie in unseren wiederholten Eingaben an Ew. Exzellenz, namentlich in denen vom 2. September und 23. November 1910 und vom 19. September d. J. vorgeschlagen worden ist. Wiederholt müssen wir für besonders dringend erklären, daß, wenigstens so lange, bis der Mangel an einheimischem Schlachtvieh überwunden ist,

die Grenzen für lebendes Schlachtvieh geöffnet werden, selbstverständlich unter Wahrung des notwendigen Schutzes für den einheimischen Viehbestand, daß ferner die Erschwerungen für die Einfuhr von frischem Fleisch, besonders durch Aenderung des § 12 des Reichsfleischbeschau-Gesetzes vom 3. Juni 1900, beseitigt und die Einfuhr von gefrorenem Fleisch ermöglicht wird, daß endlich die Zölle auf Vieh und Fleisch ermäßigt oder vorübergehend aufgehoben werden.

Nach alledem gestatten wir uns, in vollständiger Uebereinstimmung mit der hiesigen Handelskammer, bei Ew. Exzellenz erneut vorstellig zu werden, dem aufs schwerste empfundenen Notstand in der Fleischversorgung der Bevölkerung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuhelfen."

Unterzeichnet ist diese Eingabe vom Oberbürgermeister Adickes. Es ist besonders bemerkenswert, daß gerade dieses Mitglied des Herrenhauses, das sicher ein warmes Herz für die Agrarier hat, so treffende Worte gegen die Landwirtschaft und gegen die Regierung findet. Es kann in der Tat nicht verstanden werden, „weshalb dem nicht minder berechtigten Interesse der nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerung jedes Entgegenkommen versagt bleibt." Wenn dies schon von solcher Seite gesagt wird, dann muß die Not schon groß sein! Und kein Ruf von seiten der Bedrückten kann scharf und laut genug sein, um der Regierung zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Die Grenzen auf!

Wermuth über die Reichsschuldenwirtschaft.

Der gegenwärtige Oberbürgermeister von Berlin und ehemalige Reichsschatzsekretär Wermuth hat einem Redakteur der „Vossischen Zeitung" gegenüber Aeußerungen über die Lage der Reichsfinanzen gemacht, die die öffentliche Beachtung verdienen.

Wie schon früher, vertritt Herr Wermuth die Meinung, daß unsere Reichsfinanzen nicht so günstig seien, daß ohne neue Steuern, nämlich eine Erbschaftssteuer, der Etat balanciert und womöglich auch eine Schuldentilgung vorgenommen werden könne, wie es doch durch die Reichsfinanzreform von 1909 beschlossen war.

Herr Wermuth sagte:

Es fragt sich jetzt, ob es dem Reichskanzler und dem Bundesrat gelingen wird, den nächstjährigen Etat so zu balancieren, daß er in sich eine geschlossene wirtschaftliche Einheit bildet, also nicht auf die Ergebnisse früherer Jahre sich stützt und damit zwar über augenblickliche Verlegenheiten hinweghilft, die Schwierigkeiten der Zukunft aber immer noch vergrößert. Ich denke hier an die Verwendung der Ueberschüsse des Jahres 1911. Das Etatsgesetz von 1912 gestattet die Verwendung dieser Ueberschüsse — von insgesamt etwa 250 Millionen Mark — für die kommenden einmaligen Ausgaben aus Anlaß der Heeres- und Flottenverstärkung und stellt den dafür nicht verwendbaren Teil in Reserve mit der Begründung, daß der Etat für 1913 über sein Schicksal weitere Entscheidungen treffen soll. Es liegt also die Gefahr ungemein nahe, daß man zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat große Beträge aus diesem Ueberschußfonds abschöpft, einem Fonds, der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Denn die Ueberschüsse des Jahres 1911 haben bereits dazu gedient, die Anleihen der vergangenen Jahre, zu denen das Gesetz die Ermächtigung erteilte, entbehrlich zu machen und darüber hinaus Schulden zu tilgen. Wenn also jetzt die Ueberschüsse zu anderen Zwecken verwendet werden, so würde man die frühere Verwendung, mit der eine heilsame Entwickelung für die Zukunft angebahnt werden sollte, rückgängig machen. Zudem würde man in die Spalten des Etats Ziffern als Einnahme einsetzen, die in diesem Sinne bloß formelle Bedeutung haben, die beliebig hochgestellt werden können, und die in den späteren Etats über kurz oder lang wieder wegfallen müßten. Das ist für mich der Gegenstand der größten Besorgnis. Ich glaubte, ohne dabei die Grundsätze der Verfassung irgendwie berühren zu wollen, stets daran festhalten zu müssen, daß die Finanzbehörde einer festen Grundlage bedarf, von der aus sie das Gleichgewicht des Etats verteidigen kann. Sonst ist sie den mächtigen Ansprüchen der Reichsressorts wehrlos preisgegeben. Wenn bei der Aufstellung des kommenden Etats jedermann sich darauf berufen darf, daß die große Reserve der Ueberschüsse von 1911 im Hintergrunde stehe, wie soll es da vermieden werden, daß der Etat für 1913 wiederum der Anfang einer gleich verhängnisvollen Entwickelung wird, wie wir sie in den Jahren 1900—1908 schaudernd erlebt haben?

Die Position des Schuldentilgens ist leider schon durch die Vorgänge bei Aufstellung des Etats von 1912 geräumt worden. Selbstverständlich werden nach wie vor die im Gesetze vorgeschriebenen Beträge auf die Ausgabeseite des Etats gestellt. Aber darum handelt es sich nicht. Der Wirkung nach hat man sich dafür entschieden, die Anleihen des Reichs für die nächsten Jahre nicht zu vermindern, wie es die Einnahmen von 1910 und 1911 ermöglicht hätten, sondern sie zu vermehren. Für die nächsten Jahre werden die Etats zweifellos noch mit einem Minus, d. h. mit einem Ueberragen der neuen Anleihen über die Beträge der Schuldentilgung hinaus zu rechnen haben, selbst wenn man eine günstige Gestaltung der tatsächlichen Einnahmen gegenüber den Ansätzen des Einnahmeetats als möglich voraussehen wollte. Deshalb sehe ich auch nicht recht, auf welche Weise aus ordentlichen Mitteln des Etats ein Ausgleichfonds sollte angesammelt werden können. . . .

Diesen beiden Momenten gegenüber, der Verwendung der Ueberschüsse und der Schuldentilgung, die von prinzipieller Bedeutung für die ganze zukünftige Finanzgebarung sind, ist es von minderer Wichtigkeit, wie die Einnahmen des laufenden Jahres sich entwickeln. Daß die Reichseinnahmen im Jahre 1911 durch die Ungunst der Ernte eine unnatürliche Höhe erreicht hatten, ist allgemein anerkannt. Im laufenden Jahre zeigen die Zolleinnahmen bereits den beträchtlichen Abfall von 30 Millionen. Wie sich die Einfuhr von Getreide weiterhin stellen wird, ist angesichts des unsicheren Erntewetters nicht vorauszusehen. Sollte aber die Ernte einigermaßen den Erwartungen entsprechen, zu denen sie im Frühsommer berechtigte, dann würde nicht nur der Abfall bei den Einfuhrzöllen bestehen bleiben, vielleicht noch vermehrt werden, sondern es träte dann auch im Herbst wieder die Wirkung der Einfuhrscheine in den Vordergrund. Wie sehr die Reichskasse durch die Mehrausfuhr von Roggen in Mitleidenschaft gezogen wird, hat das letzte Erntejahr von neuem in die Erscheinung treten lassen und wird sich im Herbste wohl mindestens in gleichem Maße zeigen. Sollte aber auch die Hafernte schließlich doch noch einigermaßen günstig ausfallen und demgemäß die Haferausfuhr sich verstärken, dann müßten wir auch von dieser Seite aus einen empfindlichen Rückschlag der Einnahmen befürchten.

Herrn Wermuths Befürchtungen sind nur zu berechtigt; denn die Mehrausgaben für Heeres- und Flottenvermehrung sind ja außerordentlich hohe. Sie betragen für das Jahr 1912 94,5 Millionen, für das Jahr 1913 130 Millionen Mark. Rechnen wir aber dazu die Mehrausgaben, die schon auf Grund der bisherigen Flotten- und Heeresgesetze dem Reiche erwachsen, nämlich für das Jahr 1912 35,2 Millionen und für das Jahr 1913 48,5 Millionen, so steigern sich damit unsere militärischen Mehrausgaben für das Jahr 1912 um 129,7 und für 1913 gar um 178,5 Millionen. Im ganzen kosten uns die Mehrausgaben für Heer und Flotte innerhalb der nächsten sechs Jahre 1095 Millionen Mark. Diesen Mehrausgaben steht aber eine Mehreinnahme aus der verstaatlichten Liebesgabe von noch nicht 200 Millionen Mark gegenüber. Der Rest der Mehrausgaben sollte also nach den Kalkulationen der Regierung seine Deckung aus den zu erwartenden Mehreinnahmen aus den bestehenden Zöllen und Steuern finden. Schon wiederholt haben wir aber darauf hingewiesen, daß die ganze Rechnung in dem Augenblick rettungslos zusammenstürzt, wo ein Nachlassen der wirtschaftlichen Konjunktur nicht etwa Mehreinnahmen, sondern womöglich Mindereinnahmen bringen würde!

Herr Wermuth führt nun Klage über den unglaublichen Leichtsinn, mit dem man den Ueberschuß aus dem Jahre 1911 in Höhe von 250 Millionen Mark einfach in erster Linie für die Deckung der militärischen Mehrausgaben des Jahres 1913 heranziehen will. Er sagt: „Dieser Ueberschuß ist ja nicht mehr vorhanden; denn er hat bereits dazu gedient, die Anleihen entbehrlich zu machen und darüber hinaus Schulden zu decken." Damit kommen wir wiederum zu der Schuldentilgungsfarce, die in den letzten Jahren durch den Etat versucht worden ist. Denn wäre nicht der Ueberschuß des Jahres 1911 ein selbst für die Väter der Reichsfinanzreform so unerwartet hoher gewesen, so wäre an eine Schuldentilgung auch nur im minimalsten Maßstabe auch dann nicht zu denken gewesen, wenn uns die neuen Marine- und Heeresvorlagen erspart geblieben wären. Stand diese gesetzliche Schuldentilgung doch nur auf dem Papier. Im Etat des Jahres 1910 bereits war unter den Ausgaben des ordentlichen Etats der Betrag von 31,9 Millionen Mark für Schuldentilgung angesetzt. Diese fingierte Schuldentilgung konnte aber gar nicht durchgeführt werden, weil derselbe Betrag nachher wieder als Einnahme im außerordentlichen Etat gebucht war, wo er nicht zur Schuldentilgung, sondern zur Deckung ganz anderer Bedürfnisse diente. Diese wundersame Buchführung fand in dem Etat von 1910 keine Erläuterung; sondern erst im Etat des Jahres 1911, wo nicht weniger als 89,6 Millionen für „Tilgung der Reichsschuld" angesetzt, dann aber wiederum unter den Einnahmen des außerordentlichen Etats gebucht worden waren, fand sich im § 2 der Vermerk:

„Werden die zur Tilgung der Reichsschulden bestimmten Mittel ganz oder teilweise zum Ankauf der Schuldverschreibungen verwandt, so erhöht sich die . . . Kreditsumme um den entsprechenden Betrag." Das gleiche gilt für die nach dem Etat und dem Ergebnisse des Rechnungsjahres 1910 zur Tilgung der Reichsschuld dienenden Beträge.

Also nicht zur Minderung der Schuld dienten die betreffenden Beträge, sondern nur zur Abschreibung von dem Schuldenbedarf! Kein Pfennig wirklicher Schulden wurde getilgt, sondern es sollten im Jahre 1911 „nur" noch 183 Millionen gepumpt werden, wobei aber die zur Tilgung der Schulden bestimmten 89,6 Millionen Mark vom Anleihebedarf bereits in Abzug gebracht waren!

Nun hat im Jahre 1911 der Ueberschuß 250 Millionen betragen. Das war aber, wie Herr Wermuth schon bei früherer Gelegenheit ausgeführt hat, kein reiner Ueberschuß, sondern diesem Ueberschuß stand noch eine Anleihe von 183 Millionen Mark für nichtwerbende Zwecke gegenüber! Wurde also der Ueberschuß zur Verminderung der Anleihe verwandt, so blieb nur ein wirklicher Ueberschuß von 67 Millionen Mark für Schuldentilgung übrig. Aber an solche Schuldentilgung soll ja gar nicht gedacht werden! In Wirklichkeit soll kein Pfennig Schulden getilgt werden. Im Gegenteil, die 183 Millionen Mark-Anleihe soll notwendig sein, weil man den Ueberschuß des Jahres 1911 zur Deckung der militärischen Mehrforderungen für das Jahr 1913 verwenden will! Aber auch für das Jahr 1912 war noch eine Anleihe von 103 Millionen für nichtwerbende Zwecke notwendig. Also auch in diesem Jahre mußte noch ein ganz erheblicher Ueberschuß über das veranschlagte Einkommen eintreten, um allein diesen Anleihebedarf zu decken. Da aber vom schwarzblauen Block die Einnahmeposten der Etats ganz beträchtlich erhöht worden sind, ist ein erheblicher Ueberschuß durchaus nicht zu erwarten. Auch schon aus den Gründen nicht, die Herr Wermuth selbst in der oben wiedergegebenen Darstellung geltend gemacht hat.

Die Endrechnung des Herrn Wermuth stimmt also durchaus. Von einer reellen Schuldentilgung kann keine Rede sein, wenn nicht neue Einnahmequellen durch neue Steuern erschlossen werden. Das ist aber um so notwendiger, als ja bereits in Erwägung gezogen ist, auch für die Luftflotte ein langfristiges Flottengesetz festzulegen! Dieses Jahr schon kostet uns die Luftflotte 17 Millionen Mark. Ein „Luftflottengesetz" würde die Ausgaben verdoppeln oder verdreifachen und in absehbarer Zeit schon vervielfachen. Wie wäre es da möglich, den Bestimmungen der Reichsfinanzreform gemäß an eine Schuldentilgung zu denken! Schon in den gegenwärtigen Zeiten der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur geht das Schuldenmachen weiter; bei einer Krise aber, wie wir sie im Jahre 1908 erlebten, würden wir sofort wieder mit den gleichen finanziellen Kalamitäten zu rechnen haben wie damals! —

Im übrigen aber trägt Herr Wermuth selbst eine erhebliche Schuld daran, daß der schwarzblaue Block mit dem Popanz der rein formalen Schuldentilgung solchen Unfug verüben konnte. Als der „Vorwärts" seinerzeit die haarsträubende doppelte Buchführung des Etats mit ihren Bemogelungstendenzen zuerst entlarvte, blieben die offiziöse (und die liberale) Presse gänzlich stumm. Herr Wermuth hat also als Reichsschatzsekretär selbst durch das System der Reichsschwindelbilanzen mit dazu beigetragen, daß gegenwärtig von den Blauschwarzen, den Steuerscheuen und militärischen Bewilligungsfanatikern ein unerhörter Unfug getrieben werden kann!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. September 1912.

Blut zur Belebung des nationalen Ideals!

Die sogenannte Sedanfeier pflegt regelmäßig in gewissen „vaterländischen" Kreisen brutale Instinkte und blutlüsterne Kriegsschwärmereien auszulösen. Die ehrsame „Kreuz-Zeitung", die an nationaler Gesinnung das Oertelsche Bundes-Intelligenzblatt noch zu überbieten sucht, verlangt sogar allen Ernstes zur Belebung des „nationalen Ideals" die Entfachung der Kriegsfurie, damit endlich in das innere politische Leben der übersättigten blasierten staatserhaltenden Kreise wieder „Begeisterung" einziehe. Das Blatt schreibt in seinem Wochenrückblick:

„An der positiven Arbeit für nationale Kultur darf es am wenigsten fehlen, wo internationale Mächte Positives leisten und das Interesse der Bevölkerung an ihrer deutschen Eigenart ablenken auf Fremdes. Sozialdemokratie und Judentum, die sich immer enger zusammenfinden, müssen auf keinerlei Konzessionen mehr rechnen dürfen, wenn sie Monarchie, Christentum und Deutschtum öffentlich und heimlich unterminieren, und eine wirklich nationaldenkende Regierung kann sich der größten Erfolge versichert halten, wenn sie offen gegen den Internationalismus in jeder Gestalt, der allemal demokratisch ist, zum Angriff vorgeht. In seiner äußeren Politik braucht das deutsche Volk, das nicht aggressiv ist, keine immerwährende Begeisterung. Das innere politische Leben der staatserhaltenden Kreise aber erlischt, wenn es der Begeisterung entbehrt. Die Ziele der Sozialdemokratie sind zwar verderblich, aber sie wecken Enthusiasmus und halten ihn wach. Das Freiheitsideal der Demokraten ist zwar ein blasser Schemen, aber es hält doch noch Tau-

fende in seinem Banne. Das Kirchenideal des Zentrums vereinigt viele und gute Christen und Patrioten um sich. Werbender noch und siegreicher wirkte in den Not- und Kriegsjahren das nationale Ideal. Wo liegt es begraben und wer holt es hervor, trägt es dem Volke voran gegen seine inneren Feinde? Ist nicht der politische Führer des Reichs dazu berufen? Die Zeit ruft ihn und die Bedrängnis des Deutschtums in den eigenen Grenzen zwingt ihm die Fahne in die Hand. Alle Schwierigkeiten in den Parlamenten und in der Verwaltung werden leicht zu überwinden sein, wenn die Deutschen zu deutschen Taten geführt werden."

Die „Kreuz-Zeitung" hält also selbst das politische Leben der „staatserhaltenden Kreise" für begeisterungsleer. Das stimmt! Aber die Forderung, daß diese wertlosen Leichname durch das rote Blut des Arbeitervolks galvanisiert und in ihrem geistigen Verwesungsprozeß aufgehalten werden sollen, zeugt von einer solchen beispiellosen Verkommenheit und einer solchen Verachtung der sogenannten unteren Volksklassen, daß die Bezeichnung bestialisch dafür noch viel zu milde ist. Weit vernünftiger wäre es, wenn den auf Volkskosten künstlich ernährten und überfütterten „staatserhaltenden Kreisen" der „Kreuz-Zeitung" die ihnen durch Zölle, Staatssubventionen und Liebesgaben angezüchtete Fettfülle entzogen und sie zu intensiver Arbeit gezwungen würden, dann würde sich die Inhaltslosigkeit und Begeisterungsleere ihres Lebens schon geben.

Die Einfuhrschein-Liebesgabe.

Hungersnot auf der einen, skandalöse Begünstigung der Agrarier auf der anderen Seite — das ist die Quintessenz unserer deutschen Wirtschaftspolitik. Der Skandal der Einfuhrscheine bleibt bestehen und wenn die Not des Volkes noch so groß ist. Im vorigen Jahre versuchte die Regierung, die Entrüstung des Volkes mit einem Scheinmanöver abzuleiten. Die Verwertungsfrist der Einfuhrscheine wurde von sechs auf drei Monate herabgesetzt, die Anrechnungsmöglichkeit für die Einfuhr von Petroleum und rohen Kaffee aufgehoben. Es ist damals sofort gesagt worden, daß es sich um ein plumpes Täuschungsmanöver handelt, das praktisch ohne jede Bedeutung bleibt. Jetzt stellt sich zahlenmäßig heraus, daß nach der sogenannten Reform nicht nur kein Rückgang in der Verwertung der Einfuhrscheine eingetreten ist, die Zollsummen, die durch Einfuhrscheine beglichen wurden, sind im Gegenteil ganz außerordentlich gestiegen.

In den sieben Monaten, vom Januar bis Juli dieses Jahres, ist ein Zoll von 77,68 Millionen Mark mittels Einfuhrscheins beglichen worden gegen 55,28 Millionen im gleichen Zeitraum des Jahres 1911 und 64,49 Millionen in dem des Jahres 1910. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich also eine Zunahme um 22,40 Millionen Mark und auch das Jahr 1910, das bisher die höchste Ziffer gehabt hatte, wird noch um 13,19 Millionen Mark übertroffen. Die Steigerung ist eingetreten, trotzdem im Jahre 1910 über 10 Millionen Mark und im Jahre 1911 über 19 Millionen Mark Zoll auf Kaffee und Petroleum mittels Einfuhrscheins beglichen worden waren, was jetzt nicht mehr möglich ist.

47,61 (im Vorjahr nur 30,33) Millionen Mark Zoll auf Weizen wurden mit Einfuhrscheinen bezahlt, 9,29 (6,96) Millionen Mark Zoll auf Hafer, 8,13 (7,99) Millionen Mark Zoll auf Roggen, 4,64 (4,52) Millionen Mark Zoll auf Gerste und 1,71 (0,89) Millionen Mark Zoll auf Hülsenfrüchte und Buchweizen. Da in den ersten sieben Monaten 11,54 Millionen Doppelzentner Weizen eingeführt sind, die einen Zoll von 68,45 Millionen Mark einbrachten, wovon 47,61 Millionen durch Einfuhrscheine beglichen sind, ergibt sich, daß drei Viertel der gesamten Zolleinnahmen aus der Weizeneinfuhr dem Reiche nicht in bar zugeflossen, sondern durch das Einfuhrscheinsystem aufgesogen worden sind. Aehnlich verhält es sich mit dem Roggen. Der Roggenzoll hat 9,63 Millionen Mark eingebracht, wovon 8,13 Millionen durch Einfuhrscheine beglichen sind. Auch der Haferzoll (10,79 Millionen Mark) ist zu mehr als der Hälfte (9,29 Millionen) durch die Anrechnung von Einfuhrscheinen berichtigt worden. Die angerechneten Einfuhrscheine lauteten über 6,20 Millionen Doppelzentner Roggen = 34,1 Millionen Mark, 4,86 Millionen Doppelzentner Weizen = 24,3 Millionen Mark und 2,63 Millionen Doppelzentner Hafer = 13,15 Millionen Mark, während die übrigen Waren nur mit geringen Beträgen in Betracht kommen.

Mehr als 11 Millionen Doppelzentner Brotgetreide konnten also im Ausland bei dem Profit, den die über 58,4 Millionen Mark lautenden Einfuhrscheine gewähren, billiger verwertet werden, als dies im Inlande möglich war. Das deutsche Volk steht vor der Hungersnot und muß zähneknirschend zusehen, wie sich die Agrarier und die großen Getreidehändler auf seine Kosten bereichern. Wie lange wird es diesen Skandal noch dulden?

Für den Vegetarismus.

Die „Kreuzztg." hat in ihrer tiefen Weisheit ein Mittel gegen die Fleischnot entdeckt. In ihrer Wochenübersicht empfiehlt sie den Angehörigen der ärmeren Volksschichten: Werdet Vegetarier. Das Blatt der Strauchritter-Epigonen leistet sich folgende schöne Empfehlung:

„Bewährte ärztliche Autoritäten warnen seit Jahren vor der in Deutschland das gesunde Maß überschreitenden Zunahme des Fleischgenusses und weisen darauf hin, daß es der Volksgesundheit und dem Volkswohlstande zuträglicher sei, wenn man allgemein wieder mehr zur Pflanzennahrung übergehe."

Vielleicht wendet sich das Blatt an den bekanntlich an chronischer Ueberernährung leidenden Chefredakteur der „Deutschen Tagesztg.", damit diese gewichtige Persönlichkeit den Anfang macht.

Zwiespalt im bayerischen Zentrumslager.

Im bayerischen Zentrumslager brennt es. Der alte Zwist zwischen der Adelsclique und demokratischen Richtung Heimscher Observanz, der mit der Hinausgraulung des Dr. Heim eine Zeit lang beseitigt schien, ist von neuem ausgebrochen und tritt bereits in der Parteipresse unverhohlen in die Erscheinung. Unter der Ueberschrift „Zentrum und Ministerium Hertling" veröffentlichte am Sonnabend der „Bayer. Kurier" an leitender Stelle einen Artikel der bayerischen Zentrums-Parlamentskorrespondenz, dessen Kern in dem Satze gipfelte:

„Die Stellung des Zentrums zum Ministerium Hertling ist eine klare und selbstverständliche. Es vertritt die konservative Staatspolitik und muß darum in allem, was es vor seinen Wählern verantworten kann, das konservative Konzentrationsministerium Hertling, das in den konservativen Kreisen der Reichsratskammer wurzelt, unterstützen."

Das zweite Münchener Zentrumsorgan, das „N. Münchener Tageblatt", hat diesen parteioffiziösen Artikel nicht abgedruckt. Dafür veröffentlicht es in seiner Sonntagsnummer die Zuschrift eines Zentrumsabgeordneten, in der gegen jenen Artikel „ernstlicher Widerspruch" erhoben wird. Diese oben zitierten Worte, sagt der Zentrumsabgeordnete,

„verlegen klipp und klar den Schwerpunkt der bayerischen Politik, die bestimmende Leitung in die Kammer der Reichsräte und weisen der Mehrheitspartei nur die Rolle des untergeordneten Dieners, des Arbeitstieres, zu. So einfach liegen die Dinge denn doch nicht."

Eine konservative Politik, die Bestand haben wolle, müsse sich auf „die breiten Schichten jener konservativ gesinnten, staats- und königstreuen Bevölkerung stützen, die vermöge ihrer Bildung und Weltanschauung das größte Interesse hat am Fortbestand der vorhandenen Staats- und Wirtschaftsordnung", nicht aber

„auf die mehr exklusiven Kreise der im Reichsrat konzentrierten Geburts- und Geldaristokratie, deren Fühlen und Denken manchmal volksfremd ist und deren wirtschaftliche Anschauungen den Interessen des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes nicht immer gleichlaufen."

Der Verfasser will nur erinnern an die „unfreundliche Abweisung" der letzten Anträge des Zentrums zum Schutze des Handwerks und ortsansässigen Gewerbes gegen die Auswüchse des Hausierhandels und der Wanderauktionen, ferner an das „bisherige stille Gewährenlassen des ruinösen, ganze Existenzen untergrabenden Bauernlegens im bayerischen Oberlande."

„Wenn die Reise in der bezeichneten Richtung ginge, würden die Wählermassen sicherlich nicht mittun. Auch in den Reihen der Abgeordneten würde ein solcher Weg den lebhaftesten Bedenken und Besorgnissen begegnen. Das Zentrum muß eine Volkspartei sein und bleiben, wenn es sich in seiner alten Kraft und Stärke behaupten will."

Der ungenannte Zentrumsabgeordnete schließt seinen Artikel mit der Bemerkung, daß die Ausführungen der „Zentrums-Preß-Korrespondenz" nicht geeignet seien, den Charakter des Zentrums als Volkspartei vor Verdächtigungen zu schützen, daß sie vielmehr den Gegnern, die das Zentrum der „Knechtseligkeit" gegenüber der Regierung beschuldigten, direkt in die Hände arbeiteten.

Von den letzten Gemeindewahlen in Bayern.

Das königl. Bayerische Statistische Landesamt veröffentlicht unter dem Titel „Die Gemeindewahlen in Bayern im Jahre 1911" die statistischen Resultate der letzten Gemeindewahlen in Bayern. In sämtlichen städtischen Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern, in denen bekanntlich nach dem Verhältniswahlsystem gewählt wird, erhielten Stimmen:

Zentrum	621 065 = 18,74	Proz.
Liberale	1 170 403 = 35,32	„
Sozialdemokraten . .	1 066 090 = 32,17	„
Sonstige Parteien usw. .	456 373 = 13,77	„
Zusammen . .	3 313 931 = 100	Proz.

Die Lage in Marokko.

Paris, 2. September. General Lyautey erklärte im Gespräch mit Korrespondenten hiesiger Blätter die Lage in Marokko für ernst und sprach die Befürchtung aus, sie werde sich in den nächsten Tagen noch verschlimmern, er erwarte jedoch die von der Regierung zugesagten Verstärkungen. Es würde für ihn, sagte er, von Nutzen sein, noch zwei Bataillone Alpenjäger zu erhalten, da die Truppen zwischen Fes und Mekines einen sehr anstrengenden Dienst hätten und es erwünscht wäre, Streitkräfte zur Ablösung zu haben.

Die Mannesmanns.

London, 2. September. „Daily Telegraph" berichtet aus San Sebastian: Der älteste der Gebrüder Mannesmann ist hier eingetroffen, um sich mit Gandarias, Vorsitzender des Verwaltungsrats für das Riffgebiet, zu unterhalten. Mannesmann erhebt Anspruch auf einen Teil der Gruben des Riffgebietes, und zwar auf Grund einer ihm von Abdul Asis erteilten Konzession. Es wäre möglich, daß hierüber ein Kompromiß abgeschlossen wird. Mannesmann ist ein Kompagnon des Herzogs von Tovar und anderer Spanier, die bei den Riffminen stark interessiert sind. Er beabsichtigt wie verlautet, sofort nach Unterzeichnung des franko-spanischen Abkommens die Grubenausbeutung in der Gegend von Alhuzemas in die Wege zu leiten.

Aegypten.

Englische Freiheit.

Kairo, 2. September. (W. T. B.) Die Regierung hat das nationalistische Blatt „Ettewa", das im Jahre 1908 von Mustafa Hamel gegründet wurde, verboten. — Vier Eingeborene wurden gestern unter dem Verdacht verhaftet, aufrührerische Flugblätter verbreitet zu haben.

China.

Die politischen Parteien.

In der „Humanité" gibt Genosse Fabra Ribas Mitteilungen eines chinesischen Politikers über das Parteiwesen in der jungen Republik wieder. In der konstituierenden Versammlung gibt es drei große Parteien: die republikanische Allianz, die republikanische Partei und die republikanische Union. Ein einziger Deputierter, Kiang, bekennt sich zu den Ideen des internationalen Sozialismus. Die stärkste Gruppe ist die von Dr. Sunjatsen geführte „Allianz", die ein radikal-demokratisches Programm vertritt, das u. a. die allgemeine Schulpflicht, die Gleichstellung der Geschlechter und weitgehende Sozialreformen enthält. Die von Juanschikai geleitete „republikanische Partei" hat reaktionäre Tendenzen und tritt vor allem für die zentralistische Organisation des Reiches ein. Die „Union" steht zwischen diesen beiden Gruppen als gemäßigte Reformpartei.

Der Sozialismus hat, nach den Erklärungen von Fabra Ribas Gewährsmann bei vielen Mitgliedern der konstituierenden Versammlung „Sympathien". Sozialistische Organisationen sind in Schanghai, Wutschung und Petschili in Entstehung begriffen und die offizielle Konstituierung der sozialistischen Partei Chinas wird voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen.

Den Charakter der jetzigen Regierung bezeichnet der Gewährsmann als reaktionär. Der Ministerpräsident und Minister des Aeußeren Lü-tsen-tsian und der Finanzminister gehören keiner Partei an, aber sie waren schon unter dem Kaiserreiche Minister. Desgleichen ist der größte Teil der 21 Provinzgouverneure im Amt geblieben, was in manchen Kreisen beunruhigt.

Ueber die Hinrichtung der zwei Generale Teng-Wei und Tschan-Tscheng-Wu hat Fabra Ribas folgendes mitzuteilen: Die beiden Offiziere wollten die revolutionäre Bewegung erneuern und die Regierung Juanschikais stürzen. Sie wurden vom Vizepräsidenten der Republik Li-Jaen-Hung — demselben, der die Revolutionsarmee gegen die Mandschu kommandiert hat — denunziert und auf Befehl Juanschikais hingerichtet. Die Hinrichtung hat im Land und besonders bei der republikanischen Allianz, zu der die beiden gehörten, zuerst eine große Erregung hervorgerufen. Indes lagen die Beweise für die Aufstandsunternehmung so klar zutage, daß auch die politischen Freunde der Hingerichteten der Protestbewegung keine weitere Folge geben mochten.

Die innere Situation charakterisiert der Gewährsmann folgendermaßen: Das Geschäftsleben nimmt wieder einen Aufschwung. Die Bevölkerung ist ruhig. Nach dem Scheitern des internationalen Konsortiums sollen lokale Anleihen mit den ausländischen Banken abgeschlossen werden. Zur Garantie werden neue Steuern besonders auf Verbrauchsartikel dienen. Die Salz- und die Grundsteuer sollen reformiert werden, um den früheren Mißbräuchen vorzubeugen.

Die auswärtige Lage ist bedeutend gebessert, vor allem durch den Tod des Kaisers von Japan, der die Politik dieses Landes ein wenig in Verwirrung gebracht hat, und durch die geschickte Eindämmung der russischen Aktion in der Mongolei. Bei ihrem Widerstand gegen die japanischen Absichten auf die Mandschurei darf die chinesische Republik auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen, die Japan im Stillen Ozean nicht zu mächtig werden lassen wollen, in der Abwehr der russischen Vorstöße in der Mongolei auf das Interesse Englands, seinen indischen Besitz zu schützen. Indes wird auch die eigene Kraft Chinas wachsen. Für die Zukunft des Landes darf man die besten Erwartungen hegen. Die jetzige reaktionäre Strömung wird vorübergehen.

Keine Anklage gegen Yuanschikai.

Peking, 2. September. (P.-C.) Die Nationalversammlung hat mit starker Stimmenmehrheit die gegen den Präsidenten der Republik wegen der Hinrichtung der Generäle Changtsongou und Fangwei neuerdings erhobenen Anklagen niedergeschlagen. Einige Abgeordnete hatten kürzlich versucht, wegen der Angelegenheit gegen Yuanschikai zu agitieren. Durch den Beschluß der Nationalversammlung ist der peinliche Zwischenfall endgültig erledigt.

England und Tibet.

London, 2. September. Dem Daily Telegraph wird aus Peking vom 1. September gemeldet: Der Stellvertreter des Ministers des Aeußern überreichte gestern auf der britischen Gesandtschaft eine Note, in der die Forderungen Großbritanniens in bezug auf Tibet zurückgewiesen werden.

Amerika.

Kämpfe in Mexiko.

London, 2. September. Nach einer Blättermeldung aus Washington hat das Staatsdepartement von dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Mexiko Wilson ein Telegramm erhalten, in dem gemeldet wird, daß 2000 Amerikaner in Cananea von den Rebellen eingeschlossen seien. Die Einnahme der Stadt sei bevorstehend und ein Gemetzel zu befürchten. Wilson drängt das Staatsdepartement, von der mexikanischen Regierung die schleunige Entsendung von Truppen zur Befreiung der Amerikaner zu verlangen.

Der Panamakanal.

Los Angeles, 1. September. Der Chefingenieur des Panamakanals Goethals hat in einem Schreiben an das Hafenamt erklärt, der Kanal werde noch im Jahre 1913 fertiggestellt werden.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen tagte am Sonntag in Harpe. Die Versammlung beschloß die Anstellung eines zweiten Parteisekretärs. In einem Antrage sprach die Versammlung sich einstimmig gegen die von einzelnen Parteigenossen abgehaltenen Sonderkonferenzen aus. Vom Parteitage in Chemnitz erwartet sie Maßnahmen, die geeignet sind, die Sonderkonferenzen in Zukunft zu unterbinden. In einer gleichfalls einstimmig angenommenen Resolution verlangt die Generalversammlung angesichts der traurigen Massenkatastrophen in dem Bergbau, daß endlich ein Reichsgesetz geschaffen wird, das eine verschärfte Grubenkontrolle durch freigestellte und vom Staat bezahlte Arbeiterkontrolleure vorsieht.

* * *

Zum Chemnitzer Parteitag nahm eine Parteiversammlung des 6. sächsischen Reichstagswahlkreises, Dresden-Land, Stellung. Das Referat erstattete Genosse Fleißner. Er sprach sich gegen die Auslassungen der Genossen Lensch und Luxemburg über den Imperialismus aus. Das Stichwahlabkommen bedauert er mit Bezug auf die Dämpfung, dadurch sei Verwirrung in die Reihen der Parteigenossen gebracht worden. Er kritisierte auch die Geheimhaltung des Abkommens.

Zum Organisationsstatut sprach Genosse Sindermann, der sich für den Entwurf der Kommission, insbesondere für den Parteiausschuß erklärt. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über das Stichwahlabkommen. Die Genossen Gradnauer und Riem traten für das Abkommen ein; man müsse das Abkommen als ein Ganzes betrachten, es habe zweifellos eine gute Wirkung auf die Zusammensetzung des Reichstages gehabt.

Bei der Abstimmung über die vorliegende Resolution, die das Stichwahlabkommen bedauert, wurde dieselbe bei wiederholter Abstimmung mit knapper Majorität für angenommen erklärt. — Gegen den Entwurf zum Organisationsstatut wandte sich kein Redner. — Die Anträge des Freidenker-Verbandes wurden von den Genossen Gradnauer, Riem und Fleißner bekämpft. Der Parteitag könne diese Anträge unmöglich annehmen. Genosse Menke, der Vorsitzende des Verbandes der proletarischen Freidenker, verteidigte eifrig das Vorgehen des Verbandes. Die Mehrheit der Versammlung war aber zweifellos gegen die Anträge.

Karl Radek sendet uns zur Notiz, die seinen Ausschluß aus der Sozialdemokratie Polens mitteilt, eine längere Erklärung, in der er unter heftigen Angriffen auf den Parteivorstand der Sozialdemokratie Polens und Littauens behauptet, daß das Schiedsgericht nicht ordnungsmäßig zusammengesetzt gewesen sei. Demgegenüber erklärte der polnische Parteivorstand in einem uns zugleich mit dem Urteil zugegangenen Dokument, daß das Gericht von einer Konferenz der polnischen Partei, deren Beschlüssen dieselbe Bedeutung zukomme, wie denen eines Parteitages, ordnungsmäßig eingesetzt worden sei. Wir selbst haben keinen Grund, auf diese Angelegenheit näher einzugehen. Es handelt sich um einen Ausschluß aus nichtpolitischen Gründen und es muß Radek überlassen bleiben, den Instanzenweg gemäß dem Statut der polnischen Partei zu erschöpfen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter.

Die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise, der stetig zunehmende Druck der Teuerung veranlaßten die in den Betrieben der Stadt Berlin beschäftigten Arbeiter, Handwerker und Angestellten, mit der Forderung einer Lohnaufbesserung an die Stadtverwaltung heranzutreten. Gleichzeitig wird auch der Abschluß eines Tarifvertrags gefordert, um das Arbeitsverhältnis vor willkürlichen Eingriffen von Vorgesetzten der Arbeiter zu schützen. Ein dementsprechender Tarifentwurf ist von den Vertrauensmännern der städtischen Arbeiter aufgestellt und in Betriebsversammlungen beraten worden. Die letzteren haben hauptsächlich die für die betreffenden Betriebe zu stellenden besonderen Forderungen beraten.

Gestern (Montag) abend nahm eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter, Handwerker und Angestellten zu der beabsichtigten Lohn- und Tarifbewegung Stellung. Daß die städtischen Arbeiter mit lebhaftem Interesse an dieser Bewegung teilnehmen, bewies der außerordentlich starke Besuch der Versammlung. Der Concordiasaal in der Andreasstraße war von einer dichtgedrängten Menge gefüllt. Der Referent Wutzki verwies darauf, daß die letzte Lohnregulierung der städtischen Arbeiter im Jahre 1909 eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 5 Proz. brachte. Seitdem ist aber eine Steigerung der Lebensmittelpreise um 15 bis 22 Proz. eingetreten. Eine Aufbesserung der Löhne ist deshalb durchaus notwendig und gerechtfertigt.

Aber auch die sonstigen Arbeitsbedingungen bedürfen der Regelung und der Festlegung, damit es nicht mehr von der Willkür der Betriebsleiter und Beamten abhängt, ob das, was den Arbeitern durch die Stadtverwaltung zugestanden wird, auch unbedingte Beachtung und Durchführung findet. Der Magistrat soll deshalb ersucht werden, einen Tarifvertrag mit der zuständigen Organisation, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter abzuschließen. Der Tarif soll für drei Jahre, vom 1. April 1913 bis 31. März 1916 gelten und in der Hauptsache folgende Punkte umfassen: Die Arbeitszeit soll 9 Stunden betragen, an den Tagen vor den hohen Festen zwei Stunden, an den Sonnabenden und sogenannten dritten Feiertagen eine Stunde kürzer sein. In den kontinuierlichen Betrieben soll statt der jetzigen Zwölfstundenschicht die Achtstundenschicht eingeführt werden. Die Bezahlung soll nach Wochenlöhnen — die Woche zu 6 Tagen — berechnet und Sonntagsarbeit höher bezahlt werden. Die Lohnskala soll so geändert werden, daß der Höchstlohn, der jetzt erst nach 18—24 Jahren eintritt, schon nach 5 Jahren erreicht wird. Die Ueberstundenarbeit soll geregelt werden, namentlich auch in der Hinsicht, daß regelmäßige Ueberzeitarbeit gleichmäßig verteilt wird. Gesetzliche Feiertage in der Woche sollen bezahlt werden. Ferner wird eine bessere Regelung des Urlaubes gefordert sowie die generelle Benutzung des vom Magistrat eingerichteten Zentralarbeitsnachweises für städtische Arbeiter. Eine weitere Forderung betrifft den Erlaß von Arbeitsordnungen, welche alle städtischen Arbeiter unter die Reichs-Gewerbeordnung stellen. Hinsichtlich der Löhne wird eine Erhöhung von 10 bis 18 Proz. gfordert.

Der Referent sowie die Diskussionsredner gaben der Erwartung Ausdruck, daß es dem geschlossenen Vorgehen der städtischen Arbeiter gelingen werde, diese Forderungen durchzusetzen. Einstimmig wurde die nachstehende Resolution angenommen:

„Die von 3000 Kollegen besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, Handwerker und Angestellten erklärt, daß die in den Gemeindebetrieben der Stadt Berlin bestehenden Löhne nicht entfernt ausreichen, um gegenüber der fortgesetzt steigenden Teuerung und in der dadurch hervorgerufenen Notlage irgendwie bestehen zu können.

Die Versammelten beschließen daher, den städtischen Körperschaften unverzüglich Anträge auf Erhöhung der Löhne zu unterbreiten.

Da ferner jahrelange Erfahrungen bewiesen haben, daß die bestehenden Arbeiterausschüsse keineswegs als brauchbare Vertretungen der Arbeiterschaft angesehen werden können, andererseits aber die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen zu einem Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine soziale Notwendigkeit ist, sind gleichzeitig Schritte zu unternehmen, um den Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Magistrat und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter in die Wege zu leiten.

Um diese Forderungen zur Durchführung zu bringen, bedarf es des entschlossenen Zusammenwirkens der Gesamtkollegenschaft. Die Versammelten appellieren deshalb an das Solidaritätsgefühl aller Kollegen und rufen sie auf, durch Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation ihre unabweisbare Pflicht als moderne, denkende Arbeiter zu erfüllen."

Achtung, Fensterputzer! Wegen Maßregelung befinden sich die Kollegen der Firma Maximilian Quiel, Potsdamer Str. 27b, im Streik und ist deshalb Zuzug der Fensterputzer streng fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
(Bezirk Groß-Berlin).

Deutsches Reich.

Aus der Schuhmacherbewegung.

Die Arbeiterschaft der Tuchschuhindustrie in Heilbronn a. N. (Württemberg) ist am 31. August in den Ausstand getreten, nachdem seitens der Fabrikanten keinerlei Zugeständnisse gemacht wurden. Die Zeitlohnarbeiter sollen überhaupt keine Zulage erhalten, obwohl für erwachsene männliche Arbeiter Löhne von 18 M. pro Woche zu verzeichnen sind. Die Fabrikanten muteten den Arbeitern sogar zu, neben einer teilweisen Verschlechterung der Akkordsätze eine Arbeitszeitverlängerung bis zu drei Stunden pro Woche hinzunehmen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

In der Schuhfabrik Greve-Sauer in Wurzen sind infolge Aufstellung neuer Maschinen in der Zwickerei Differenzen ausgebrochen, welche zur Kündigung der gesamten Arbeiterschaft geführt haben. Der Arbeiterausschuß, sowie der Vertreter des Zentralverbandes der Schuhmacher, welche versuchten, durch Verhandlungen mit der Betriebsleitung die Differenzen zu beseitigen, mußten diese Bemühungen aufgeben, da keinerlei Entgegenkommen seitens der Betriebsleitung zu erreichen war. Die Arbeitsniederlegung in der Abteilung Zwickerei erfolgt bereits Sonnabend, den 7. September. Wir ersuchen deshalb, Arbeitsangebote dieser Firma, insbesondere Zwicker, Zuschneider, Stepperinnen und Maschinenarbeiter betreffend, abzulehnen.

Zu den Differenzen bei Heine u. Co., Spezialfabrik Halberstädter Würstchen, teilt der Zentralverband der Fleischer auf die vielen Anfragen, die bei ihm erfolgen, mit, daß die Differenzen noch nicht erledigt sind. Die Firma Heine hat auch die Vermittelung des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine abschlägig beschieden. Die Firma will die unzureichenden Löhne beibehalten, weil dadurch ihr Profit ins Riesenhafte wächst. Soll doch die Firma Heine im letzten Jahre einen Reingewinn von 360 000 Mark erzielt haben. Für eine Firma, die einen Weltruf genießen will, ist es kein besonderer Ruhm, wenn sie verheiratete Arbeiter mit 27½ Pfennig pro Stunde entlohnt, und der Organisation, die nur in bescheidenem Maße diese Verhältnisse verbessern will, einfach jede Verhandlung abschlägt. Es wird von dritter Seite nochmals ein Vermittelungsversuch bei der Firma unternommen werden.

Streik in den Tilsiter Schneidemühlen.

Wie die „Tilsiter Zeitung" meldet, sind die im Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter auf sämtlichen Tilsiter Schneidemühlen in den Ausstand getreten. Der Streik hat sich auch auf die Maschinisten und Heizer sowie die Schneidemüller ausgedehnt. Die Zahl der Ausständigen beträgt etwa 900. Die Betriebe liegen still.

Ausland.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Newport (Monmouthshire), 1. September. Der hier abgehaltene Kongreß der Trade-Unions wurde von einem Gottesdienst eingeleitet, bei dem der Bischof Welldon in seiner Predigt den Delegierten empfahl, den Trade-Unionismus nicht mit halbverdauten sozialistischen Theorien zu verwechseln. Das Mitglied des Unterhauses Thorne trat in einer folgenden Volksversammlung dem Bischof scharf entgegen und erklärte, Sozialismus und Trade-Unionismus seien in wirtschaftlicher Beziehung untrennbar.

Die Gewerkschaften in Finnland.

Dem Jahresbericht der finnischen Gewerkschaftszentrale zufolge ist die Zahl der dem Gewerkschaftsverbande angehörigen Personen Ende 1911 auf 19 640 gegen 15 346 im Vorjahre gestiegen. Der Zuwachs ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Verband der Hafen- und Wasserverkehrsarbeiter im Jahre 1911 wieder zu dem Gewerkschaftsverband zurückgekehrt ist. Das Berichtsjahr war reich an harten Kämpfen. Es begann mit dem allgemeinen Streik der Buchdrucker, der vom 1. Januar bis zum 5. April anhielt. Um dieselbe Zeit wurden die Buchbinder ausgesperrt, und erst am 26. April konnte dieser Konflikt beigelegt werden. Beide Kämpfe kosteten dem Gewerkschaftsverbande 120 598 finnische Mark. Der schwedische Gewerkschaftsverband hat diese Kämpfe mit 4000, die Gewerkschaftsverbände von Dänemark und Norwegen haben sie mit je 1000 Kronen unterstützt. Das Resultat der Kämpfe war für die Arbeiter insofern günstig, als die Kollektivverträge, die von den Unternehmern beseitigt werden sollten, beibehalten und dazu noch einige kleine Verbesserungen erzielt wurden.

Die übrigen Kämpfe des Jahres waren kleiner an Umfang. Nur zum Jahresschluß wurde der Vertrag der Bauarbeiter von den Unternehmern in Helsingfors gekündigt. (Gegenwärtig befinden sich hier die Bauarbeiter und die verwandten Berufe im Ausstande.) Der Bericht der Gewerkschaftszentrale betont, daß die kleineren Verbände sich weiter in größere zusammenschließen, und daß man allgemein einen wenn auch langsamen Fortschritt sieht. Die innere Arbeit in den lokalen Organisationen wird intensiver, man beginnt sich von den Schlägen der russischen Gewaltpolitik zu erholen und setzt allen Terrorisierungsversuchen zum Trotz die Organisationsarbeit zuversichtlich fort.

Im Jahre 1911 beschloß der Gewerkschaftsausschuß, am 27. August ein „Arbeitsfest" im ganzen Lande zu veranstalten. Das Fest gelang gut und trug viel dazu bei, den Organisationsgedanken in immer weitere Kreise zu tragen. Die aus diesem Anlaß herausgegebenen Flugblätter und Festschriften fanden einen guten Absatz. Auch in diesem Jahre fand am 25. August ein ebensolches Fest im ganzen Lande statt. Der barbarische Kurs der Petersburger Regierung, der sich im letzten Jahre mit besonderer Schärfe gegen die Arbeiterorganisationen gewendet hat, hatte nur den Erfolg, daß die Beteiligung an dem diesjährigen Arbeitsfeste noch lebhafter war als im Vorjahre. Vielerorts nahm das Fest den Charakter von Protestveranstaltungen gegen die Attentate der Polizei und der Verwaltung an.

Soziales.

Weiterer Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit.

Unsere modernen hygienischen Einrichtungen haben ihre Wirkung nicht versagt und die Sterblichkeit ist im allgemeinen im Abnehmen begriffen. Besonders auch die an der Volksseuche Tuberkulose. Im Jahre 1875 verstarben von 10 000 Lebenden insgesamt 260, davon 32 an Tuberkulose. Im Jahre 1910 entfielen bei einer Gesamtsterblichkeit von 160 auf 10 000 Lebenden nur noch 15 auf die Tuberkulose. Inzwischen ist also die Gesamtsterblichkeit ungefähr um ein Drittel, die Zahl der Todesfälle infolge der Tuberkulose aber um über die Hälfte vermindert worden. In den Städten ist die Sterblichkeit an Tuberkulose größer als auf dem Lande. Bei den 350 Orten des Deutschen Reiches mit 15 000 und mehr Einwohnern verstarben 1905 an der Tuberkulose überhaupt 22,3 Personen. Aber auch hier besserte sich die Situation; im Jahre 1910 starben nur noch 17,8 Personen an der Tuberkulose. In den einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches ist die Tuberkulosesterblichkeit nicht gleich groß. Sie ist zum Beispiel in Preußen größer als in Süddeutschland. In Preußen starben von je 10 000 lebenden Einwohnern im Jahre 1907 durchschnittlich 17,16 Personen an der Tuberkulose, im Jahre 1911 aber nur noch 15,17. Absolut genommen ergab dies, im Jahre 1911 noch die Zahl von 60 995 Einwohnern Preußens, die an der Tuberkulose verstarben. Stadtschulrat Wimeneuer in Mannheim will neuerdings durch Untersuchung der Schulkinder festgestellt haben, daß 47 Proz. der Knaben und 61 Proz. der Mädchen von der Tuberkulose befallen werden. Von den meisten wird sie natürlich überstanden, ohne daß sich später Folgen zeigen.

Die Besserung der sozialen Verhältnisse, wie sie von der Arbeiterbewegung angestrebt wird, wird ein noch weiteres Zurückgehen der Sterblichkeit, insbesondere an Tuberkulose bringen.

Kindersegen und Wohnungsnot in katholischen Bezirken.

Als jüngst das Kapitel vom Geburtenrückgang von unternehmerlich und ausbeutungsbesorgten Leuten angeschnitten wurde, suchte das Zentrum auch wieder seine Unentbehrlichkeit darzutun. Die Zentrumspresse wies besonders darauf hin, daß in Ortschaften, wo Missionen abgehalten worden waren und die Patres „gearbeitet" hatten, sofort danach eine auffallende Steigerung der Geburtenzahl zu beobachten gewesen sei. Der „Dortmunder Arbeiter-Zeitung" schreibt nun jemand aus dem frommen Castrop etwas über die Kehrseite der Medaille. Es heißt da, daß Familien, die jahrelang eine Wohnung inne hatten, die Kündigung bekommen hätten wegen zu großen Kinder„segens". Die Erlangung einer anderen Wohnung sei mit den größten Mühen verbunden. Die erste Frage des Hausbesitzers an die Wohnungsuchenden sei in der Regel: „Wieviel Kinder haben Sie?" Meistens werde dieser Frage sofort hingesetzt: „Ich habe nicht gern viel Kinder im Hause." Höre der Hausbesitzer nun, daß mehr wie zwei Kinder — soweit gehe es noch — vorhanden seien, dann habe er die Wohnung einem „anderen versprochen" und könne erst nach einigen Tagen Auskunft geben. Käme der Wohnungsuchende wieder, dann heiße es kurz, daß die Wohnung vermietet sei. Wenn der Suchende Obacht gebe, finde er oftmals, daß ihn der Hauseigentümer ganz gründlich angelogen habe. Denn Wochen hindurch würden in den Lokalblättern oder durch Zettel die „vermieteten" Wohnungen noch angezeigt. Der Einsender schreibt, daß er in der Lage sei, recht viele fromme katholische Hausbesitzer namhaft zu machen, die wie vorstehend verfahren.

Also sind die frommen katholischen Christen auch noch zu feige, den armen Leuten mit vielen Kindern den wahren Grund ihrer Abweisung mitzuteilen! Lieber lügt man sich nach bekanntem Beispiel „mit Gottes Hilfe" tüchtig durch. Der Einsender aus dem frommkatholischen Castrop sagt mit Recht:

„Wenn die Geistlichen die Verpflichtung in sich fühlen, dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, dann mögen sie doch mal erst den Hausbesitzern wegen ihres brutalen Verhaltens gegen kinderreiche Familien aufs Dach steigen, ebenso mögen sie den Kreisen, die dieselben Anschauungen haben, wie sie von der Frau Vopelius seinerzeit geäußert wurden, das Unmoralische ihres Verhaltens vor Augen führen. Man gibt an, mit Hilfe der Religion den Geburtenrückgang bekämpfen zu wollen. Aber davon hat man noch nichts gehört, daß man auch mit Hilfe der Religion die Kapitalisten zwingen will, dem Arbeiter das zu geben, was ihm gebührt, damit er sich und seine Familie anständig ernähren und eine geräumige, gesunde Wohnung beziehen kann."

Aus der Frauenbewegung.

Frauenstimmrecht in Nordamerika.

Eines der charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Wahlbewegung in den Vereinigten Staaten ist die auffallend rege und viel allgemeinere Betätigung der Frauen. Auf den die Präsidentschaftskandidaten ernennenden Parteikongressen erschienen sie in erhöhter Zahl als Delegierte oder stellten sich massenhaft als interessierte Zuschauer auf der Galerie ein, um von dort für ihre Forderungen und für die Leute ihres Vertrauens Stimmung zu machen. Je näher der große Wahltag heranrückt, je zahlreicher werden die Frauen in Versammlungen und auf den Rednertribünen, und um so breiteren Raum nimmt die politische Gleichberechtigung der Geschlechter auf der Tagesordnung der breiten Oeffentlichkeit ein. Dank der tiefgehenden Zwistigkeiten im bürgerlichen Lager, insonderheit durch die Spaltung der Republikaner ist es höchst ungewiß geworden, wer als Sieger aus dem Rennen um die vielbegehrte und klingende Vorteile bringende Präsidentschaft hervorgeht. Diese Unsicherheit oder die Furcht vor der Niederlage zwingt alle Richtungen der bürgerlichen Parteien zu Konzessionen. Die Verlegenheit der Reaktionäre ist die Gelegenheit der Freunde des Frauenstimmrechts. Vielen der Kandidaten wird zum ersten Male eine unzweideutige Antwort auf die Frage abgefordert, wie er sich zum Frauenstimmrecht stelle. Und der Wahlsieg einer großen Anzahl Bewerber wird von der Art dieser Antwort abhängen. Denn in sechs Staaten der Union haben die Frauen die gleichen politischen Rechte wie die Männer.

In den Staaten Wyoming, Kolorado, Kalifornien, Idaho, Utah und Washington sind alle über 21 Jahre alten Bürgerinnen bei allen Wahlen stimmberechtigt. In diesen Gebieten hatten im Jahre 1910 1 346 925 Frauen das Recht zu wählen. Davon waren 48,6 Prozent weiße, von eingeborenen Eltern abstammende Amerikanerinnen, 24,7 Proz. waren von im Ausland geborenen Eltern abstammende, aber in Amerika geborene Weiße; 24,3 Proz. waren eingewanderte Weiße: Die Negerinnen stellten 1 Proz. und die indianischen und asiatischen Frauen 1,3 Proz. In anderen Staaten haben die Frauen, wenn auch noch nicht alle, so doch nicht unwichtige politische Rechte. Im Staat Kansas wählen die Frauen die Schulbehörden und Gemeindeverwaltung mit. Der Antrag auf volle politische Gleichberechtigung wurde von der Kansaser Legislative (1909) verworfen. Das nämliche Verlangen wurde im Parlament des Staates Massachusets vor zwei Jahren gestellt, aber mit 148 gegen 47 Stimmen verworfen. In etwa 30 Staaten nehmen die Frauen an den Wahlen der Schulbehörden teil, dann sind in einigen Staaten, wie beispielsweise in Montana seit 1887 und in Louisiana seit 1898, die Steuerzahlerinnen berechtigt, bei allen Steuerfragen mitzustimmen.

Wie man sieht, sind die amerikanischen Frauen nicht ganz so rechtlos, wie ihre Schwestern in Europa, und nach Lage der Dinge wird in der Union die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes die nächste Zeit große Fortschritte machen. Der Sieg des Frauenstimmrechts in Kalifornien (1912) hat die Anhänger der Gleichberechtigung mächtig angespornt und sie mit Siegeszuversicht erfüllt. In der gegenwärtigen Wahlbewegung hoffen sie ihre Sache kräftig zu fördern. Alle Parteien werben eifrig um die Gunst und tätige Mithilfe der Frauen, und diese sind nicht selten ungalant genug, diese Werbungen mit der Ueberreichung ihrer Forderungen zu beantworten und die Mandatesucher darauf zu verpflichten. An Versprechungen und Entgegenkommen lassen es jetzt — vor der Wahl — weder die Republikaner noch Demokraten fehlen. Um zu zeigen, wie ernst und ehrlich sie es damit meinen (oder um den Stimmenfang rationeller zu gestalten), haben alle drei bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten Frauen zu Mitgliedern ihrer Wahlkomitees ernannt. Daß die sozialistische Partei Nordamerikas jetzt wie immer rückhaltlos für die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts eintritt, ist selbstverständlich.

Frauenarbeit in Japan.

Nach den Berichten des Industriedepartements nimmt die Frauenarbeit auch in Japan rapide zu, besonders in der Seide- und Textilindustrie. Insgesamt machen die Frauen 66 Proz. aller in den Industrien beschäftigten Personen aus, so daß nur halb so viel männliche wie weibliche Arbeiter beschäftigt sind. Die Arbeitszeit für Frauen soll im allgemeinen 12 Stunden pro Tag nicht übersteigen, doch wird darüber keine scharfe Kontrolle geführt. Ende 1908 waren mit dem Spinnen roher Seide, Verarbeitung der Baumwolle, mit Weben usw. 373 284 Personen beschäftigt, davon 40 787 männliche Arbeiter über 14 Jahre, 2475 Knaben unter 14 Jahren, dagegen 296 424 Arbeiterinnen über 14 und 33 596 Arbeiterinnen unter 14 Jahren. Der Lohn der erwachsenen Arbeiter betrug 30—51 Sen (1 Sen = 2,1 Pf.) im Maximum pro Tag, bei den Knaben 12—20 Sen. Erwachsene Arbeiterinnen erhielten 20—28 Sen, Mädchen 10 bis 16 Sen. Bei diesen Löhnen ist es nicht verwunderlich, daß die Ausfuhr dieses stark bevölkerten Landes sich von 1891 bis 1910 von 70 auf 450 Millionen Dollar gehoben hat, und daß besonders amerikanische Fabrikanten Niederlassungen in Japan errichten, um auch an dieser billigen Arbeitskraft zu profitieren. Bei vielen Artikeln ist der dadurch erzielte Gewinn so groß, daß die Fabrikanten Rohstoffe aus Amerika nach Japan schaffen, dafür dort Einfuhrzoll zahlen, sie dort verarbeiten lassen und mit neuen Zöllen wieder nach Amerika schaffen, um sie dort auf den Markt zu bringen, immer noch billiger, als wenn sie am Orte, wo die Rohstoffe gewonnen werden, mit Hilfe der modernsten Maschinen von einheimischen, aber anspruchsvolleren Arbeitern hergestellt werden.

Letzte Nachrichten.

Neue Unruhen an der türkischen Grenze.

Konstantinopel, 2. September. (W. T. B.) Wie die Blätter melden, kam es an der türkisch-griechischen Grenze bei Tirnovo zu neuen Grenzzwischenfällen, wobei es auf beiden Seiten fünfzehn Schwerverwundete gab.

Eine Niederlage der Marokkaner.

Tanger, 2. September. (W. T. B.) Ueber den Kampf der Kolonne Mangin am 29. August auf der Höhe des Marabuts Ouled-sibaili, zehn Kilometer südlich von Sul-el-Arba wird aus Mazagan gemeldet, daß nur ein Teil der Mahalla El-Hiba in vollkommener Auflösung nach Marrakesch zurückgelangen konnte. Zahlreiche Feinde wurden von der verfolgenden Kavallerie mit der blanken Waffe, viele auch durch das Artilleriefeuer getötet. Die Kolonne Mangin ist am 30. August früh in Ouhai eingetroffen. Sie hatte nur 9 Verwundete und keinen Toten.

Schwere Unwetterkatastrophe in Pennsylvanien.

Pittsburg, 2. September. (W. T. B.) Schwere Unwetter sind heute morgen über das westliche Pennsylvanien und das nördliche West-Virginien niedergegangen. Dreizehn Personen sind ertrunken, mehrere werden vermißt. Auch wurde großer Sachschaden angerichtet.

Pittsburg, 2. September. (W. T. B.) Dem Unwetter sind vermutlich zwanzig Kohlenarbeiter in West-Virginia zum Opfer gefallen. In Cherrvalley sind neun, in Baltimore (Ohio) sind sechs Personen ertrunken. Die Eisenbahnlinien sind unterwaschen und auf eine Entfernung von vierzehn Meilen zerstört.

Erdbeben in Mexiko.

New York, 2. September. (W. T. B.) In Guadalajara im mexikanischen Staat Jalosco erfolgte heute ein überaus heftiger Erdstoß. Zahlreiche Wohnhäuser sind zerstört. Gebäude in allen Stadtteilen wurden beschädigt.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Entfesselte Appetite.

Aus Konstantinopel schreibt uns Genosse Parvus:

Der Kampf um die Macht, der früher ein Kampf für oder wider das Komitee war und die breite Oeffentlichkeit erfüllte, vollzieht sich jetzt in echt hamidischer Weise außerhalb der Oeffentlichkeit, und alle Mittel der byzantinischen Intrige sind entfesselt. Von den Spitzen der Regierung bis zu den dunklen Cafés von Stambul bilden sich Gruppen und Koterien, die keinen anderen Zweck haben, als „ihr" Ministerium zur Macht gelangen zu lassen. Und jede solche Koterie, die sich um eine Ministerliste gruppiert, ist eine Verschwörung, die rücksichtslos und schonungslos mit allen Mitteln, die sie nur auftreiben kann, arbeitet — denn es handelt sich um ihr nacktes Banditeninteresse. Dieselben Leute, die den Staatsmännern des Komitees nachsagten, daß diese ihren Ehrgeiz oder ihr sonstiges persönliches Interesse dem Wohl des Vaterlandes vorangehen lassen, sie betreiben jetzt selbst offen und schamlos den Kampf um den Futtertrog und machen auch gar kein Hehl daraus. Da läßt sich vermuten, daß oft genug die Vorwürfe der Korruption, die den Männern des Komitees gemacht wurden, nur die eigenen unerfüllten Wünsche der Verleumder verrieten. Alle zurückgesetzten, anrüchigen Elemente haben jetzt den Kopf erhoben und den Mund aufgetan. „Vier Jahre lang" — sagte mir einer, der unter Hamid höherer Beamter war —, „vier Jahre lang habe ich nichts gekriegt. Nicht für einen hohlen Zahn! Gehört sich das? Aber jetzt!"

Aber jetzt! Sie sind ausgehungert. Ausgehungert nach Macht und nach Reichtum. Tausende gieriger Raben, tausende greifender Hände sind zur Regierung erhoben, und die Klientel schiebt ihre Patrone empor. Es ist völlig ausgeschlossen, daß dieses byzantinische Wurmgezücht je satt gemacht werden könnte.

Ueberdies fehlen dazu auch die Mittel. Die Staatskassen sind leer. Um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen, wurde soeben mit der Banque Ottomane ein Abkommen getroffen, wonach diese der Regierung auf die noch ausstehenden 4 Millionen der von der Gruppe der „Deutschen Bank" vermittelten Millionenanleihe einen Vorschuß von 1¼ Millionen Pfund gewährt. Es ist bekanntlich der Krieg, der die Emission dieses Restbetrages der Anleihe verhindert hat. Der Vorschuß der Banque Ottomane soll nun mit sieben Prozent verzinst werden! Man glaube nicht, daß dieser hohe Zinsfuß etwa durch das mit dem Geschäft verbundene Risiko geboten erscheine. Auch nicht im geringsten! Es ist gar kein Risiko dabei. Denn selbst für den — kaum denkbaren — Fall, daß die Deutsche Bank den Rest der Anleihe nicht unterbringen sollte, ist vorgesehen, daß dann die Zolleinnahmen, der Tabakzehnt und noch andere Staatseinnahmen als Garantie für den Vorschuß dienen. Das sind Sicherheiten, die den Schuldbetrag um das Mehrfache übersteigen. Der hohe Zinsfuß ist durch nichts bedingt, als durch die Notlage des Reiches, die von der Banque Ottomane ausgenutzt wird. Es ist reiner Wucher. Das sind die neuen kapitalistischen Methoden der Ausbeutung des Reiches, die mit den Schmarotzermethoden des türkischen Beamtentums vorzüglich zusammenarbeiten, diese aber an Tragweite weitaus übertreffen.

In den Komiteekreisen macht sich indessen eine größere taktische Besonnenheit geltend. Die Idee des Boykotts der Wahlen tritt immer mehr zurück. Man wird sich an den Wahlen beteiligen. Leider ist nicht viel davon zu merken, daß die begangenen politischen Fehler eingesehen werden. So veröffentlicht jetzt der „Tanin" über die albanische Frage Artikel, die im vollen Umfange den beschränkten, stupiden Zentralisationsstandpunkt des Komitees aufrechterhalten. Der Plan des Komitees scheint zu sein, durch patriotische Opposition zur Macht zu gelangen. Zu diesem Zwecke dürfte es sich besonders bemühen, den bevorstehenden Friedensschluß agitatorisch auszunutzen. Auf diese Weise hofft man, die Armee wieder zu gewinnen. Dieser Weg zur Macht führt über eine neue Offiziersrevolte. Die Boykottisten, die das Parlament beiseite lassen, scheinen überhaupt keine anderen Möglichkeiten zuzulassen.

Daß die Komiteeorganisationen auch jetzt noch bei den Wahlen eine hervorragende Rolle spielen können, das ersieht man jetzt unter anderem aus den steigenden Befürchtungen, die man in den Reihen der frühern Opposition, der „Liberalen Vereinigung", hegt. Der Führer der letzteren, Lutfi Fikri, sucht in seiner Zeitung Tag für Tag die Regierung zu überzeugen, daß es notwendig sei, die gesamte Beamtenschaft so ziemlich bis auf den letzten Polizeiposten auszuwechseln, denn sonst würden die Beamten noch immer eine Pression zugunsten des Komitees ausüben. Das bedeutet in Wirklichkeit: Lutfi Fikri braucht selbst den Beamtenapparat, um die Wahlgeschäfte der Liberalen Vereinigung zu besorgen, und hat nur geringe Hoffnung, auf andere Weise eine Majorität zu erlangen. Im übrigen treten die Divergenzen innerhalb der Liberalen Vereinigung selbst immer schärfer hervor.

Mit dem Austritt Hussein Hilmis hat die Regierung einen Ruck nach rechts bekommen. Dabei ist in ihm als politische Persönlichkeit von ausgeprägtem Charakter nur noch Kiamil Pascha verblieben. Dieser Zustand ist unhaltbar. Entweder Kiamil Pascha wird Großwesir, oder es wird ein anderes Ministerium gebildet. Es wird eifrig daran gearbeitet, ein Koalitionsministerium zustande zu bringen, an dem auch Komiteeleute beteiligt sein sollen. Ob mit Erfolg, das muß sich sehr bald zeigen.

Die Kabinettsänderung verschoben?

Konstantinopel, 2. September. Nach anscheinend zuverlässigen Informationen sind die Gerüchte über nahe bevorstehende Aenderungen im Kabinett unrichtig. Infolge der Einwirkung der Militärliga hat Kiamil Pascha vorläufig seine Absicht, zu demissionieren, aufgegeben und wird voraussichtlich bis zum Beiramfeste Mitte September im Amte bleiben. Inzwischen werden Bemühungen angestellt, die zwischen Kiamil Pascha und dem Marineminister bestehenden Differenzen auszugleichen.

Kriegsagitation in Serbien.

Belgrad, 1. September. Heute vormittag fand hier eine vom patriotischen Verein „Nationale Verteidigung" einberufene Volksversammlung statt, an der mehr als 8000 Bürger und viele Offiziere teilnahmen. Nachdem mehrere kriegerische Reden gehalten worden waren, nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die Regierung zu den energischsten Schritten gegen eine weitere Ausrottung des serbischen Volkes und zur Erwirkung einer Genugtuung für die Opfer von Sienitza und Bielopolje aufgefordert wird. Unter den Rufen „Krieg der Türkei" zerstreute sich die Versammlung.

Der württembergische Landesparteitag.

Am Sonnabend nachmittag wurde in Heilbronn der württembergische Landesparteitag in Heilbronn durch den Vorsitzenden des Landesvorstandes Hildenbrand eröffnet. Vom Parteivorstand sind Ebert und Braun erschienen, von der bayerischen Organisation Genosse Körner und von der badischen Strobel. Zum Leiter der Verhandlungen wurde Genosse Dietz bestimmt.

Nach den Begrüßungsreden setzte die Debatte gleich sehr lebhaft ein. Es handelt sich um folgendes: Das jetzige Delegationssystem entrechtet die größeren Organisationen. Zurzeit wählen nämlich Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern einen Delegierten, mit 100 bis 300 Mitgliedern zwei Delegierte, mit über 300 Mitgliedern auf je weitere volle 200 Mitglieder je einen weiteren Delegierten. Die Mitgliederzahl wird nach der Zahl der abgelieferten Beiträge berechnet, wobei 44 Wochenbeiträge zugrunde zu legen sind. Letztere Bestimmung trifft nur die größeren Organisationen, denn ob der kleine Verein 5 oder 10 Mitglieder zählt, ändert an seinem Recht zur Entsendung eines Delegierten zur Landesversammlung gar nichts, während andererseits zum Beispiel Stuttgart, das im letzten Halbjahr rund 2000 neue Mitglieder gewann, die selbstverständlich noch keine 44 Beiträge abliefern konnten, nur für 8123 Mitglieder Delegierte entsenden kann, obgleich die wirkliche Mitgliederzahl 9157 ist. Die vorläufige Präsenzliste für die bevorstehende Landesversammlung bekundet denn auch, daß 1 Verein mit 5 Mitgliedern einen Delegierten entsendet, 5 Vereine mit je 7 Mitgliedern, 3 Vereine mit je 8 Mitgliedern, 1 mit 9, 5 mit je 10, 5 mit je 11, 6 mit je 12, 2 mit je 13, 2 mit je 14, 7 mit je 15 und 7 mit je 16 Mitgliedern. Das sind 44 Vereine mit insgesamt 521 Mitgliedern, die 44 Delegierten entsenden; auf jeden Delegierten entfallen noch nicht 12 Mitglieder. Stuttgart mit 8123 Mitgliedern kann nur 42 Delegierte senden, für je 189 Mitglieder einen Delegierten. 189 Stuttgarter Parteigenossen haben erst soviel Recht wie nicht 12 Mitglieder der kleinen Ortsvereine. 42 Vereine mit je 17 bis 22 Mitgliedern (insgesamt 801 Mitgliedern) stellen weitere 42 Delegierte. Die insgesamt 1322 Mitglieder der 86 Vereine stellen 86 Delegierte, Stuttgart mit 8123 Mitgliedern (in Wirklichkeit 9157 Mitglieder) nur 42 Delegierte.

Einige größere Organisationen haben nun beantragt, bei wichtigen Abstimmungen auf Antrag von 15 Delegierten eine namentliche Abstimmung vorzunehmen, bei der dann die Zahl der wirklich vertretenen Mitglieder maßgebend sein soll. Zur Gültigkeit eines Beschlusses müsse dann die Hälfte der Mitglieder erforderlich sein.

Westmeyer kritisiert bei der Begründung dieses Antrages, daß der Genosse Hüglin in einem Rundschreiben an die ländlichen Ortsvereine um die Uebertragung eines Mandats an einen Genossen ersuchte, damit die ländlichen Orte vertreten seien; dem Landesvorstand wurde zugemutet, für dieses Mandat die Kosten zu tragen. Hildenbrand antwortete, daß der Landesvorstand für das Rundschreiben nicht verantwortlich gemacht werden könne, er trage die Kosten für das Mandat nicht und vertrat die Ansicht, daß die Delegation nur von der Mitgliedschaft ausgeübt werden könne.

Als der Genosse Lachemeyer-Gmünd in der Diskussion, sich korrigierend, den Genossen Hildenbrand als Vorsitzenden des Landesvorstandes, unter Weglassung des Wortes Genosse anredet, bemächtigt sich der Landesversammlung große Erregung; der Redner wird durch Schlußrufe am Weiterreden verhindert und kann sich erst nach längerer Zeit wieder Gehör verschaffen. Die Debatte wird unter großer Lebhaftigkeit fortgeführt; die Differenzen zwischen beiden Richtungen in der württembergischen Partei kommen fortwährend zum Ausdruck. Schließlich werden sämtliche Anträge auf Aenderung des Abstimmungsmodus auf der Landesversammlung abgelehnt. Hüglin hatte vorher noch erklärt, daß er im Auftrage einer größeren Zahl ländlicher Ortsvereine gehandelt habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung übermittelt nunmehr Genosse Braun die Grüße des Parteivorstandes. Er ermahnt im Hinblick auf die politische Situation und auf die Landtagswahl in Württemberg zur Einigkeit, damit nicht die württembergische Partei und die Gesamtpartei Schaden erleide.

Hierauf teilt Hildenbrand mit, daß die Landtagsfraktion am Freitag eine Delegation an den Minister des Innern entsandt habe, um für Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot zu wirken. Der Minister habe es für eine Pflicht der württembergischen Regierung erklärt, etwas zu tun, einschneidend könne aber das nicht sein, die Hauptentscheidung liege bei der Reichsregierung. Es wird einstimmig einer Kundgebung gegen die Fleischnot zugestimmt und die Einberufung des Reichstages gefordert.

Den Geschäftsbericht des Landesvorstandes erstattet Hildenbrand; der Bericht liegt gedruckt vor. Die Besprechung der Zwistigkeiten nimmt darin einen größeren Raum ein. Hildenbrand bespricht diese Fragen ebenfalls ausführlich. Er schildert die

Kleines Feuilleton.

Der Araber als Tourist. Der von der ganzen bürgerlichen Presse mit tönenden Worten gefeierte Besuch eines hohen Arabers in Rom gibt dem „Avanti" Gelegenheit, die folgende gut erfundene Anekdote zu veröffentlichen:

„Als enfant gâté (Schoßkind) Italiens muß der Araber natürlich alles zu sehen bekommen, und so hat man ihn auch vor die Tore Roms geführt, in den Agro Romano. Das war ein Tag unsagbarer Erschütterung für unseren Mustapha. Er glaubte, wieder in seiner Heimat zu sein.

Also hier gibt es auch Tukuls?

Nein, das sind die Strohhütten der „Guitti".

Ah, Guitti . . . das sind wohl die Beduinen in Italien?

Nein, das sind italienische Arbeiter, die von auswärts kommen, um den Boden zu bestellen und sich die Malaria zu holen.

Sehr gut, ausgezeichnet! Und dies alles hier, das ist wohl die italienische Wüste?

Nein, Herr Mustapha, das ist der Agro Romano.

Ach, entschuldigen Sie, Herr Kulturträger, warum hat man denn nicht hierher die Kolonnen gebracht und die Eisenbahnen, die Hospitäler, die Schulen, die Ihr zu uns rübergeschickt habt?

Ja . . . wissen Sie, wir haben doch die Aufgabe, die Kultur nach Afrika zu bringen.

Ah, ich verstehe, sehr gut, ausgezeichnet! Aber wer hat denn die Aufgabe, die Kultur in den Agro Romano zu bringen?

Herr Mustapha, ich muß doch sehr bitten. . . . Sie werden sich doch hier nicht auf den Sozialisten herausspielen!

Bitte mein Herr, verzeihen Sie; ich rede dummes Zeug, ich bin ja schließlich nur ein Wilder. Auf solche Gedanken, daß man erst im eigenen Vaterlande Kultur verbreiten müßte, und dann bei den anderen, darauf kann wirklich nur ein Wilder kommen. . . .

Theater.

Das neue Spieljahr der Freien Volksbühne hat am letzten Sonntag begonnen. Es durch eine Urpremiere einzuleiten, durch ein Stück von eigener Art, wie Rosenows zur Erstaufführung in Berlin und Deutschland bestimmtes Bergarbeiterdrama „Die im Schatten leben", war infolge polizeilichen Verbots einfach unmöglich. Dessen ungeachtet rückte der Verein in beträchtlich verstärkter Zahl seiner Mitglieder heran und erweist so aufs neue die Tatsache, daß der Sehnsuchtszug der Arbeiterschaft nach edler Kunst durch keinerlei noch so brutale Gewaltmittel polizeilicher Willkürherrschaft niederzuzwingen ist. Mangelte dem Beginnen auch eine ereignisvolle Tat, so suchte sie die Vereinsleitung doch durch eine andere gleich ehrenvolle wettzumachen. Es galt August Strindberg zu feiern! Ob man ein Drama aus einer seiner späteren Schaffensperioden nicht doch lieber gesehen hätte als die feinvolle Tragödie „Der Vater", bleibe unerörtert. Jedenfalls wird dies kühne Unterfangen dennoch nach seiner literarischen Bedeutsamkeit gewürdigt werden. Vor allem verdient die von Direktor Witte-Wild unter recht schwierigen Begleitumständen vollbrachte Leistung vollste Anerkennung. Seine Regiekunst blieb dem Dichter nichts schuldig. Man stelle sich nur einmal vor, wieviel Mühe und Geduld aufzuwenden war, um beispielsweise die Szene mit der Zwangsjacke täuschend naturgetreu herauszubringen! Rudolf Lettinger erwies sich aber auch in der Hauptrolle des Rittmeisters als ein ungewöhnlich glänzender Darsteller. Seine Verkörperung dieser tragischen Gestalt war einfach bewundernswert. Martha Altenberg hätte man gern anders gesehen. Nicht, als ob sie nicht abermals bemerkliche Proben ihrer zweifelsohne starken künstlerischen Kraft gegeben hätte; aber sie vergaß zuweilen, daß sie statt einer abgerackerten Proletarierin die sehr willensstarke, dennoch in feineren Umgangsformen erzogene und sich natürlich auch so bewegende Frau eines Offiziers zu vertreten hat. Auch würde ihre schauspielerische Darbietung nur gewinnen, wenn sie weniger ihre Worte und Handlungen unterstriche, als es leider der Fall war. Klara Berger als Amme übergipfelte den Gehalt dieser Rolle bei weitem. Alles war Wärme, Innerlichkeit an ihr. Der Doktor Oestermark bietet dem Darsteller durch das Maß der ihm vom Dichter zugeteilten Unsicherheit ohnedies Schwierigkeiten. Max Eisfeld vermochte doch nicht, sie ganz zu besiegen, so achtenswert seine schauspielerische Leistung an sich erschien. Gustav Meyerhofer konnte wohl ein alter Pastor sein. Recht frisch und sicher war Steffi Exner als Berta. Das Drama packte die Zuschauer gewaltig. Alles in allem trat wieder zutage, daß Aufführungen in eigener Regie qualitativ schwerer wiegen, als anderweite, auf deren Zustandekommen die künstlerische Leitung des Vereins keinerlei Autoritätsrechte ausüben kann.

Im Deutschen Schauspielhaus gab es einen „Egmont." Von dieser Aufmachung ist nichts Rühmliches zu sagen. Diese neue Theaterei, für deren Geldgeber Herr Lanz firmiert, erlaubte sich gleich bei Beginn eine Art zu offenbaren, die mit den Kunstprinzipien der Freien Volksbühne im schreiendsten Mißverhältnis steht. Hatte Herr Lanz für die öffentliche oder allgemeine Aufführung des Goethedramas noch wenigstens einige Schauspieler von zum Teil verdientem Ruf als Hauptrollenträger präsentiert, so glaubte er wohl, daß man dem Verein Freie Volksbühne die aufgelegte Minderwertigkeit kredenzen dürfe. Und ferner vermeinte man sich an Beethovens Egmontmusik, die vorher von dem Philharmonischen Orchester gespielt wurde, ungestraft versündigen zu können, indem man sie durch eine ärmlich winzige Kapelle verarbeiten ließ. Es sollte, meinen wir, unnötig sein, die Leitung dieses neuen Kunsttempels daran zu erinnern, daß sie der Freien Volksbühne gegenüber ernst-künstlerische Pflichten übernommen hat! e. k.

Residenz-Theater: „Der Herr von Nr. 19", Schwank von Henri Kéroul und Albert Barré. Ferry Sikla, der nach dem Ausscheiden Alexanders die Direktion übernommen, erzielte mit dem neuen Fabrikat der Firma Kéroul und Barré den bei Aufführungen des Residenz-Theaters üblichen Heiterkeitserfolg. Ein in die Jahre gekommener Medizinprofessor, der hinter Zutrauen erweckender Beleibtheit eine zornig cholerische Gemütsart und tückischen Sinn verbirgt, jagt als der Rächer seiner angeblich gekränkten Gattenehre hinter dem unbekannten Titelhelden, dem Herrn von Nr. 19, her. Daß dieser, der nächtlicher Weile im Nachbarzimmer Nr. 18 die schlummernde Frau Doktorin erschreckte, sich einfach in der Tür geirrt hat, macht ihn in den Augen des eifersüchtigen Ehemannes nicht weniger strafwürdig. Der Wirrwarr, nach bekannten Rezepten durch eine Reihe kreuzweis verschlungener Eheirrungen noch weiter kompliziert, kulminiert in einem Trick von drastischer Possenkomik. Der Schuldige, vom Doktor hypnotisiert, führt ihm das ganze Abenteuer mimisch vor, und der teuflich ausspekulierte Plan des professoralen Othello, der dem Entlarvten im Zustand der Hypnose zu Hörnern zu verhelfen sucht, wendet sich gegen den galligen Intriganten selbst.

Die beiden Hauptfiguren wurden von Ferry Sikla und Otto Treptow mit flottem Temperament durchgeführt. Die Damenrollen waren durch Maria Reisenhofer und Frau Cerigioli-Marx gut vertreten. dt.

Humor und Satire.

Baisse.

Der stellungslosen Könige
Gibt es nun schon nicht wenige.
Herr Manuel in London schreit
Nach manueller Tätigkeit.

Ach, selbst im Afrikanischen
Fehlt's schon am Untertanischen —
Um Gott, um Gott, was soll das wer'n
Auf diesem aufgeregten Stern!

Wie sich das Zivil-Listische
Verwirrt ins Zivilistische!
Bald wirft der Bürger etwas aus
Für ein Monarchenarbeitshaus.

Wo immer Manuelichen
Das treue Volk befehlichen,
Da setzt der angestammte Rex
Auf jedes Pröstchen gleich ein ex.

Peter Scher (Simpl.)

Juristisches.

Zeugen sind diejenigen Personen, die einen Vorgang gesehen haben, aber nichts davon verstehen.

Sachverständige sind diejenigen Personen, die einen Vorgang nicht gesehen haben, aber etwas davon verstehen.

Richter sind diejenigen Personen, die einen Vorgang weder gesehen haben, noch etwas davon verstehen.

Notizen.

— **Von Arno Holz** ist ein Riesenstück „Berlin. Die Wende einer Zeit in Dramen", das drei Spielabende umfassen soll, zu erwarten. Hoffentlich wird jedem Zuschauer auch gleich ein Schlafsessel reserviert.

— **Der Intendant des Münchner Hoftheaters** Freiherr von Speidel ist vorgestern an den Folgen einer Gallensteinoperation im Alter von 59 Jahren gestorben. Nicht bloß die Bühnenkünstler werden diesem Hofkunstgeneral keine Träne nachweinen. Das interessanteste aber ist wohl, daß als Speidels Nachfolger der zentrümliche Reichstagsabgeordnete Maximilian Pfeiffer genannt wird, der sich für die Besserung der sozialen Lage der Schauspieler durch Broschüren und Reden auffällig ins Zeug gelegt hat.

Schwierigkeiten, die dem Landesvorstand erwuchsen bei der Besetzung der Tagwachtredaktion. Der Landesvorstand wollte nicht sofort im Sinne der letzten Landesversammlung handeln und die Redakteure kündigen. Da die Zwistigkeiten in der Redaktion aber nicht aufhörten, beschloß der Landesvorstand die Kündigung, um vor der Reichstagswahl ein kampffähiges Parteiblatt zu schaffen. Redner erklärte den von Westmeyer auf dem Jenaer Parteitag gestellten Antrag: der Parteivorstand solle dafür sorgen, daß die Stuttgarter ein Organ bekommen, daß im Sinne und im Geiste der Gesamtpartei geleitet wird, für eine Beschimpfung der württembergischen Partei, die leider auf dem Parteitag nicht gleich zurückgewiesen werden konnte. Besonders erfreulich für den Landesvorstand sei die Anerkennung der Preßkommission, daß der Landesvorstand alles getan habe, um die Zwistigkeiten zu schlichten. Später, als detaillierte Berichte über die Verhandlungen in Versammlungen und der Presse erschienen, sei der Landesvorstand angegriffen worden. Hildenbrand verwahrt sich entschieden dagegen, daß der Landesvorstand die Auswahl des leitenden Redakteurs nach dessen parteipolitischer Richtung getroffen habe. Dem Landesvorstand lag daran, das Blatt über den Zwistigkeiten zu halten; er habe nie eingegriffen, um die Richtung der „Tagwacht" zu bestimmen. Zur Göppinger Angelegenheit bemerkt Redner, daß das Göppinger Blatt vom ersten Tage an ein überaus aufmerksames Auge auf den Landesvorstand gerichtet und den Zwist in der Partei trotz aller Ermahnungen geschürt habe. Es wurde gegen den Willen des Landesvorstandes gegründet, da im Bezirke kein ausreichendes Verbreitungsgebiet vorhanden war. So war es nicht verwunderlich, daß das Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Der Landesvorstand hat der Sanierung zugestimmt, um die daran beteiligten kleinen Geldgeber nicht zu schädigen. Nach der Sanierung in Göppingen erschienen die tendenziösen Berichte in der Presse, die ganze Parteipresse sei einseitig informiert worden und der Landesvorstand bedauere es besonders, daß das Zentralorgan, der „Vorwärts", wie auch ein neuerlicher Bericht wieder zeige, sich noch immer keinen objektiven Berichterstatter aus Württemberg anschaffe. Besondere Erregung machte sich kund bei der Bemerkung, daß das Göppinger Blatt von einem Genossen redigiert würde, der zu der Zeit gar nicht Parteimitglied war. Der Landesvorstand hoffe nun, daß in Göppingen Ruhe einziehe. Nach der Erledigung dieser Sache kam eine neue Differenz. In der bürgerlichen Presse erschien ein Bericht unter der Ueberschrift: Geld stinkt nicht, als dessen Verfasser der Redner den Genossen Westmeyer anspricht. In dieser Notiz wird einigen leitenden Genossen der Vorwurf gemacht, daß sie Berichte aus Parlamentskommissionen für die bürgerliche Presse schreiben. In einer Konferenz wurde die Angelegenheit beraten und anerkannt, daß diesen Genossen, die versprachen, solche Berichte nicht mehr zu schreiben, ehrenrührige Vorwürfe nicht gemacht werden können. Redner kommt nunmehr auf die bekannten Vorkommnisse bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl zu sprechen.

Der Landesvorstand konnte Ausschlüsse nicht vornehmen gegen jene Genossen, die dem Beschluß der Parteiversammlung entgegen den Wahlzettel änderten, er konnte nur eine Rüge aussprechen; wie es denn der Landesvorstand mehr als seine Aufgabe betrachtet, zu schlichten, denn den vielfachen Ausschlußanträgen stattzugeben. — Ein erfreuliches Bild kann Hildenbrand geben vom Reichstagswahlkampf und der in dieser Zeit geleisteten Arbeit der Genossen. Der Erfolg war denn auch ein für die württembergische Partei befriedigender. — Mit dem Stichwahlabkommen des Parteivorstandes erklärte sich der Landesvorstand einverstanden und empfahl es den Genossen, wenn auch er nicht völlig davon befriedigt war; er hat es bedauert, daß auf Württemberg nicht besondere Rücksicht genommen werden konnte, aber es hätte geheißen, den Parteivorstand desavouieren, wenn man den praktischen Vorschlag abgelehnt hätte. Die Genossen im Lande seien der Aufforderung des Landesvorstandes gefolgt. Das Abkommen habe eine Schwächung der Konservativen gewollt, was auch gelungen sei. Redner ersucht die Landesversammlung, sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes und des Landesvorstandes einverstanden zu erklären.

Die zweistündige Berichterstattung Hildenbrands wurde mit großer Aufmerksamkeit und Ruhe entgegengenommen.

Nach der Erstattung des Kassenberichtes, des Berichtes über den Maifonds und die Parteidruckerei gab Genossin Zetkin den Bericht der Preßkommission. Sie bestreitet, daß der Landesvorstand bei der Anstellung ohne jede Rücksicht auf die Parteirichtung der Redakteure entscheiden wollte; es sei von beiden Seiten hierbei vielleicht gesündigt worden. Die Preßkommission habe es für ihre Pflicht und ihr Recht gehalten, ihre Entscheidung nach der parteitaktischen Richtung des Redakteurs zu treffen; sie habe sich aber durchaus von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Nicht der Landesvorstand habe ein besonderes Entgegenkommen damit gezeigt, daß die Preßkommission bei der Anstellung der Redakteure zugezogen worden ist; das war ein Beschluß der Landesversammlung. Auch die Preßkommission habe ausgleichend gewirkt, nicht im Sinne der Vertuschung, sondern in richtiger Würdigung der vorhandenen Kräfte. So konnte die Redaktion der „Tagwacht" eine Besetzung erfahren, die jetzt die Genossen befriedigt. Aufgabe der Presse und der Parteileitung müsse es sein, für die politische Schulung und grundsätzliche Vertiefung der Genossen Sorge zu tragen.

Bei Eröffnung der Debatte zum Bericht des Landesvorstandes sind bereits 37 Redner zum Wort gemeldet. Ein Antrag der Stuttgarter Delegierten, Westmeyer unbeschränkte Redezeit zu gewähren, wird nach einer Befürwortung durch Keil mit großer Mehrheit angenommen.

Westmeyer bezeichnet die Rede Hildenbrands als Kampfrede, die nicht geeignet sei, den Frieden in der Partei zu fördern. Redner verteidigt Radek gegen den Vorwurf Hildenbrands, daß er als Redakteur noch nicht Parteigenosse gewesen sei; er war lange Zeit vorher schon Mitglied der polnischen Partei. Für die raffinierten Fälschungen — wie Genosse Müller vom Parteivorstand sie bezeichnet hatte —, die bei den Gemeinderatswahlen vorkamen, habe Hildenbrand viel Entschuldigung gehabt. Redner zitiert Bebels Worte gegen das parteischädigende Treiben bei der Gemeinderatswahl. Damit sei die Entschuldigung Hildenbrands abgetan. Wenn das Usus in der Partei werden sollte, dann könnten ähnliche Zustände bei der bevorstehenden Landtagswahl eintreten. — Wenn in der Stuttgarter Parteiversammlung gegen die Beschlüsse der letzten Landesversammlung votiert wurde, so sei das das gute Recht der Genossen gewesen, das doch Hildenbrand für sich ebenfalls in Anspruch nehme. — Der Antrag auf dem Jenaer Parteitag war von 105 Delegierten unterschrieben; die Zustände in Württemberg bleiben doch kein Geheimnis in Württemberg; es tat sich also darin der Wille einer großen Anzahl Genossen kund. Nicht persönliche, sondern tiefe taktische und sachliche Differenzen über programmatische Punkte lagen den Streitigkeiten zugrunde, was vom Parteivorstand und auch von Hildenbrand anerkannt worden ist. — Zu den Göppinger Differenzen wolle er nichts sagen, das überlasse er den berufenen Personen; was er in der Sache getan und geschrieben habe, davon nehme er nichts zurück; die Angelegenheit werde ja noch den Parteitag beschäftigen. Radek ist nicht anwesend; dagegen nimmt Thalheimer an der Landesversammlung teil. Redner will schließen, auf Zurufe: Hungerbrief! ging er auf den bekannten Brief ein. Seine Entlassung, vom Parteivorstand mißbilligt, war ungerecht und eine Erschütterung seiner Existenz. Keil habe den Landesvorstand veranlaßt, ihm 2400 M. als Mitarbeiter zu bieten; als Vorsitzender der Stuttgarter Organisation habe er dies Anerbieten nicht annehmen können. Er hätte den Kampf der Stuttgarter damit illusorisch gemacht und wäre für 2400 M. zum Hundsfott geworden. Durch die Stuttgarter Wahlschwindeleien sollte er aus Stuttgart verdrängt werden. Er schäme sich nicht, daß Arbeiter in den Fabriken ihre Pfennige zusammengelegt haben, damit er für Frau und Kinder Brot kaufen konnte. (Große Bewegung.) Die Genossen, die ihm vertrauten, seien nicht wenige, und auf dieses Vertrauen der einfachen Genossen sei er stolz. (Lebhafter Beifall.)

Roßmann-Ulm will, daß die Genossen im Lande einen Einfluß auf die Haltung der „Tagwacht" ausüben, nicht die Stuttgarter allein; die „Tagwacht" sei Landesorgan. Ein Antrag Ulm ist im Sinne Roßmanns gehalten. Die größere Schuld am Göppinger Zusammenbruch treffe nicht die dortigen Parteigenossen, sondern die unverantwortlichen Ratgeber in Stuttgart. (Beifall.)

Der Sonntagssitzung lag eine Resolution vor, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und ihn in Schutz nimmt gegen die erhobenen Anwürfe. Ein Antrag wünscht, die Landesversammlung möge erklären, daß Westmeyer infolge seiner fortgesetzt parteischädigenden Tätigkeit Ehrenämter in der Partei nicht mehr bekleiden könne und daß die Partei es ablehne, die Verantwortung dafür zu übernehmen. (Zurufe: Ausschließen! Große Unruhe.)

Heymann gibt zur Begründung eine Schilderung des Verhaltens Westmeyers. Als Heymann u. a. erklärt, Westmeyer habe mit höhnischer Miene zugesehen, wie ein Genosse mit Fäusten bearbeitet worden ist, war auf Minuten hinaus die Ruhe nicht wieder herzustellen. Erregte Zwischenrufe wurden laut und Heymann wird unter anderem wiederholt der Lüge bezichtigt. Heymann erklärt nach Wiederherstellung der Ruhe, das von ihm Gesagte mit seinem Eide decken zu können. Weiter erklärt Redner, die Stuttgarter Streitigkeiten hätten verschuldet, daß bei der Reichstagswahl nicht mehr Stimmen erobert worden seien. Es gäbe Genossen, die die Streitigkeiten auf das Land übertragen wollen. Redner sagt weiter, daß den Streitigkeiten weniger sachliche Momente zugrunde liegen; es sei ein Kampf um den Futtertrog. Er verlangt, daß die Landesversammlung gegen die Absägung des Genossen Lindemann in Göppingen Einspruch erhebe.

Ebert vom Parteivorstand: Gen. Braun habe schon gesagt, daß der Parteivorstand in recht lebhaftem Meinungsaustausch mit den württembergischen Genossen gestanden habe; leider sei er recht unliebsamer Natur gewesen. Nach dem Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes bestand jedoch Hoffnung, daß die mühevolle Arbeit des letzten Jahres wenigstens zu einer Besserung geführt habe. Die Verhandlungen der Landesversammlung zeigen aber, daß das leider nicht der Fall ist. Die Zwistigkeiten seien jetzt schlimmer als je. Das sei mit Rücksicht auf die bevorstehende Landtagswahl und nach den Erfahrungen der Reichstagswahl zu bedauern. Parteivorstand und Landesvorstand haben in Gemeinschaft mit den Leitern der Organisationen in einer Reihe Streitfragen eine Verständigung erzielen können; damit sollten die Differenzen zum Abschluß gebracht werden. Einzelheiten dieser Verhandlung von neuem aufrollen, hieße alte Wunden wieder aufreißen, und die Verhandlungen ergäben sich damit als zwecklos. Hildenbrand sei in der Beurteilung des Jenaer Parteitagsbeschlusses über das Ziel hinausgeschossen, das war keine grobe Beschimpfung württembergischer Genossen. Nach Abgabe der Erklärung dagegen auf dem Parteitag hätten die Genossen sich beruhigen können. Der Parteitag wollte keine Stellung zu den Streitigkeiten nehmen, er wollte nur, daß Verhältnisse geschaffen würden, die ein Zusammenarbeiten ermöglichen. Die Kündigung und Entlassung der Redakteure hätten vor Aufnahme der Verhandlungen nicht erfolgen dürfen. Preßkommission, Landesvorstand und Parteivorstand haben eine Verständigung über die Haltung der „Tagwacht" herbeigeführt. Redner bedauert, daß die Preßkommission in ihrem Bericht vor aller Oeffentlichkeit sich über die persönlichen Verhältnisse der bewerbenden Redakteure ausgesprochen habe. Das seien doch sehr delikate Dinge und jeder in der Partei sei sich darüber einig, daß sie vertraulich behandelt werden müßten. Erfreulich sei es, daß jetzt die „Tagwacht" über die Streitigkeiten hinausgehoben ist. Alle Anträge, die eine Abschaffung oder Aenderung der Zusammensetzung der Preßkommission wollen, müßten abgelehnt werden, um eine neue Verschärfung des Streits zu vermeiden. Die Preßkommission und der Landesvorstand entscheiden doch gemeinsam über die Haltung der Presse. Den kleinen Blättern ein weiteres Recht einzuräumen, sei zu viel verlangt. Ueber die Göppinger Affäre wolle er sich nicht verbreiten, darüber würde wohl auf dem Parteitag noch ein ernstes Wörtchen zu reden sein. Verwundern aber müsse er sich, daß Thalheimer noch nicht Veranlassung genommen habe, zu reden, es seien doch von ihm Vorwürfe gegen den Landesvorstand erhoben worden. Wo bleibe Thalheimer? In der Göppinger Sache sei von einigen Genossen in parteischädigender Weise gehandelt worden. Doch ist, wie Hildenbrand sagte, nicht die ganze norddeutsche Parteipresse einseitig berichtet worden, sondern nur wenige Blätter. Objektive Berichte aus Württemberg zu erhalten, sei eben ungemein schwer, es gebe ja niemand mehr, der objektiv berichten könne. Wenn die Württemberger Genossen ernstlich bei sich Einkehr halten würden, müßten sie diesen Kampf gegen sich selbst aufgeben und versuchen, kameradschaftlich zusammenzuarbeiten. Die sachlichen Gegensätze sind da, sind aber nicht so groß, daß das nicht möglich ist. Mögen die Genossen dafür sorgen, daß die Landesversammlung einen Verlauf nehme, der der Partei würdig ist. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Thalheimer beschränkt sich auf die Verlesung einer trockenen protokollarischen Erklärung, in der er betont, daß die Ulmer Genossen seinen Rücktritt von der Redaktion bei der Sanierung in Göppingen erzwingen wollten. Die Auslassungen des Landesvorstandes wolle er übergehen, es genüge ihm, wenn er das Vertrauen vieler Genossen habe.

Crispien, der leitende Redakteur der „Tagwacht", erklärt, daß er sich der größten Zurückhaltung befleißigt habe an dem Württemberger Streit, daß aber von anderen Genossen das Gleiche gegen ihn nicht geübt worden ist. Er verwahrt sich dagegen, daß die württembergischen Blätter alles nehmen müßten, was die „Tagwacht" berichtet. Er nehme nicht, wie Roßmann behauptet hatte, nur von Pannekoek, sondern er habe auch Stampfersche Artikel, auch solche von Keil, Hildenbrand und Roßmann aufgenommen, von Radek bisher nicht, weil die „Tagwacht" ohne ihn auskomme. Die Kollegen der in „Tagwacht" lehnen es ab, sich von Roßmann die Richtung vorschreiben zu lassen. Sie hätten bisher kameradschaftlich zusammengearbeitet und wären stets zu einer Einigung gekommen.

Die Diskussion wird geschlossen und es entspinnt sich zwischen Keil und Westmeyer eine große Kontroverse. Keil erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß die Lieferung von Kommissionsberichten aus dem Landtag seit langer Zeit erfolgt ist. Der Artikel Westmeyers im Göppinger Blatt machte ihm zum besonderen Vorwurf, daß er Berichte für ein bürgerliches Pressebureau geliefert habe. Mit diesem bürgerlichen Bureau stehe die „Tagwacht" seit 20 Jahren in engster Beziehung und Westmeyer wußte das. Westmeyer widerspricht dem, nur auf Anfrage bei dem bürgerlichen Bureau habe man aus Gefälligkeitsgründen Antwort gegeben. Gegen Lieferung von Berichten an die bürgerlichen Bureaus durch Landtagsabgeordnete hätte er sich entschieden gewandt, da er das für unvereinbar halte mit der Stellung eines Landtagsabgeordneten. Keil erklärt demgegenüber, daß Westmeyer bei einer Konferenz habe zugeben müssen, daß er davon gewußt habe.

Hierauf nahm Hildenbrand das Schlußwort. Er betonte, daß der Landesvorstand sich redliche Mühe gegeben habe, diese Dissonanzen zu beheben. Er spreche die Meinung weiter Kreise aus, wenn er sage, daß sie diese Streitigkeiten endlich satt haben. Derjenige Genosse, der jetzt noch fortfahre zu stören, würde mit Recht vom Landesvorstand zur Ordnung gerufen und eventuell ausgeschlossen werden. (Lebhaftes Händeklatschen.) Der Landesvorstand wird dafür sorgen, daß die Parteivergiftung ein Ende nimmt. Er ersuche, alle Anträge abzulehnen, die geeignet erscheinen, die Verbitterung in Stuttgart weiter zu führen. Hildenbrand bespricht dann noch einmal den Fall Radek, wobei große Unruhe entsteht. Er fährt fort: Dieser Mann, der sei, wie jetzt dem Parteivorstand mitgeteilt worden ist, von der polnischen Parteiorganisation ausgeschlossen worden. (Händeklatschen und minutenlange Unruhe.) Der Landesvorstand ist der Meinung gewesen, daß, wenn es sich um Geld der Partei handelt, polnische Nichtgenossen nicht dazwischen reden dürften. Westmeyer bemerkt dazu, daß erst untersucht werden müsse, ob Radek zu Recht ausgeschlossen ist; dann sei Radek für uns erledigt. Zur Zeit aber, als Radek in Göppingen Redakteur war, war er Mitglied der polnischen Organisation.

Es kommt nun zur Abstimmung. Eine Resolution, in der die Landesversammlung mit Bedauern Kenntnis nimmt von den Vorgängen der letzten Kreisgeneralversammlung und die den Landesvorstand und den Parteivorstand beauftragt, die Entwickelung der Parteiorganisation im ersten württembergischen Kreise im Sinne der Gesamtpartei zu sichern, wird angenommen.

Eine Resolution, die dem Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht und verurteilt, daß in der Göppinger Affäre wahrheitswidrige Berichte in die Presse gesandt worden sind, wurde ebenfalls angenommen.

Der Antrag, daß Westmeyer Ehrenämter nicht mehr bekleiden könne, wird zurückgezogen.

Die Resolution, die eine Aenderung in der Besetzung der Preßkommission wünscht, wird auch zurückgezogen.

Nunmehr gibt Genosse Keil den Bericht über die Landtagstätigkeit. Es betont, daß die Landtagsfraktion praktische Politik getrieben habe und jede Verkleinerung des Parlamentarismus und dafür Einführung der Pannekoekschen Taktik ablehne. Redner bespricht in längeren Ausführungen die bürgerlichen Parteien Württembergs und die Stellung unserer Partei zu ihnen. Im Reichstag sei die Mehrheit des schwarzblauen Blockes gebrochen, es müsse dafür gesorgt werden, daß im württembergischen Landtag der schwarzblaue Block nicht erst aufkomme. Das Beispiel in Bayern wirke abschreckend. In Württemberg habe man Aussichten, daß Politiker à la Hertling Einfluß auf die Regierung gewinnen. Die Sozialdemokratie steht unabhängig in dem Wahlkampf und führe ihn grundsätzlich, sie werde keine Milde walten lassen, weder gegen die Volkspartei noch gegen die Nationalliberalen. Nachdem die Kräfte sich im ersten Wahlgang gemessen, werde zu entscheiden sein, wie im zweiten Wahlgang unsere Kräfte zu verwerten seien. Wenn aber die bürgerliche Linke keine scharfe Grenze zieht zwischen sich und der Reaktion, kann sie nicht auf Unterstützung durch die Sozialdemokratie rechnen. Zu fordern sei der Landesproporz, nachdem der Teilproporz sich bewährt habe. Mehrere Anträge verlangen, die Rede Keils als Broschüre herauszugeben. In der Diskussion erklärten sich die Redner einverstanden mit den Ausführungen Keils. Es wird ein Antrag angenommen, der dem Landesvorstand, Landtagsfraktion und Redaktion der Parteipresse den Auftrag erteilt, ein Wahlprogramm auszuarbeiten. Ein Antrag Roßmann, der die parlamentarische Tätigkeit der Landtagsfraktion gutheißt, wird angenommen. Hildenbrand spricht noch über das neue Organisationsstatut und verlangt Ergänzung des Parteivorstandes durch einen Parteiausschuß. Die Landesversammlung stimmt dem zu und Hildenbrand wird als Ausschußmitglied bestimmt.

Als Vorsitzender des Landesvorstandes wird Hildenbrand wiedergewählt.

Die nächste Landesversammlung soll in Stuttgart stattfinden.

Aus der Partei.

Die diesjährige Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens

trat am Sonnabendabend in Straßburg zunächst zu einer geschlossenen Sitzung zusammen, in der der Vorstands- und Kassenbericht und die Berichte der Kontrollkommission erstattet wurden, — die ersteren zwei Berichte von Parteisekretär Ch. Hueber und Landeskassierer G. Schmitt, das dritte Referat von dem Genossen L. Emmel. Die Mängel der Organisation bei den Land- und Reichstagswahlen erfuhren im Berichte der Kontrollkommission eine scharfe Kritik, die die Versammlung auch in der Diskussion eingehend beschäftigte. — Die Verhandlungen am Sonntag waren öffentlich. Zu ihnen waren 70 Delegierte erschienen, mit den Vorstandsmitgliedern und auswärtigen Gästen 92 Teilnehmer, die stärkste Beteiligung, die noch je ein Landesparteitag in Elsaß-Lothringen aufgewiesen. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Pfannkuch erschienen, der den ablehnenden Standpunkt der Parteileitung gegenüber dem Antrag der lothringischen Genossen auf Errichtung eines Parteisekretariats in Lothringen begründete und sich auch gegen die Anregung wandte, Rednern aus Elsaß-Lothringen behufs Erlernung der französischen Sprache durch zeitweilige Zuschüsse den Aufenthalt in Frankreich zu erleichtern. Der Antrag auf Errichtung eines Parteisekretariates in Lothringen fand gleichwohl nach langer Diskussion einstimmige Annahme, da man sich von dieser Neuerung einen günstigen Einfluß auf die ziemlich zerfahrenen lothringischen Parteiverhältnisse verspricht. Angenommen wurde auch der Antrag, der Landesvorstand möge auch die „Feuilles d'Alsace-Lorraine", dieser schon seit ein bis zwei Jahren zwanglos herausgegebenen Propagandablätter in französischer Sprache, in geeigneten Zeitabschnitten wieder an die Kreise mit französisch sprechender Bevölkerung zur Verbreitung geben; ferner eine Resolution, die sich für die baldige Herausgabe eines französischen Wochenblattes ausspricht. Beim Punkte Organisation gelangte noch ein Antrag des Kreisvereins Mülhausen zur Annahme, der die Tragung der Delegiertenkosten der Landesversammlungen durch die elsaß-lothringische Gesamtpartei anstrebt.

In den beiden öffentlichen Sitzungen am Sonntag, in welchem die Genossen Linz-Baden und Kleefooth-Pfalz die Grüße der nachbarlichen Parteiorganisationen überbrachten, wurden Referate der Genossen L. Emmel über die Land- und Reichstagswahlen, R. Fuchs über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, A. Wicky über die unmittelbar bevorstehenden Bezirkstagswahlen und B. Böhle über die Reorganisation der Gesamtpartei entgegengenommen. In den Abstimmungen nach dem letzten Referat, denen eine längere Diskussion vorausging, sprach sich die Landesversammlung für die vorgeschlagene Erhöhung der Mitgliederbeiträge (§ 5 des Organisationsstatuts) aus, desgleichen dafür, daß der Parteitag hierfür eine Uebergangszeit von zwei Jahren festsetzen möge. Die Versammlung sprach sich ferner dafür aus, daß die Reichstagsfraktion auf dem Parteitag wie bisher vertreten sein könne. Endlich sprach sich die Landesversammlung für die Einführung eines Parteiausschusses in der von der Organisationskommission vorgeschlagenen Form aus. Als Mitglied zur Vertretung Elsaß-Lothringens in diesem Ausschuß bestimmte die Versammlung in geheimer Wahl den Genossen L. Emmel mit 42 Stimmen, während 40 Stimmen auf den Genossen B. Böhle fielen. Der Landesvorstand wurde, nachdem einstimmig Straßburg als Vorort wieder bestimmt war, in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, desgleichen die Kontrollkommission bis auf den Ersatz des lothringischen Vertreters Mischke durch Dr. Weill, während für das Unterelsaß an Stelle des Genossen Weill Genosse Ziegler-Bischheim gewählt wurde. Vorsitzender des Landesvorstandes ist wie bisher Peirotes, Vorsitzender der Kontrollkommission Emmel. Die Festsetzung des Orts der nächsten Landesversammlung ist dem Vorstand und der Kontrollkommission überlassen.

Am Grabe Ferdinand Lassalles.

Trotz aller Kränzejagden und Beschlagnahme roter Schleifen erhielt auch in diesem Jahre der Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse Zeichen der Liebe und Verehrung auf das Grab gelegt. Am Todestage selbst, am 31. August, hielten starke Polizeiposten den israelitischen Friedhof von früh bis abends besetzt. Die Genossen hatten sich in diesem Jahre die Kranzniederlegung jedoch anders eingerichtet, sie erfolgte erst am Sonntag morgen, und als die Polizei hoch zu Roß und zu Fuß unter Führung von Kommissaren Aufstellung nahm, war die Ehrung zum größten Teil schon vorüber. Man ließ auch die anderen Kränze anstandslos passieren. Weithin leuchten nun wieder über den Friedhof die roten Kränze, die die sozialdemokratischen Vereine Breslau-Stadt, Breslau-Land, das Gewerkschaftskartell und die Fabriken gestiftet haben. Viele Hunderte von Proletariern fanden sich am Grabe ein.

Der Gedenktag wurde aber noch zu einer zweiten Demonstration. Vor einer Woche mußte das Landgericht Breslau die vier seinerzeit konfiszierten Kranzschleifen herausgeben, die die Polizei

am 14. Juli 1911 aus dem Leichenzuge für den Parteiveteran Louis Cohn gewaltsam entfernt hatte. Alle vier Schleifen wurden an einem Lorberkranz befestigt und schmückten nun 14 Monate nach der Beerdigung des alten Mitkämpfers sein Grab. Später sollen diese Liebeszeichen unter Glas und Rahmen im neuen Gewerkschaftshause untergebracht werden und den kommenden Geschlechtern von den Ruhmestaten der Breslauer Polizei erzählen.

Aus aller Welt.

Vom Vergnügen in den Tod.

Auf der Werdener Kirmes ereignete sich am Sonntag ein Unglück, dessen ganze Größe durch einen glücklichen Zufall gemindert wurde. Beim Rangieren der elektrischen Wagen der Velbert—Werdener Eisenbahn an der Haltestelle in der Nähe des Kirmesplatzes löste sich ein Anhängewagen und sauste die ziemlich steile Straße hinab direkt in den Kirmestrubel hinein. Durch einen starken Mast, der von dem Wagen umgerannt wurde, wurde die Schnelligkeit der Fahrt vermindert und somit viel größeres Unglück verhütet. Die Zahl der Verletzten beträgt neun, darunter vier Schwerverletzte. — Von den Verletzten sind zwei Knaben im Alter von 9 und 13 Jahren nachts im Krankenhause gestorben. Von den anderen Verletzten befindet sich noch einer in Lebensgefahr.

Das Messer.

In einer ganzen Reihe von Fällen hat am Sonntag das Messer seine unheilvolle Rolle gespielt. In Dreenkrögen in Mecklenburg geriet der dem Trunke ergebene Erbpächter Kruse mit seiner Familie in Streit. Der 63 Jahre alte Nachtwächter Kaiser wurde zu Hilfe gerufen. Mit diesem geriet Kruse in heftigen Wortwechsel und zog zuletzt sein Messer, mit dem er den Nachtwächter erstach. — In Marienburg erstach der 21jährige Franz Wiegand seinen Vater, den Speicherarbeiter Wiegand, nachdem er kurz zuvor einen Wortwechsel mit ihm gehabt hatte. Der Vater ist den Verletzungen erlegen, der Mörder wurde verhaftet. — Aus einem geringfügigen Anlaß gerieten in Mülheim a. Rh. mehrere junge Burschen in Streit, in dessen Verlauf einer durch einen Messerstich getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Der Täter wurde verhaftet. — In Metz wurde in einem Straßengraben der 27jährige Schlosser Lucien Thomas aus Montigni erstochen aufgefunden. Der mutmaßliche Mörder wurde in der Person des 24jährigen Italieners Cervasi verhaftet, der durch Augenzeugen der Tat überführt sein soll. Der Grund der Tat soll Eifersucht gewesen sein.

Automobilkatastrophe.

Ein folgenschwerer Automobilunfall hat sich am Sonntag in der Nähe der italienischen Stadt Lucca zugetragen. Ein Automobilomnibus, der zwischen der Stadt und den Bädern von Lucca verkehrt, stieß, mit 24 Personen besetzt, auf der Landstraße mit einem Dampftramzug zusammen. Drei Personen wurden getötet, mehrere andere Personen sind verletzt, darunter vier Deutsche. Einer der Deutschen soll im Sterben liegen.

Die gerettete Sittlichkeit.

Seit einigen Tagen hat sich in Bochum ein sog. Belustigungspalast niedergelassen, dessen Frontseiten ein Gemälde enthalten, das Nixen raubende Faune darstellt. In allen Städten Deutschlands, wo das Unternehmen bisher gewesen ist, hat niemand etwas gegen die nackten Figuren einzuwenden gehabt, — bis in Bochum ein katholischer Geistlicher bei der Polizei Beschwerde einlegte, die dann verfügte, daß die Nixen mit einem Leinentuch überhangen werden mußten. Nun sieht man die Faune und die Köpfe der Nixen. Das Gemälde ist von Professor Naumann, Leiter der Dresdener Kunstakademie, entworfen und von den Kunstmalern Reh und v. Rinatzky in München ausgeführt.

Das Räuberunwesen in Rußland.

In Moskau wurde eine Bande von Verbrechern dingfest gemacht, die in kurzer Zeit nicht weniger als 36 Verbrechen, darunter 18 Mordtaten, begangen hat. An der Spitze dieser Bande stand ein 24 Jahre alter Russe namens Samyschkin. Um den Nachforschungen der Polizei besser entgehen zu können, hatte der Chef der Verbrecher eine äußerst geschickte Organisation eingeführt. Die Banditen kannten sich nicht bei Namen, ein jeder war dem anderen nur unter seinem Spitznamen bekannt, ebenso wußten sie die gegenseitigen Wohnungen nicht. Zu ihren vorsichtigen Gepflogenheiten gehörte auch noch, daß sie sich sofort nach der Ausführung eines Verbrechens trennten und Hunderte von Kilometern weit vom Tatorte entfernten. Nach einem Verbrechen hatten sie sich eines Automobils bemächtigt, nachdem sie vorher den Chauffeur und seine Freunde kurzerhand getötet hatten. Da sie aber mit der Führung des Automobils nicht vertraut waren, gaben sie die Fahrt mitten auf der Straße wieder auf. Der Bandenchef wurde in dem Augenblick verhaftet, als er versuchte, Kupons einzulösen, die von einem Einbruchsdiebstahl herstammten. Bei seinem Verhör benutzte er den Moment, in dem der Polizeikommissar seinen Kopf neigte, um diesem mit seinen Handschellen einen wuchtigen Schlag zu versetzen. Die Untersuchung bringt immer neue Verbrechen an den Tag, die von der Bande ausgeführt worden sind.

Aristokraten.

Aus Rom wird uns geschrieben: Große Verwunderung erregt in Rom die am 30. August vorgenommene Verhaftung zweier römischer Patrizier, der Grafen Falzacappa und Barbialini, sowie mehrerer Geschäftsleute. Für alle hat die Polizei den Beweis in Händen, daß sie falsches Papiergeld, falsche Staatsrentenpapiere, industrielle Aktien und Billette des Staatslotto herstellten. Weiter schwebt der Verdacht gegen sie, daß sie sich auch der Organisation von Kirchendiebstählen widmeten. Um die Verbrechen aufzuspüren, wurde ein in Rom unbekannter Polizeibeamter vor Wochen beauftragt, mit dem Grafen Falzacappa Beziehungen anzuknüpfen. Er stellte sich ihm als Ingenieur und Angestellter der staatlichen Papierfabrik von Fabriano vor. Als das Beweismaterial hinreichend war, erfolgte die gleichzeitige Verhaftung der sieben an den Fälschungen beteiligten Personen. Falzacappa galt in Rom als ein tadelloser Ehrenmann, der in durchaus geordneten Verhältnissen lebte. Gegen die anderen waren schon gelegentlich Verdächtigungen laut geworden.

Ein eigenartiges Unglück.

Nach einer aus Flint im Staate Michigan eingetroffenen Meldung ist dort einem 6jährigen Knaben namens Chester Beits ein eigenartiger Unglücksfall zugestoßen. Das Kind wurde von dem Anker eines wissenschaftlichen Ballons erfaßt und in die Höhe gehoben. Als der Ballon mit dem Knaben die Höhe von 600 Metern erreicht hatte, riß plötzlich das Seil und das bedauernswerte Kind fiel auf das Dach eines Hauses, wo es mit bis zur Unkenntlichkeit zerschmetterten Gliedern liegen blieb.

Verschollener Dampfer.

Die Vereinigte Dampfschiffahrtsgesellschaft Kopenhagen hegt Besorgnis über das Schicksal ihres Dampfers „Kursk", der am Montag, den 26. August, von Antwerpen nach Petersburg abging, und bereits am vergangenen Mittwoch den Kaiser-Wilhelm-Kanal passieren sollte. Seit der Abfahrt von Antwerpen hat man nichts mehr von dem Dampfer gehört. Der Dampfer hatte außer dem Kapitän eine Besatzung von 19 Mann. Bei Brouwershaven und Oudborp sind ein Boot und mehrere Rettungsgürtel mit dem Namen der Gesellschaft, Wrackstücke und Teile der Ladung an Land getrieben worden. Auch der Lotse, der den Dampfer in See führte, ist nicht nach Vlissingen zurückgekehrt.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Dreizehnjährigen. Der 13jährige Sohn Eduard des Gastwirtes Prautzsch aus Plauen i. Vogtl. hat sich, weil er 5 Mark veruntreut hatte, am Sonntagabend auf dem Gleis des unteren Bahnhofes von einem Zuge überfahren lassen. Dem Knaben wurde der Kopf überfahren, so daß er auf der Stelle tot war.

Wenn der Browning knallt. In der Nacht zum Montag wurde in Altenessen ein Schutzmann von mehreren Personen angegriffen und seines Säbels beraubt. Er machte von seiner Schußwaffe Gebrauch und erschoß den Arbeiter Karl Hentel.

Doppelmord. Am Sonntagnachmittag sind auf der Grube Wachtberg I in Frechen (Rhld.) zwei Kroaten ermordet worden. Die Mörder, die einen Geldbetrag von 570 Mark erbeutet haben, sind entkommen.

Unwetter in Nordamerika. Eine Reihe von Unwettern brach am Montagmorgen über das westliche Pennsylvanien und das nördliche Westvirginien herein. Dreizehn Personen sind ertrunken und verschiedene werden vermißt, auch wurde großer Sachschaden angerichtet.

Ein argentinischer Dampfer gesunken. In der Nähe von Rio Grande ist der argentinische Dampfer „Colartine" untergegangen. Die gesamte Mannschaft ist ertrunken. Zwei Leichen sowie Trümmer des Schiffes sind aufgefunden worden.

Ein verwegener Einbruch. Maskierte Diebe drangen in der Sonntagnacht in das Londoner Variététheater „Hippodrom" ein, betäubten den Nachtwächter und die Feuerwache mit Chloroform und sprengten sodann mit Dynamit einen großen Geldschrank, aus dem sie ungefähr tausend Pfund Sterling raubten. Die Diebe sind entkommen.

Bei Darmkatarrh, Magenverstimmung **Santa Lucia** Stärkungs-Rotwein Fl. 1.50 u. 2.00
Nachahmungen bitte zurückweisen.
Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatessen-Geschäften.

Garbáty
Cigaretten
Königin von SABA
Garantiert Handarbeit

Berlin SW. 68 **Buchhandlung Vorwärts** Lindenstr. 69.

Ferdinand Lassalles Reden und Schriften
Neue Gesamtausgabe. :: :: :: Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eduard Bernstein
Vollständig in drei Bänden in Halbfranz gebunden 14,50 M.

Einzelausgaben von Lassalles Schriften:

Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. — **Was nun?** Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. — **Macht und Recht.** Ein offenes Sendschreiben. Neue Auflage. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,50)
Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,40)
Meine Assisen-Rede, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königl. Gewalt aufgereizt zu haben. M. 0,40
Arbeiterprogramm. Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. M. 0,75 (Vereinsausgabe M. 0,30)
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. Eine Verteidigungsrede vor dem Königlichen Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. M. 1,50 (Vereinsausgabe M. 0,60)
Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig. Neue Auflage. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,40)
Herr Bastiat Schulze v. Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit. Mit einem kritischen Vorwort von Ed. Bernstein. M. 1,—
u. a.
Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Zu seinem vierzigsten Todestag. Von Eduard Bernstein. Mit einem Lichtdruckbild Lassalles. M. 1,— (Vereinsausgabe M. 0,50)
Intime Briefe an Eltern und Schwester. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Nebst einem Anhang: Zwei Briefe Lassalles über Liebe und eheliche Treue. Zwei Briefe Sophie v. Hatzfeldts an Angehörige Lassalles. M. 3,—

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Land u. Wald
am gr. Storkower See
mit eigenen Bootsstellen
OR von 7 M. an.
Terraingesellsch. am Storkow- und Scharmützelsee m. b. H., Berlin C.2, Burg-Strasse 30.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Kios Cigaretten
Kurprinz 3 Pfg.
Fürsten 4 „
Welt-Macht 5 „
Auto-Klub 6 „
Aero-Klub 10 „
Kleine Berliner
Stück 2 Pf.

Oeffentliche politische
Volks-Versammlungen
Dienstag, den 3. September, abends 8 Uhr

in folgenden Lokalen:

1. Kreis:
Corona-Prachtsäle, Kommandantenstr. 72.

2. Kreis:
Nißles Festsäle, Dennewitzstr. 13.
Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
Kliems Festsäle, Hasenheide 13/15.

3. Kreis:
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

4. Kreis:
Graumann, Naunynstr. 27.
Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Boekers Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.
Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
Löwen-Brauerei, Frankfurter Allee 53.

5. Kreis:
Sophien-Säle, Sophienstr. 17.
Union-Festsäle, Greifswalder Str. 222.

6. Kreis:
Mila-Säle, Schönhauser Allee 130.
Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9.
Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24.
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
Borussia-Säle, Ackerstr. 6/7.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Voigt-Theater, Badstr. 58.
Kösliner Hof, Kösliner Str. 8.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142. **(Zwei Versammlungen.)**
Bock-Brauerei, Abt. II, Chausseestr. 64.
Moabiter Stadttheater, Alt-Moabit 47/49.
Artushof, Perleberger Str. 26.

Referenten: **Richard Barth, Robert Bahn, Dr. Bruno Borchardt, Otto Büchner, Dr. Alfred Bernstein, Emil Dittmer, Emil Eichhorn, Agnes Fahrenwald, Regina Friedländer, Johannes Hatz, Otto Handke, Joseph Hartmann, Fr. Käming, Wilhelmine Kähler, Wilhelm Kubig, Hellmuth Lehmann, Paul Litfin, Martin Meyer, Max Sassen, Wilhelm Schenk, Robert Schmidt, Franz Schneider, Emil Unger, Dr. H. Weyl, Emil Wutzky, Mathilde Wurm, Luise Zietz, Fritz Zubeil.**

Im Reichstagswahlkreise **Teltow-Beeskow** in folgenden Orten:

Adlershof. Lehmgrübner, Bismarckstr. 60.
Alt-Glienicke. Terrassen-Restaurant, Rudower Str. 54.
Baumschulenweg. Serpentins Festsäle, Baumschulenstr. 78.
Bohnsdorf. Villa Kahl, Restaurant Falkenruh.
Britz. Raddatz Festsäle, Chausseestr. 39.
Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Groß-Lichterfelde-Ost. Hohenzollerngarten, Berliner Str. 131.
Grünau. Duchaufour, Köpenicker Str. 79.
Johannisthal. Lindenhof, Friedrichstr. 61.
Köpenick. Stadttheater.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme, Senzig, Zernsdorf. Schützenhaus, Wwe. Wedhorn.
Lankwitz. Dohn, Kaiser-Wilhelm-Str. 34.
Lichtenrade. Wirtshaus Lichtenrade, am Bahnhof.
Mariendorf. Restaurant Graßl, Chausseestraße.
Mittenwalde. E. Neumann, Gasthof zum Kronprinzen.
Neukölln. Hohenstaufensäle, Kottbuser Damm 76; Bartsch Festsäle, Hermannstr. 49; Deutsches Wirtshaus, Bergstr. 136/137; Petris Festsäle, Knesebeckstr. 113.
Nieder-Schöneweide. Wirtshaus Loreley, Berliner Str. 101.
Schmargendorf. Waldkater, Warnemünder Str. 14/15.
Schöneberg. Neue Rathaussäle, Meininger Str. 8.
Tempelhof. Wilhelmsgarten, Berliner Str. 9.
Trebbin. Schützenhaus.
Treptow. Neues Gesellschaftshaus, am Bahnhof.
Wilmersdorf. Stadtpark, Kaiserallee 51/52.
Zossen. Kurzner, Baruther Straße.

Am 4. September finden Versammlungen statt in: **Friedenau,** Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstraße 65; **Nowawes,** Singers Volksgarten, Priesterstraße 31; **Steglitz,** Birkenwäldchen, Schützenstraße.

Referenten: **Max Barth, Fritz Carl, Hermann Clajus, August Dietrich, Georg Exner, Ernst Gehrke, Max Groger, H. Grünzel, Marie Juchacz, Ernst Klaar, Emil Kloth, Julius Kaliski, Fritz Kunert, H. Langhammer, Karl Melle, Albin Mohs, Wilhelm Paetzel, Hugo Poetzsch, O. Riedel, Adolf Ritter, Adolf Scholz, Paul Schwenk, H. Spieckermann, Franz Thurow, Georg Ucko, Adolf Wuschick, Karl Wücke, Frida Wulf, Wilhelm Zabel, Adolf Zenner.**

Im Reichstagswahlkreise **Niederbarnim** in folgenden Lokalen:

Bernau. Restaurant Bellevue, Inh. Franz Salzmann.
Borsigwalde. Borsigwalder Festsäle, Inh. Hohn.
Friedrichsfelde, Neu-Lichtenberg. Restaurant Bürger, Prinzenallee 30.
Friedrichshagen. Eiskeller, Friedrichstr. 96/97.
Lichtenberg. Arnold, Frankfurter Chaussee 5. Café Bellevue, Hauptstr. 2.
Nieder-Schönhausen. Lidemit, Inh. Ferschke, am Kirchplatz.
Ober-Schöneweide. Wilhelminenhof.
Oranienburg. Waldhaus Sandhausen, Inhaber Frahm.
Pankow. Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.
Reinickendorf-Ost. Schützenhaus, Residenzstr. 1/2.
Reinickendorf-West. Eichbornsäle, Eichbornstr. 60.
Rosenthal. O. Deutschmann, Wilhelmsruh, Hauptstr. 1.
Stralau. Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.
Tegel. Trapps Festsäle, Inhaber Gamm, Bahnhofstr. 1.
Weißensee. Bergbrauerei, Berliner Allee 211.

Referenten: **Paul Barthel, Paul Brühl, Adolf Buhl, Martha Demning, Paul Dupont, Robert Fendel, Konrad Hänisch, Karl Jahn, Hermann Jaeck, H. Jaeckel, H. Käppler, Berta Lungwitz, Elisabeth Röhl, Otto Sillier, Karl Wermuth, Walter Zimmermann.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Kampf gegen die Teuerung.

Diskussion.

Männer und Frauen! Erscheint in Massen!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Berlin, Riesenstr. 16.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Zur Frage der Berliner Parteiorganisation.

Von Hugo Poetzsch.

Die Kritik, die von den Genossen Grunwald und Pieck an den Zahlabenden geübt wurde, dürfte bei den Parteigenossen im allgemeinen auf Zustimmung gestoßen sein. Auch ich bin im wesentlichen mit ihr einverstanden und will Gesagtes nicht wiederholen. Werden die Zahlabende in ihrer jetzigen Form aufgehoben, d. h. findet das Entgegennehmen der Beiträge an diesen Bezirksabenden nicht mehr statt, so bleibt als Ersatz nur die Einführung der Hauskassierung. Beide Fragen gehören also zusammen. In einer ganzen Reihe von Großstädten, wie Hamburg, Hannover, Dortmund, Magdeburg, Breslau und andere mehr, ist das System des Abholens der Beiträge bereits durchgeführt, überall mit dem Resultat, daß die Parteiorganisation einen großen Aufschwung an Mitgliedern nimmt, der Prozentsatz der organisierten Parteigenossen zu den sozialistischen Wählerstimmen steigt. Das wird auch von keiner Seite mehr bestritten.

Für die weitere Diskussion über die zukünftige Gestaltung der Parteiorganisation in Berlin dürfte es nicht ohne Interesse sein, einmal diejenigen Einwände zu erörtern, die in den Kreisen der Berliner Parteigenossen gegen die oben angeführten Neuerungen erhoben werden.

Gegen das Kassieren im Hause wird gesagt: Berlin sei nicht mit der Provinz zu vergleichen und die Partei nicht mit den Gewerkschaften; es würden sich nicht Leute genug finden, die bereit sind, das beschwerliche Amt eines Einkassierers zu übernehmen; die Genossen seien allgemein der Auffassung, daß so schon zu viel Beamte in der Partei seien; die Zahlabende würden dann noch schlechter besucht werden als bisher.

Zuzugeben ist ohne weiteres, daß mit der Hauskassierung unsere Funktionäre, die heute schon in täglicher Kleinarbeit unter großen Mühen und auch unter oft nicht unerheblichen Opfern an Geld für die Partei tätig sind, eine weitere Last aufgebürdet bekämen. Ein entsprechender Prozentsatz von den einkassierten Beiträgen müßte deswegen den Betreffenden als Entschädigung für die Mühewaltung zugesprochen werden. Dagegen kann ich nicht einsehen, wieso in Berlin nicht durchgeführt werden könnte, was in anderen Großstädten zum Vorteil unserer Partei so gut funktioniert. Gerade die Dichtigkeit der Bewohner, die Häufung der proletarischen Bevölkerung in den Riesenhäusern mit 2 und 3 Höfen muß hier zu einem Vorteil gereichen. Die Bezirksabende (Zahlabende) würden deswegen nicht schlechter besucht sein, weil die Mehrheit der Parteigenossen mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden ist, sondern besser. Nicht die guten, die rückständigen Bezahler bleiben ihm heute fern. Viele bleiben ganz fern, gehen schließlich der Partei überhaupt wieder verloren, weil ihnen das Nachzahlen der Beiträge zu schwer fällt. Sie ziehen fort aus dem Bezirk und werden, wenn überhaupt, so doch erst gelegentlich wieder einmal „erwischt" und — vielleicht der Partei wieder zugeführt. Lernt aber der Bezirksführer, denn dieser müßte mit seinem Gehilfen (2. Bezirksführer) das Einkassieren übernehmen, alle seine Bezirksgenossen kennen, kann er sie auf den kommenden Bezirksabend aufmerksam machen, dann wird der Besuch dieser Zusammenkünfte nicht schlechter sondern besser sein.

Aus dem soeben Gesagten ist schon ersichtlich, daß ich nicht für eine Aufhebung der Bezirke bin. Diese müssen als die unterste Zelle des Parteiorganismus bestehen bleiben. Die Abteilung wäre für die Einrichtung des Hauskassierens auch schon zu groß. Aber hiervon abgesehen: Der Bezirk ist der Wahlbezirk bei den Reichstagswahlen, er muß bei diesen, wie bei den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen eine intensive Wahlarbeit entfalten. Die Flugblätter und das sonstige zu verbreitende Material kann nicht abteilungs-, sondern muß bezirksweise verteilt werden. Im kleineren Bezirk kann die Gewinnung von Mitgliedern zum Wahlverein und das Sammeln von Abonnenten auf den „Vorwärts" intensiver betrieben werden. Die Schlagfertigkeit der Partei wird erhöht, je mehr verästelt die Organisation ist.

Es entsteht nun die weitere Frage: Nachdem das Kassieren der Beiträge in den Sitzungen wegfällt, müssen die Zahlabende (die in Zukunft etwa Bezirksabende genannt werden könnten) noch aufrecht erhalten werden; wenn ja, wie sind sie auszubauen?

Da geht meine Ansicht dahin: Die Bezirksabende sind abzuhalten zur Erledigung der oben angeführten Zwecke (Verteilung von Material, Flugblättern usw.). Während der Zeit der Wahlen, um eine intensive Agitation durchführen zu können, jedes Haus, jeden einzelnen Wähler mit dem nötigen Wahlmaterial zu versehen, die Wahlarbeiten unter den Genossen zu verteilen. In politisch bewegten Zeiten werden die Bezirke eben häufiger zusammentreten.

Anders, wenn und soweit in ruhigen Zeiten die Aufklärungsarbeit, das Bildungswesen in Betracht kommt. Hier scheint mir die Abteilung, wo doch wenigstens mit einer Teilnehmerzahl von etwa 150 zu rechnen ist, das Richtige zu sein. Die jetzige Einrichtung, wonach in allen Zahlabenden ein Referat gehalten wird (oder doch gehalten werden soll), bedeutet eine geradezu ungeheure Vergeudung der Kräfte. Meist wird vor 15—20 Personen gesprochen; zu einer regeren Diskussion kommt es nur selten. In der zahlreicher besuchten Abteilungsversammlung findet der Referent einen besseren Resonanzboden, andererseits ist der Kreis der Teilnehmer nicht so groß, als daß nicht auch ein wenig geschulter Genosse seine Scheu überwinden und es wagen könnte, sich an der Diskussion zu beteiligen. Im Anschluß an das Referat könnten hier auch die notwendigen Mitteilungen gemacht werden, falls der Bezirksabend in dem betreffenden Monat ausfällt. Denn auf die politischen Zeitläufte kommt es an, ob Wahl- und Werbearbeit oder ob Aufklärungs- und Bildungsarbeit, ob demnach Bezirks- oder Abteilungssitzung zurzeit das nötigere ist. Darüber werden Abteilungs- und Bezirksführer sich leicht verständigen können. Ein Mittelweg, der schon heute vielfach begangen wird, ist der, daß zwei Nachbarbezirke zusammen eine Versammlung abhalten, um sich gemeinsam ein Referat halten zu lassen.

Die immense Größe unserer Berliner Wahlkreise hat es mit sich gebracht, daß die große Masse der Parteigenossen vielfach von der eigentlichen Parteiarbeit ausgeschlossen bleibt. Immer wieder hört man klagen darüber, daß ja doch schon alles von den oberen Instanzen beschlossen sei, in den Zahlabenden werde man nur informiert über das, was „fertig", was geschehen sei. Diese Klagen sind nicht ganz unberechtigt, sie liegen begründet in dem großen straff zentralisierten Apparat. Die politische Organisation darf nicht bloß eine gut funktionierende Maschine zur Flugblattverbreitung sein. Das Schwergewicht muß in Zukunft in die Abteilungen beziehungsweise in den größeren Kreisen in die Viertel gelegt werden. Hier sind die Parteigenossen an allen auftauchenden wichtigen parteipolitischen Fragen, an denen der Taktik und der Organisation zu beteiligen. Durch die Vertreter, die von hier in die Generalversammlung und die Zentralinstanzen entsandt werden, erhält dann jeder Genosse den ihm gebührenden Einfluß. Anders als indirekt durch Delegierte wird dies bei der Ausdehnung unserer Groß-Berliner Kreise eben kaum noch geschehen können.

Wo die Generalversammlung durch Delegierte gebildet wird, dürfte sich mit der Zeit eine Instanz als überflüssig erweisen: die Kreiskonferenz, wo in der Regel nur alles das den Funktionären mitgeteilt wird, was in der engeren, was in der erweiterten Vorstandssitzung (Abteilungsführersitzung) beraten und beschlossen worden ist, und was das „Mitteilungsblatt" gebracht hat. Die von Grunwald vorgeschlagene Verteilung des „Mitteilungsblatts" an sämtliche Parteimitglieder erscheint mir nicht angebracht; der damit verbundene Zweck und Nutzen steht in keinem Verhältnis zu den großen Kosten.

Ich resümiere also:

Einführung der Hauskassierung.
Aufrechterhaltung der Bezirke.
Beibehaltung der Bezirksabende zur Erledigung der praktischen Parteiarbeiten.
Ausbau der Abteilungsversammlungen.

Der „Fall Haase" vor Gericht.

Brederecks Entlarvung.

Der Kassenbote Max **Haase**, der die Aera der großen Kassenbotenunterschlagungen eingeleitet hat, stand gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Neumann. Außer dem 9jährigen Haase, der beschuldigt ist, der American Expreß Company den Betrag von 100 000 M. unterschlagen zu haben, sind der 32 Jahre alte, vielfach vorbestrafte Alex **Thomas**, wegen Anstiftung und Hehlerei, und der 34jährige Schuhmachergeselle Paul **Foerster** wegen Beihilfe angeklagt. Die Anklage vertrat Staatsanwaltschafts-Assessor Settegast, die Angeklagten wurden von den Rechtsanwälten Dr. Davidsohn und Dr. Jaffé verteidigt.

Der homosexuell veranlagte Haase, der bei der American Expreß Company als Kassenbote angestellt war, trat Ende Januar 1912 mit Thomas in Verkehr und opferte diesem viel Geld. Bei einem Zusammentreffen kam die Rede auf eine kurz vorher begangene Unterschlagung, und seitdem soll Thomas, nach der Behauptung des Haase, diesem fortwährend in den Ohren gelegen haben, daß er seiner Firma eine erhebliche Summe unterschlagen solle, die sie dann auf dem Tempelhofer Feld vergraben und für spätere Zeiten, wenn Haase die ihm in Aussicht stehende Gefängnisstrafe verbüßt haben würde, reservieren wollten. Am 20. Mai 1912 unterlag Haase den Ueberredungskünsten des Thomas. Am Nachmittage dieses Tages erhielt er von seiner Gesellschaft den Auftrag, in Begleitung des Kassenboten Storch 100 000 M. gegen einen auf Haase ausgestellten Scheck von der Dresdner Bank abzuheben. Nach Empfang des Geldes begaben sich beide Kassenboten nach dem Gebäude der Reichsbank. Hier blieb Haase auf der Eingangstreppe plötzlich stehen und sagte zu Storch, er müsse austreten und werde sogleich wiederkommen. Er verließ aber das Bankgebäude und eilte mit dem Gelde nach der mit Thomas vorher verabredeten Stelle vor dem Postamt in der Oranienburger Straße. Hier erhielt Thomas von ihm ebenfalls nach vorheriger Verabredung 5000 M. und Thomas gab ihm weitere bestimmte Verhaltungsratschläge. Beide suchten dann eine Kneipe auf, und hier wartete Haase, bis Thomas, der Wachsleinwand und eine Kassette und zwei kleine Spaten besorgt hatte, zurückkehrte. Thomas beauftragte dann den Haase, den Rest des Geldes

auf dem Tempelhofer Felde zu vergraben

und am Abend mit ihm wieder zusammenzutreffen. Haase traf ihn aber nicht mehr, weil er sich mit dem Vergraben auf dem noch recht belebten Tempelhofer Felde verspätet hatte. Thomas hatte inzwischen den ihm bekannten Foerster aufgesucht. Diesem mußte es auffallen, daß der von Kopf bis zu Fuß neu eingekleidete Thomas, der ihn mit in eine Kneipe nahm, nicht nur seine Zeche mit bezahlte, sondern ihm auch noch 20 M. schenkte. Am nächsten Tage erhielt Foerster wieder den Besuch des Thomas, der ihm 8800 M. übergab, mit der Bitte, das Geld für ihn aufzuheben. Foerster versteckte das Geld zwischen alten Stiefeln. Dann besuchten beide mehrere Gastwirtschaften, wo Thomas für Foerster, dem er einen neuen Anzug gekauft hatte, bezahlte. Am nächsten Tage hob Thomas bei Foerster von dem aufbewahrten Gelde 200 M. ab. Bald darauf erschienen bei Foerster Kriminalbeamte und fragten diesen nach Thomas. Foerster tat, als ob er von nichts wüßte, und benutzte die erste Gelegenheit, um Thomas von der ihm drohenden Gefahr zu benachrichtigen. Thomas ersuchte infolgedessen den Foerster, ihm schleunigst das Geld nach der Ecke der Jablonskistraße und Prenzlauer Allee zu bringen. Als Foerster mit dem Gelde an dem bezeichneten Treffpunkt erschien, fand er den Thomas nicht vor. Nun wurde er ängstlich und brachte das Geld nach der Polizei, die bald darauf Thomas festnahm. Haase gelang es, sich noch bis zum 6. Juli den Nachforschungen der Polizei zu entziehen; an diesem Tage **stellte er sich freiwillig** und gab das Versteck des Geldes an. Zum gestrigen Termin waren nur wenige Zeugen geladen. Als Sachverständige sind vom Gericht der Gerichtsarzt Dr. Marx und der bekannte Dr. Magnus Hirschfeld geladen worden.

Haase gibt seine widernatürliche Veranlagung zu. Er verkehrte in einem sogenannten „Kasino", welches der Sammelpunkt solcher pervers veranlagter Menschen ist. Im Anschluß an diesen Verkehr hat er den Angeklagten Thomas kennen gelernt. Da diese Dinge das näheren erörtert werden müssen, beantragt der Staatsanwalt für diesen Teil der Verhandlung den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der Gerichtshof beschließt nach diesem Antrage, gestattet jedoch den Vertretern der Presse die Anwesenheit.

Der Verführer Thomas.

Angekl. Haase ist im allgemeinen geständig. Er hat ein Gehalt von 95 M. bezogen und seiner Mutter, bei der er wohnte, 50 M. monatlich abgegeben. Er behauptet, daß der ganze Plan zu der Unterschlagung von Thomas ausgegangen und von diesem auch emsig betrieben worden sei. Er selbst sei das Opfer der Ueberredungskünste des Thomas geworden, der fort und fort ihm nahegelegt habe, doch einen großen Coup zu machen. „Wenn ich in Deiner Stelle wäre, dann wüßte ich, was ich zu tun habe." Dies habe Thomas so oft wiederholt, bis er ihn schließlich willig gemacht habe. Um ihn los zu werden, habe er zu Thomas gesagt: „Wenn ich einmal 100 000 M. in die Finger bekäme, dann würde ich es tun." Thomas habe sich aber nicht von dem Plane abbringen lassen und ihm immer wieder vorgehalten: er könne höchstens ein halbes Jahr bekommen; er müsse die Sache so deichseln, daß er angeblich in die Netze eines liederlichen Mädchens geraten sei und dieses ihm das Geld gestohlen habe. Dann sei der verhängnisvolle Tag gekommen, wo er die 100 000 M. in die Finger bekam. Sein Kollege Storch, der ihm das größte Vertrauen entgegengebracht, habe keinen Verdacht geschöpft, als er angeblich austrat. Im Reichsbankgebäude sei ihm blitzartig der Gedanke gekommen, den Thomasschen Plan auszuführen. Als er mit dem Gelde mit Thomas in der Oranienburger Straße zusammentraf, habe er Gewissensbisse bekommen und das Geld wieder zurückbringen wollen. Thomas habe aber gesagt: „Es gibt jetzt kein Zurück, jetzt heißt es nur vorwärts!" Dann haben sich die Dinge, wie bereits geschildert abgespielt. Nachdem er das Geld auf dem Tempelhofer Felde vergraben, habe er tatsächlich, dem Rate des Thomas folgend, sich mit einem Mädchen eingelassen, nachdem er seine Aufregung durch größere Mengen von Spirituosen zu besiegen versucht hatte. Als er des Morgens um 6 Uhr etwa wieder auf die Straße gekommen, habe er sich bald eine Zeitung besorgt und daraus gesehen, daß seine ganze Tat schon veröffentlicht war. Er sei dann nach dem Tempelhofer Feld gegangen und **habe das Geld wieder ausgegraben und an zwei anderen Stellen vergraben**, da ihm der Gedanke kam, daß ihn Thomas etwa bei der ersten Vergrabung belauscht haben und sich selbst das Geld aneignen könnte. Dann trat er eine Kreuz- und Querfahrt durch verschiedene Orte Deutschlands an, die ihn u. a. auch nach Frankfurt a. O., Teupitz, schließlich nach Cöln führte. Er hatte von dem unterschlagenen Gelde 1000 M. mitgenommen, die in Cöln ziemlich aufgebraucht waren. In der Zwischenzeit ist er auch mehrmals wieder in Berlin gewesen, da, wie er sich ausdrückt, er immer wieder in die Nähe des Ortes hingezogen wurde, wo das Geld verborgen lag. Als er ziemlich dem Nichts gegenüberstand, ist er über Braunschweig, Hannover, Magdeburg, Potsdam nach Berlin zurückgekehrt, um sich hier der Polizei zu stellen. Er hatte noch 2 Mark im Besitz und nahm sich ein Auto. Um sich selbst davor zu schützen, daß er wieder wankelmütig werden könnte, habe er sich dem Chauffeur entdecken wollen. Er habe diesem unterwegs gesagt, daß er nicht genügend Geld zur Bezahlung habe, und als der Chauffeur darüber aufgebracht wurde, habe er ihm gesagt: „Wissen Sie denn, wer ich bin?

Ich bin der Kassenbote Haase!"

Er habe das Auto in der Kaiserstraße halten lassen, um nicht so großes Aufsehen zu erregen; der Chauffeur habe dabei einem Droschkenkutscher zugerufen: „Du sieh mal: weißt Du, wer das ist? Das ist der Kassenbote Haase!" Darauf sei er (Haase) ins Polizeipräsidium gegangen und habe sich gestellt.

Wie Bredereck geschwindelt hat.

Er habe zunächst den Thomas weiß waschen wollen und die ganze Schuld auf sich genommen. In schlaflosen, qualvollen Nächten sei er aber dann zu dem Entschluß gekommen, dem Richter die volle Wahrheit zu sagen. Das habe er aus eigenem Antriebe getan und **es sei nicht richtig, daß der Rechtsanwalt Bredereck ihn dazu überredet habe.** Er habe aus eigenem Willen ein schriftliches Geständnis aufgesetzt und dies Herrn Rechtsanwalt Bredereck übergeben. — Rechtsanwalt Dr. Davidsohn erklärt hierzu: Das **vom 12. Juli datierte Geständnis habe er in den Brederecksschen Akten vorgefunden; der Untersuchungsrichter habe es gar nicht erhalten.** Zu bemerken sei noch, daß Haase von der ganzen Sache einen Vermögensvorteil von 1000 M. gehabt habe. Es sei nicht richtig, daß die Mutter des Haase die Belohnung von 4000 M. erhalten habe. Die Mutter habe von Bredereck **nur 1000 M. erhalten, 1000 M.**

habe Bredereck behalten

und 2000 M. habe er der Mutter in — Wechseln auf seine Person gegeben.

Der Angeklagte **Thomas** bestritt fast in jedem Punkte die Aussage des Haase. Nach seiner im sprudelnden Wortschwall vorgetragenen Darstellung sei der ganze Plan von Haase selbst ausgegangen und ohne seine Zustimmung ausgeführt worden; er will sogar den Haase, der ihm den Plan verschiedene Male vorgetragen, mehrmals gewarnt haben, nicht eine so große Summe zu unterschlagen. Haase habe aber davon nicht abgehen wollen und ihm erwidert: „Entweder — oder." Aus welchem Grunde er von Haase die 5000 M. erhalten und angenommen, geht aus seinen Erzählungen nicht klar hervor. Dem Foerster will er das Geld aus Gutmütigkeit gegeben haben, weil ihm dieser als Krüppel leid getan. Er habe dem Foerster gesagt: er habe sein väterliches Erbe ausgezahlt bekommen und möchte es sicher aufbewahrt sehen.

Angeklagter **Foerster** will keine Ahnung davon gehabt haben, daß es sich um veruntreutes Geld handelte, sondern tatsächlich geglaubt habe, daß Thomas geerbt habe. Wenn er bei dem Erscheinen der Polizei nicht gleich Auskunft über den Verbleib des Thomas gegeben habe, so sei das wohl nur darauf zurückzuführen, daß er sehr erschrocken und verwirrt war.

Sachverständiger Gerichtsarzt Dr. **Marx** wurde über den Geisteszustand des Thomas vernommen. Er hat nichts gefunden, was auch nur im entferntesten auf einen geistigen Defekt des Thomas hindeuten könnte. Dieser habe ein bewegtes Leben hinter sich, sei seinerzeit Matrose gewesen und will als solcher die Malaria durchgemacht haben.

Der Sachverständige Dr. Magnus **Hirschfeld** führte in seinem Gutachten aus, daß hier einer der Fälle vorliege, die zuerst von Krafft-Ebing in der Fachliteratur als sexuelle Hörigkeit beschrieben sind. Es gerät hierbei ein Individuum in eine ganz ungewöhnliche Abhängigkeit von einem anderen Individuum bis zum Verlust jedes selbständigen Willens, eine Abhängigkeit, welche den beherrschten Teil zu Handlungen und Duldungen zwingt, die schwere Opfer am eigenen Interesse bedeuten und oft genug gegen Sitte und Gesetz verstoßen. Die daraus hervorgehenden Verhältnisse tragen den Charakter der Unfreiheit. Haase wurde schließlich zu einem mechanischen Werkzeug in der Hand des Thomas. Trotzdem sei § 51 auf Haase nicht anwendbar, doch sei sein freier Wille als erheblich vermindert anzusehen. — Kriminalwachtmeister **Faber** bestätigte u. a. auf Befragen, daß in der vergrabenen Kassette außer dem unterschlagenen Gelde sich auch eine Photographie des Thomas befand, die Haase dort hineingelegt hatte.

Der **Staatsanwalt** beantragte gegen **Haase vier Jahre Gefängnis**, gegen **Thomas fünf Jahre Gefängnis**, gegen **Foerster drei Monate Gefängnis.**

Der Gerichtshof verurteilte **Haase zu zwei Jahren Gefängnis**, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, **Thomas zu fünf Jahren Gefängnis** und fünf Jahren Ehrverlust, **Foerster zu sechs Wochen Gefängnis.**

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel mit Vieh und Fleisch.

Das erste Halbjahr 1912 des deutschen Außenhandels mit Vieh und Fleisch läßt sich nunmehr überblicken. Die Ziffern sind gerade von besonderem Werte, weil die Versorgung Deutschlands mit Fleisch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. An Rindvieh wurden im ersten Halbjahr 1912 97 301 Stück in das deutsche Zollgebiet eingeführt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres lieferte das Ausland 23 145 Stück Rindvieh weniger (allein an Kühen von über $2^1/_2$ Jahren 19 430, an Bullen und Ochsen 3249 weniger). Die Mindereinfuhr entfällt jedoch ganz auf das erste Vierteljahr, während im zweiten (April bis Juni) eine um 6922 Stück größere Einfuhr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres zu verzeichnen war. Aus dem deutschen Zollgebiet ausgeführt wurden in den sechs Monaten Januar bis Juni nur noch 798 Stück Rindvieh das sind 500 Stück weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die deutsche Ausfuhr von Rindvieh hat sich von Jahr zu Jahr vermindert und ist nunmehr ganz unbedeutend. Der Ueberschuß des Einfuhrwertes über den Ausfuhrwert beträgt demnach 30 837 000 M. Bei Lämmern, Schafen und Ziegen übersteigt der Ausfuhrwert den Einfuhrwert um 294 000 M. Doch ist zu bemerken, daß die Ausfuhr gegenüber dem ersten Halbjahre 1911 nicht unerheblich zurückgegangen ist. Von besonderem Interesse ist der Außenhandel mit Schweinen, hier hat die Einfuhr eine nicht unerhebliche Zunahme erfahren. Es wurden insgesamt 63 331 Schweine (das sind 17 457 mehr als im ersten Halbjahre 1911 und — ausschließlich aus den badischen Zollausschlüssen — 423 Spanferkel (166 mehr) in das deutsche Zollgebiet eingeführt. Sie hatten nach vorläufiger Berechnung einen Gesamtwert von 9 505 000 Mark (das sind 2 621 000 M. mehr, als der endgültig festgestellte Wert der Schweineeinfuhr im ersten Halbjahre 1911 betrug). An dem russischen Halbjahrskontingent, dessen Einfuhr nach dem Handelsvertrag mit Rußland gestattet ist, fehlen nur noch annähernd 1000 Stück; aus Oesterreich-Ungarn kamen, und zwar bereits im ersten Vierteljahre, überhaupt nur 57 Schweine. — Die deutsche Ausfuhr von Schweinen, die seit dem ersten Vierteljahr 1911 in ständigem Steigen begriffen war, hat im zweiten Vierteljahr 1912 wieder bedeutend abgenommen. Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres nur noch 5641 Schweine (das sind 25 499 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres) und 214 Spanferkel (413 weniger) aus dem deutschen Zollgebiet ausgeführt. Der Wert der Ausfuhr in den ersten sechs Monaten beträgt nach der vorläufigen Berechnung nur noch 558 000 M. und ist damit um 2 329 000 M. niedriger als der endgültig ermittelte Ausfuhrwert im ersten Halbjahr 1911. Es ergibt sich hiernach ein Ueberschuß des Einfuhrwertes über den

Ausfuhrwert in Höhe von 8 947 000 M. Auch die Geflügeleinfuhr übersteigt die Ausfuhr und zwar um 8,8 Mill. Mark. An Fleisch und Fleischwaren wurden im ersten Halbjahr 1912 für 22,2 Mill. Mark eingeführt, während für 2,7 Mill. Mark ausgeführt wurden. Es bleibt also ein Ueberschuß des Einfuhrwertes über den Ausfuhrwert von 19,4 Mill. Mark. Das stärkste Plus der Einfuhr über die Ausfuhr ist beim Nutzenhandel mit Pferden zu verzeichnen, nämlich 54,5 Mill. Mark.

Wenn im allgemeinen auch mehr Vieh und Fleisch als im ersten Halbjahr 1911 eingeführt ist, so hat doch diese vermehrte Einfuhr nicht genügt, um die Preise auf ein normales Maß herunterzubringen. In jedem Jahr steigt infolge der Bevölkerungsvermehrung in Deutschland die Vieh- und Fleischnachfrage, der kein wesentlich vermehrtes inländisches Angebot gegenübersteht.

Gerichts-Zeitung.

Umfangreiche Betrügereien und Diebstähle eines ehemaligen Leutnants

lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karsten die 11. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der 22jährige Leutnant a. D. Ludwig von Zander vorgeführt, um sich wegen Diebstahls, Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. — Der Angeklagte stammt aus einer sehr angesehenen Familie, der zahlreiche hohe Militärs angehören. In recht jugendlichem Alter geriet er, von reicheren Kameraden verführt, in leichtsinnige Gesellschaft, so daß er mit dem geringen Zuschuß, den er von seinem Vater, der selbst Regimentskommandeur ist, nicht auskommen konnte. Der junge Mensch beging verschiedene Dinge, die ihn zwangen, den Offiziersrock auszuziehen. Um sich Geld zu beschaffen, sank der ehemalige Offizier zum gewöhnlichen Paletotmarder herab. Er entwendete in den Garderobengängen der hiesigen Universität mehrere Ueberzieher, die er dann für einige Mark bei verschiedenen Pfandleihern versetzte und zwar auf seinen richtigen Namen. Einen recht dreisten Diebstahl verübte der Angeklagte am 6. Mai d. J. auf dem Bahnhof Friedrichstraße, von dem er angeblich seinen Vater abholen wollte. Während des kurzen Aufenthalts des von Warschau kommenden D-Zuges ging v. Zander durch die einzelnen Wagen hindurch und entwendete einen Paletot, der einem russischen Studenten Jablowski gehörte, welcher einen Augenblick aus dem Fenster herausfah. Um sich mit einem Male in den Besitz einer größeren Summe zu setzen, verübte der Angeklagte folgenden recht raffiniert angelegten Betrug. Durch einen Zufall hatte der Angeklagte von dem Leutnant B. dessen Mitgliedsnummer in dem Deutschen Offiziersverein erfahren. Unter Fälschung des Namens dieses Offiziers bestellte er bei dem Warenhause für deutsche Offiziere und Beamte eine Auswahlsendung von wertvollen Glashütter Uhren, die er an ein Pensionat in Wiesbaden senden ließ. Zu gleicher Zeit richtete er unter dem Namen des Leutnants B. an die Pensionsinhaberin ein Schreiben, in welchem er um Nachsendung der Sachen nach Berlin ersuchte. Hier hatte sich der Angeklagte als „Leutnant B." ein möbliertes Zimmer gemietet, um das Paket in Empfang nehmen zu können. Er erhielt auch die Uhren, die einen Wert von ca. 2000 M. hatten, ausgehändigt und versetzte sie für 500 M. — Zu der gestrigen Verhandlung waren mehrere Sachverständige geladen, da von dem Angeklagten der Einwand erhoben war, daß er die einzelnen Taten in einer Geistesstörung begangen habe. Da die Gutachter zu einem abschließenden Urteil nicht kommen konnten, wurde der Angeklagte gemäß § 81 Str.-P.-O. auf die Dauer von sechs Wochen einer öffentlichen Irrenanstalt zur Beobachtung überwiesen.

Zechen-Menageverwalter und Branntweinverordnung.

Herr D. verwaltet die Menage der Zeche Neumühlen, in der etwa 250 Bergleute wohnen. Er besitzt zugleich die beschränkte Schankerlaubnis, indem er befugt ist, an die Arbeiter der Zeche auszuschänken. Eines Tages hatte er an einen der in der Menage wohnenden Arbeiter vor 8 Uhr morgens Branntwein verkauft. Dadurch sollte er die Regierungspolizeiverordnung übertreten haben, welche es verbietet, vor 8 Uhr früh Branntwein zu verkaufen. Der Angeklagte machte geltend, daß für ihn die Ausnahmebestimmung der Verordnung gelten müsse, wonach jene Verbotsbestimmung nicht Anwendung finde im Verhältnisse des Gastwirts zu seinen Logisgästen. Denn der fragliche Bergmann sei sein Logisgast.

Die Strafkammer als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten mit folgender Begründung:

Die Ausnahmebestimmung finde hier nicht Anwendung. Unter Logisgästen seien nur solche zu verstehen, die lediglich vorübergehend zum Nächtigen bei einem Gasthausbesitzer Aufenthalt nähmen. Das sei bei den Bergarbeitern, die in der Menage wohnten, ganz etwas anderes. Angeklagter als Menagebesitzer könne überhaupt nicht als Gastwirt im Sinne der Bestimmung angesehen werden. Er sei nicht Gastwirt, sondern Menageverwalter und daneben nur Schankwirt. Das Verbot, vor 8 Uhr morgens keinen Branntwein abzugeben, finde auch für ihn Anwendung mit Bezug auf die Bewohner der Zechenmenage.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Begründung: Das Landgericht habe den Begriff der Gastwirtschaft richtig gewürdigt, wenn es annahm, daß Angeklagter nur Menageverwalter und daneben Schankwirt, aber nicht Gastwirt sei. Ein Gastwirt sei eine Person, deren Betrieb auf vorübergehende Beherbergung von Fremden eingerichtet sei. Darum handele es sich bei einer Zechenmenage nicht. Mit Recht sei Angeklagter verurteilt worden.

Marktbericht von Berlin am 31. August 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Marktballenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 35,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,40—3,00. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.

Witterungsübersicht vom 2. September 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	758	SO	4	heiter	12	Haparanda	755	W	4	wolkenl	10
Hamburg	756	SSO	3	Regen	11	Petersburg	758	SO	1	Nebel	16
Berlin	758	SO	2	bedeckt	11	Scilly	761	S	3	bedeckt	13
Frankf. a. M.	758	SO	2	Regen	11	Aberdeen	757	WNW	2	wolkenl	6
München	759	SW	3	wolkig	11	Paris	759	WNW	2	bedeckt	13
Wien	758	NW	3	wolkenl	13						

Wetterprognose für Dienstag, den 3. September 1912.

Kühl und zunächst vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden; nachher langsam aufklarend.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein des 4. Berlin. Reichstags-Wahlkreises.
Stralauer Viertel. Bez. 310.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Hermann Hofmeister

Küstriner Platz 2, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

219/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Hermann Hofmeister

Küstriner Platz 2, im Alter von 45 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

123/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Landsberger Viertel. Bez. 412 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Ferdinand Krüger

Heldenfeldstr. 4, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 4. September, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Adolf Böttcher

am 30. August im Alter von 38 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Moabit, Birkenstraße, aus nach dem St. Johannis-Kirchhof statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rollkutscher

Wilhelm Konieczny

am 24. d. Mts., im Alter von 32 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

66/12 **Die Bezirksverwaltung.**

Danksagung.

Für die aufrichtige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Erich Tetzlaff** sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. 1155

Die trauernden Eltern
Gustav Tetzlaff und Frau.

Anderer Unternehmungen halber beabsichtige ich das Lager aus der Firma Philipp Schmulewicz, bestehend aus **Bürstenwaren, Scheuertüchern, Fußdecken, Klopfern** rc., im ganzen billig zu verkaufen. Besichtigung Mittwoch, 4. September, vormittags 10—1 Uhr. 136/15

Robert Bergas,
Rathenower Straße 56.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines Mannes

Franz Hartmann

sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen meinen innigsten Dank. 1138

Ida Hartmann nebst Kinder.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines inniggeliebten Mannes, lieben Bruders, Schwagers und Onkels sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Chef, Kontor- und Lagerpersonal, den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Samuel Meyer, dem Wahlverein Lichtenberg Bezirk 63, dem Handlungsgehilfenverband, den Sängern, dem Lotterieverein „Glück auf", sowie dem Herrn Harndt für die trostreichen Worte herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

H. Borchardt. 560

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranienstr. 158.

Steppdecken	in voller Bettgröße	
Similiseide	in den Farben bord., blau, oliv	5.25 bis 21.00
Wollatlas		6.75 bis 27.00
Daunendecken		25.00 bis 125.00
Schlafdecken		1.85 bis 48.00

Spezial-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter

Magdalena Lilienthal

sagen wir allen Beteiligten, insbesondere den Arbeitskollegen der Firma A. E.-G., Brunnenstraße, Abt. Rowe, unseren tiefgefühlten Dank.

1065 A. Lilienthal nebst Frau.

Von Joh. Schulze, Greiz i. V. kauf. Sie sehr gut und billig neueste **Kleiderstoffe** für Damen und Herren. Resten. Gewicht u. i. Kommission! Für Verkf. Herren, Frauen u. Geschäfte geeig.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Habnisch, Augustsr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis. W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14. Hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis. Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Lucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: J. Hönisch, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: H. Fischer, Bottanstr. 6, Laden.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Str. 27
Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow und **Schönbrück:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf und **Falkenberg:** Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimerstraße 1
Fredersdorf-Petershagen: E. Höselbarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernice, Albenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Bielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 18.
Köpenick: Emil Bitzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Bartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Nieder-Schöneweide: Gehrt, Britzerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Gaber, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Nitzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gurisch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Müllerstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Wilmersdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Marienfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
Neukölln: Gustav Ley, Wolterstraße.
Eichwalde: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zeuthen, Dorfstr. 15.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert

Manoli
Cigarettes
Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Ausnahme-Woche
für **Jaekel's**
Reform-Metallbettstellen
in Stahl und Messing
neuesten Systems
zu bisher nicht gekannten Reklamepreisen
von **Montag, 2. September**
bis **Montag, 9. September**

Benutzen Sie diese besonders günstige Gelegenheit, denn wir gewähren auf die bedeutend reduzierten Preise nur in dieser Woche jedem Käufer einen

Extra-Rabatt von 15 und 5%

Günstige Gelegenheit für Pensionate.

Stahlbettstelle
No. 66a
mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder farbig lackiert, 190 × 80 cm, 21 M., mit 20 % Rabatt
netto **16.80** M.

Elegante
Stahlbettstelle
No. 234
190 × 90 cm mit 33 mm Stahlrohrbügel und Zugfeder-Matratze, schwarz oder farbig lackiert, mit neuem „Genial"-Verschluß u. Kugellager-Rollen, 30 M., mit 15 % Rabatt
netto **25.50** M.

Jaekel's Reformbettstellen
besitzen besondere Vorzüge durch unsere „Genial"-Verbindung des Matratzen-Rahmens mit den Kopf- und Fußteilen, welche leichtes Aufstellen und absolut festen Stand gewährleisten.

Die **Fußrollen** haben **Kugellager,**
daher keine Beschädigung von Fußböden und Teppichen mehr.

Auf Bettstellen alten Systems, wie sie überall angeboten werden, bewilligen wir, soweit Vorrat vorhanden, von heute ab einen
Rabatt von 15%
Kinderbettstellen 10%

Versand überall hin, auch nach auswärts.
Illustrierte Preisliste 198a gratis und franko.

R. Jaekel's Patent-Möbelfabrik
Markgrafenstraße 20, Ecke Kochstr.
Keine Filialen.

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen spottbillig im, außerm Hause. Schäfer, Chausseestraße 74. 136/1

Wer Stoff hat, fertige Anzug 16,00. Kuczynski, Lichtenbergerstraße 9. 142

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 4. September 1912, abends 8 Uhr:

Versammlung der Modellbranche

in den Industriefestsälen, Beuthstraße 19/20.

Tagesordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung und unser weiteres Verhalten. 20/12

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet **Die Kommission.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Engelufer 15 II. **Zahlstelle Berlin.** Zimmer 39/40.

Mittwoch, den 4. September 1912, abends 8½ Uhr:

Versammlung

der in der Postbranche beschäftigten Nieter, Zuschneider, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tagesordnung: 25/7

Unsere Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. — Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Schließt Eure Reihen! Organisiert Euch! Tretet dem Buchbinderverband bei und kommt Mann für Mann in die Versammlung!

Mitgliedskarte oder -buch legitimiert am Eingang!

Die Tarifkommission. Die Ortsverwaltung.

J. A.: **Karl Klappenbach.**

In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm / Charlottenburg

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 4. September 1912, abends 8½ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. 123/12

Mitgliedsbuch und Vertrauensmannerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.

Südwesten: bei **Fröhlich**, Fontanepromenade 18.
Süden: bei **Gliesing**, Wasserforstr. 68.
Südosten I u. II: in den **Naunyn-Festsälen**, Naunynstr. 6.
Osten I: bei **Kluge**, Langestr. 53.
Osten II: bei **Zietz**, Warschauer Str. 61.
Osten III: bei **Bergmann**, Boxhagener Str. 26.
Oestliche Vororte: bei **W. Schulz, Lichtenberg**, Kronprinzenstraße 47, Ecke Scharnweberstraße.
Nordosten: bei **Merkmann**, Gr. Frankfurter Str. 16.
Jede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Obiglo**, Schwedter Straße 23.
Wedding und Moabit: bei **Kaczarowski**, Ravenéstr. 6.
Weißensee: im **Prälaten**, Lehderstr. 122. Abends 6½ Uhr.
Neukölln: im **Ideal-Kasino**, Weichselstr. 8.
Schöneberg: um 5½ Uhr bei **Kuschke**, Meininger Str. 8.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche im **Englischen Garten**, Alexanderstr. 27o.

Küchenmöbelbranche bei **Lehmann**, An der Stralauer Brücke 3.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter
Osten: bei **Boeker**, Weberstr. 17.
Südosten: im **Märkischen Hof**, Admiralstr. 18o.
Norden: bei **Günther**, Brunnenstr. 96.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei **Großhoff**, Admiralstraße 18o.
Bezirk 2: Osten bei **Bratner**, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei **Gliesche**, Kopenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei **Sachse**, Lindower Straße 26.
Bezirk 5: Neukölln: bei **Schenk**, Rosenstr. 24.

Maschinenarbeiter 8 Uhr im **„Englischen Garten"**, Alexanderstraße 27o.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.
Norden bei **Döhling**, Brunnenstr. 79.
Osten: bei **Hetzler**, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei **Perske**, Ritterstr. 123.

Modelltischler abends 8 Uhr bei **Waldt**, Pfuelstr. 5. Ausgabe der Fragebogen zur Jahresstatistik.

Bodenleger im **Gewerkschaftshause**, Saal 2.

Stellmacher bei **Hummel**, Sophienstr. 5.

Jalousiearbeiter bei **Walter**, Adalbertstr. 62.

Vergolder im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 14/15, Saal 5.

Kisten- u. Koffermacher bei **Emil Mücksch**, Krautstr. 21.

Korbmacher bei **Krause**, Muskauer Str. 20.

Bürstenmacher, bei **Preuß**, Holzmarktstr. 65.

Kammacher bei **Preuß**, Holzmarktstr. 65.

Stockarbeiter abends 6 Uhr im Lokal **„Zum Sorgenbrecher"**, Holzmarktstr. 21.

Perlmutt-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei **Ernst Thomas**, Melchiorstr. 5.

Schirmmacher abends 8 Uhr im Lokal **„Zum Sorgenbrecher"**, Holzmarktstr. 21.

Klavierarbeiter abends 8 Uhr im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 14, Zimmer 4 (Arbeitslosensaal).

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei **Wählisch**, Stallbrerstr. 22.

Einsetzer Dienstag, den 3. September, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 11.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Bureau u. Stellennachweis: **C. 25, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.**
Telephon: Königstadt, Nr. 6170.

Morgen Mittwoch, den 4. September 1912, abends 8½ Uhr:

Allgemeine

Mitglieder-Versammlung

in den **Musiker-Sälen**, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom ersten Halbjahr 1912.
2. „Das Versicherungsgesetz und die Bureauangestellten." Referent: Kollege **Karl Giebel.**
3. Diskussion. 4. Verbandsangelegenheiten. 47/15

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Bei Rückgratverkrümmung glänzendste Erfolge

mit meinem weltberühmten regulierbaren **Redressions-Apparat** — Patent Haas — für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerzte-Kongress mit d. 1. Preis ausgezeichnet u. erhielt auf der International. Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt u. fachmänn. Beratung kostenlos.

F. Menzel, Orthopädisches Institut, **Berlin W. 35,** Schöneberger Ufer 23.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 3. Sept. 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Romeo und Julia.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.
Prater. O diese Berliner.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Von Meran zum Ortler.
Lessing. Die Weber.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Berliner. Große Rosinen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Moritz Operetten. Der liebe Augustin.
Schiller O. Die Gefährtin. Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Schiller-Charlottenburg. Die Haubenlerche.
Residenz. Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Autolieschen.
Luisen. Der Alpenkönig und der Menschenfeind.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Casino. Der Großfürst.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Anfang 8½ Uhr.

Lustspielhaus. Ein Königreich m. d. Q.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Zapfenstreich.
Walhalla. Nur nicht drängeln.
Folies Caprice. Der keusche Josef. Der Rehbock.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Nachruhm.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Nachruhm.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Haubenlerche.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Lokalbahn. — Die Medaille.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Lokalbahn. — Die Medaille.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zapfenstreich.
Anfang 8½ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

Deutsches Schauspielhaus
(Komische Oper).
Allabendlich 7½ Uhr: **Egmont.**

Residenz-Theater.
8 Uhr: **Der Herr von Nr. 19.**
Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
Morgen und folgende Tage: **Der Herr von Nr. 19.**

Montis Operetten-Theater
(früher **Neues Theater**)
8 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Operette von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr: **Der Alpenkönig und der Menschenfeind.**
Morgen und folgende Tage: **Der Alpenkönig und der Menschenfeind.**

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

ZOO. LOGISCHER GARTEN
Täglich: **Großes Militär-Doppel-Konzert.**
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei beard. von K. Freund. Musik von K. Nelson, u. a. Tänze von W. Bishop. In Szene ges. v. Dir. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.)

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Lachen ist die Parole!
4 Schwestern Ruby
Humorist. akrob. Potpourri.
M. Vega Trio
der Gipfel der Komik.
Wunderpapagei Loro
und 8 weitere Novitäten.

Passage-Theater.
Gastspiel der Sieben Spaßmacher
„Da tut sich was."
Große Metroparodie-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von **Schmolius Feind**, Musik von **Victus Limburger**, in Szene gesetzt von Direktor **Ricardo Shoultesz.**
Jean Pedro, Fratzi Massiovy, Lantsch Messing, Pepi Popipl, Kohn Erzbishop, Luido Quietscher.
Pfeifen überall gestattet!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu! Die Macht der Töne.
Burleske v. Meysel.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorher ein auserwählter Spezialitätenteil, nur Künstler ersten Ranges.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 11—2 Uhr.
Sonntag 3½ Uhr: **Der stille See.**

LUNA PARK
Beispielloser Erfolg
der
Attraktionen!
Entree 50 Pf.
Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Novitäten:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58
Voranzeige! Sonnabend, 7. Sept.: Zum Benefiz f. d. technische Personal und die Hauskellner: **Robert und Bertram.** Großer Ball.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. **„Die Brieftasche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".**

Verband der Laubenkolonisten Berlins u. Umg.
Geschäftsstelle: **Neukölln, Reuterstr. 34.**

Sonntag, den 8., und Montag, den 9. September 1912:

X. Allgemeine Ausstellung
von selbstgezogenen Blumen, Gemüsen, Früchten, Hühnern, Tauben, Kaninchen
im **Central-Theater, Alte Jakobstr. 30.**
Eröffnung: mittags 12 Uhr.
Eintritt: Vorverkauf 25 Pf., Kasse 30 Pf.

Möbel kauft man reell u. am besten beim **Tischlermeister.**
Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten.
Gustav Rentel, Tischlermeister, **Landsberger Str. 6,** am Landsberger Tor

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.

Achtung! 50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees** und **Saalinhabern** unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.
Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal **rot** und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Spezialarzt
f. **Haut- und Harnleiden,** nerv. Schwäche, „Ehrlich 606" usw.
in **Dr. Homeyer** u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.

Pollmanns Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenthalerstraße 54 und Oranienstraße 126. 1764R*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). *

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte, spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 65. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Gläschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Handbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schlafdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Monats-Garderoben-Haus verkauft spottbillig wenig getragene Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Winterpaletots, Ulster und Winterjoppen, Beinkleider. Prinzenstraße 28, eine Treppe. (Eckhaus Ritterstraße). *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Auktionsannahme. Versteigerungslokal Blumenstraße 7. Zahle auch Vorschuß. Laska, Auktionator.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.25 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Künstlergardinen. Garnitur 3.85, 4.75, 5.95, 6.65 usw.

Leinen, Tuchportieren, Garnitur 2.85, 3.65, 4.95, 5.50, 6.75, 7.85 usw.

Plüschportieren, 5.65, 6.75, 7.85, 9.85 bis 30 Mark. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Steppdecken, Purpur 2.85, 3.75, 4.25, Simili, Seide 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75, 11.50.

Schlafdecken 0.95, 1.25, 1.65, 2.25, 2.85 bis 35 Mark.

Steppdecken 3.75, 4.25, 5.65, 7.50, 8.35, 9.75 usw.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern, in allen Farben, unglaublich unter Preis.

Diwandecken 3.75, 4.50, 5.45, 6.85, 8.50 bis 50 Mark.

Möbelstoff, Läufer, Linoleumreste fabelhaft billig. S. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2062R*

Gardinen, Fabrikreste, Große Frankfurterstraße 9 parterre.

Steppdecken, billig, Fabrik Große Frankfurterstraße 9 parterre. 1897R*

Pommersche Betten, 2 Deckbetten, 2 Kissen, zweischläfig 15,00, daunenes Bett 8,50, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Pfandleihe, Prinzenstraße 34. *

4,25 Prachtbett, rotrosa gestreift, Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34.

Aussteuerbetten, ganzer Stand, 26,50, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. 1858R*

Tüllreste 10 Pfennig. Riesenauswahl. Goethestraße 76, I, Charlottenburg. †76*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Metzels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Teppiche! Riesenauswahl! darunter wenig fehlerhafte Prachtstücke 5,50, 6,75, 10,50 bis 72,00. Vorleger, Läuferreste spottbillig nur in Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuservtor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. Prachtkatalog gratis. *

Federbetten, gebraucht, 13,00, zwei Prachtstand, sofort. Katzlerstraße 16, II. 1056

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Gaslyren 2,40, Gaswandarme 1,50, staunend billig. — Vier Geschäfte — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 2008R*

Papageienhaus, allergrößtes. Sprechender 15,00, Liedersänger 45,00. Weberstraße 17. 136/12

Geschäftsverkäufe.

Eklokal mit Vorgarten und Vereinszimmer, Miete 900 Mark, Preis 1200 Mark, Weißensee, Straßburgstraße 31. †137*

Genosse verkauft Zigarrengeschäft für 500 Mark. Strelitzerstraße 15.

Restauration, Gelegenheit für Parteigenossen, Laufgegend, Fabriklieferung, dreißig Mittagsgäste, vierzig Halbe Lagerbier, Vereinszimmer, Brauereihilfe, krankheitswegen Holzmarktstraße drei. 1105

Seifengeschäft, große Wohnung, verkäuflich Lippehnerstraße 13. 1076

Obst-, Kolonialwaren-, Gemüsegeschäft, Rolle verkauft billig Böhmerstraße 27.

Restauration, bestehend aus einem kleinen und einem großen Vereinszimmer (kleiner Saal), 120 Personen fassend, umständehalber preiswert zu verkaufen. Zu erfragen „Vorwärts"-Spedition, Spandau, Breitestraße 64.

Möbel.

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus, Kredit und bar. Anzahlungen Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,— Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5,— Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, deren Konto beglichen, eventuell ohne Anzahlung. Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen, Riesenauswahl. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Auf Wunsch Vertreter. Sonntags: Geschäftszeit 8—10. Jetzt Gekauftes, erst Oktober Lieferbares kann bis dahin kostenlos lagern. Beim Kauf braucht nur kleiner Teil angezahlt. Anzahlungsrest kann bei Lieferung in Teilzahlungen beglichen werden. 1862R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stuhl 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1944R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Kleiderspind 26,00, Plüschsofa 25,00, Nußbaummöbel, Stube, und Kücheneinrichtung, spottbillig Waldemarstraße 76, I, Severin. 134/18*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Einrichtungen, Spez., zu 556 M., 473 Mark. Großes Lager Sofas, Matratzen, auch zurückgesetzte. Reellste ist das billigste. Andreasstraße 12, Keller, 1 Treppe, Fiebig, Tapeziermeister. †41

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an. Teilzahlung gestattet. Kleiderspind, Vertiko 20,—, Bettstelle 12,—, Wachstischtische 7,—, Umbauten, Sofas, Küchen, Büfetts 60,—, Schreibtische 22,—, Garnituren 65,—. Zurückgesetzte, verliehen gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung, Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1685R*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Fossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Umbau, Plüschsofas 40,00, Chaiselongue, Ausziehtisch, Trumeau, englische Bettstellen 20,00. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. †104*

Lennerts Möbel-Gelegenheitskäufe. Enorm große Auswahl in bürgerlichen Ein- bis Drei-Zimmereinrichtungen, ganz bedeutend unter regulärem Preise. Nur neue gediegene Möbel. Für Brautleute bedeutende Ersparnis. Ergänzungsmöbel jeder Art, Büfette, Standuhren 70,—, Umbaue 65,—, Schreibtische 45,—, Sofas 45,—, Garnituren, Bettstellen, Trumeaus 33,—, Teppiche, Bilder, Klubsessel, Ledersofas, Kronen, Pianos usw. Die Möbel sind in 4 Etagen aufgestellt. Lothringerstraße 55, Rosenthaler Platz. 2044R*

Möbel-Teilzahlung liefert Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbuservtor. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags von 8—10 geöffnet. 2042R*

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 2057R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke preiswert, Kleiderschränke 30,00, 40,00, 50,00, Vertiko 30,00, 40,00, 50,00, Trumeaus, Plüschsofas 50,00, 55,00, 65,00, englische Bettstellen, Küchenmöbel billigst. Dresdenerstraße 14, Höfer u. Co. Teilzahlung gestattet! Jedoch kein Abzahlungsgeschäft. 2082R*

Spottbillig kauft man Schränke, Vertikos, Bettstellen, Sofas, Spiegel usw., neu, auch gebrauchte, da Gelegenheitskäufe. Elsasserstraße 8 und Oranienstraße 37. 2090R*

Ausnahmeangebot. Schweres Speisezimmer, eiche, bestehend aus: Büfett, Umbau, Kredenz, Vierzugtisch, 6 Rindlederstühle, Moquettesofa, komplett 600,—. Nie wiederkehrend preiswert! Möbelhaus „Südostern", Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn. *

Schleunigster Verkauf einer noch neuen Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, einige Wandbilder, sämtliche Wirtschaftsgegenstände, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl reell und billig liefert auf Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel billigst. 1192*

Wirtschaft, apartmodern, Prachtküche verkäuflich. Plüschsofa, Umbau, Chaiselongue, Gaskrone, Verschiedenes (Händler zwecklos!). Königsbergerstraße 11, vorn I links, bei Fischer. *

Verkaufe sofort moderne Stuben- und Kücheneinrichtung (auch einzeln) spottbillig Bauer, Waßmannstr. 13 I.

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 8—10 geöffnet. 2086R*

Wirtschaftsmöbel. Zu ganz spottbilligen Preisen als Gelegenheitskauf sind wieder prachtvolle, sehr wertvolle Herrenzimmer, Salons, Speisezimmer, moderne Küchen, Wohnzimmer, Schlafzimmer in allen Holzarten, einzelne Büfette, Schreibtische, Bücherschränke 40, Spiegelschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Waschtoiletten, Klubsessel, Lederstühle, Sofas, Chaiselongue mit schöner Decke 22,50, Plüschgarnituren, Ausziehtische, Trumeaus 30,00 an, Bettstellen, Rohrstühle, Sofatische, Nähtische, Flurgarderoben, über 500 Prachtteppiche extra billig, Tischdecken, Steppdecken, Plüschportieren 7,50 an, Gaskronen, Gardinen, Erbstüllstores 3,50 an, Tüllbettdecken, Chaiselonguedecken, Standuhren, Freischwinger 12,00, eine Partie Bilder mit Prachtrahmen sowie andere Gelegenheitskäufe in meinem bekannten großen Möbelspeicher, Andalter Bahnspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25, Hochbahnstation Möckernbrücke. Gekaufte Möbel können unentgeltlich lagern. Otto Lideck, Warenspeicher für Gelegenheitskäufe. Für Brautleute, Pensionate, Hotels extra billige Preise. 2058R*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Pianokäufer kaufen ohne Zwischenhandel neue 300,00 aufwärts, gebrauchte, tadellos, 180,00. Neukölln Pianofabrik, Juliusstraße 59. †23*

Pianino, kreuzsaitig, ausnahmsweise preiswert, verkauft Stankiewicz, Kirchstraße 14, parterre, Moabit.

Sprechmaschinen-, Schallplatten- Spezialhaus, Neue Königstraße 38, Vorteilhafteste Bezugsquelle. Sprechmaschinen 5,00 bis 300,00, Schallplatten von 5,00 an. Teilzahlung gestattet. Abgespielte Platten nehme in Zahlung. 2079R*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 2060R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Brennaborrad, gutes, 30,00, fast unbenutztes Freilaufrad schnellstens, Garantieschein, Frankfurter Allee 104, Grosser. 136/8*

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, guterhaltenes Damenfahrrad sofort, Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 136/16*

Kaufgesuche.

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Broh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 2040R

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Nieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Mantenfelstraße).

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Goldankauf, höchstzahlend, „Geldkontor", Hollmannstraße 30. *

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaska, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt (den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 763R*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 229/13*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber 3,50, Stanniolpapier, Zinn 3,30, Kupfer bis 1,25, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstr. 31. 2092R*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Königlicher Regierungs-Baumeister a. D. Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Technikerkurse, Ingenieurkurse, Polierkurse, Innungsmeisterkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

Technikum Moabit, Berlin NW., Rathenowerstraße 3, Königlicher Regierungsbaumeister a. D. Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Technikerkurse, Ingenieurkurse, Polierkurse, Innungsmeisterkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

Verschiedenes.

Lewandowsky-Gesellschaft Quitzowstraße 105. †79*

Festdichtungen, Große Frankfurterstraße 67. 1973R*

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Wetzel, Gitschinerstraße 94a.

„Friedrich-Wilhelm", Generalagentur-Zahlstelle O. 112, Mainzerstraße 24. Lebens-, Arbeiter-, Kinder-, Aussteuerversicherung. Wöchentliche, monatliche Zahlung. Aufnahme bis 65. Lebensjahr. 1961R*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Vereinszimmer mit Pianino, Vereinshaus Rominterstraße 28, Ecke Simon-Dachstraße. 2041R*

Waschanstalt Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag.

Handwäscherei Hermann Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9, wäscht schonend und sauber. Laken, 4 Handtücher, 4 Taschentücher und Leibwäsche 10. Kein Verkauch. Abholung und Lieferung Donnerstag.

Tätiger Teilhaber für Gründung einer Bauschlosserei (Bauten vorhanden) mit etwas Kapital gesucht. Offerten „K.", Vorwärtsexpedition, Salzwedelerstraße 8. †79

Vermietungen.

Bäckerei, eingerichtet, zu vermieten Liebigstraße 15. †42*

Werkstatt mit Kellerein und kleine Wohnungen Kottbuserstr. 18.

Wohnungen.

Prachtwohnungen, 1, 2, 3 Zimmer, Loggia, Bad, Mädchenzimmer, 19,00, 25,00, 45,00. Kolonierstraße 69. †32*

Pankstraße 57, Brunnenpark, Stube, Küche billig. †51*

Soldinerstraße 16, Zweizimmer-Vorderwohnungen, Kammer, Balkon, Zubehör. 785*

Zentralviehhof. Ein- und Zweizimmer-Wohnungen, renoviert, Gas, 16, 18, 24 Mark, 1. Oktober vermietbar. Hühnerstraße 5. 2091R

Hühnerstraße 13 nahe Weidenweg, 3 und 2 Zimmer, Vorderhaus, 540 und 420. 1145*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, an Herrn oder Dame. Scholz, Sparrstraße 22.

Schlafstellen.

Schlafstelle für achtbares Fräulein, Schumacher, Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 79. †76*

Mietsgesuche.

Suche sofort Berlin Nordosten oder Osten saubere möblierte Schlafstelle, allein. Preisofferten Gulski, Friedenau, Menzelstraße 30. †18

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Nebenverdienst finden Genossen durch Verkauf von Arbeiterliteratur. Beißwanger, Nürnberg, Schweppermannstraße. 405

Lehrlinge verlangt Schlosserei und Kunstschmiede Kroen u. Zielasko, Urbanstraße 103. †32*

Selbständige Schlosser verlangt Heinrichs, Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 1115

Marmorwerk verlangt tüchtigen Fräser und Handschleifer, Biesenthalerstraße 10. 1085

Mamsells (Mädchenpaletots) verlangt Köppen, Kastanien-Allee 15.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Tischlerei Herrmann, Lichtenberg, Wilhelmstr. 21.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. geelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Protestversammlungen! Die Leiter der heutigen Versammlungen werden gebeten, sofort nach Schluß derselben der Redaktion des „Vorwärts“ durch besonderen Boten einen kurzen Bericht über Verlauf der Versammlung, Person des Referenten, Besucherzahl und etwaige Zwischenfälle einzusenden.

Vierter Wahlkreis. Ergebnis der Urwahl im vierten Wahlkreis. An der Wahl beteiligten sich 5411 Mitglieder. Als Delegierte wurden gewählt: P. Hoffmann (3306 Stimmen), Agnes Fahrenwald (2652), H. Poetzsch (1668), Frida Wulf (1509), O. Jensch (1479), Martha Demming (1329 Stimmen). Als Mitglied zum Schiedsgericht wurde C. Melle mit 1432 Stimmen gewählt.

Der Vorstand.

Karlshorst. Treffpunkt 7½ Uhr zum gemeinsamen Besuch der Protestversammlung in Ober-Schöneweide (Wilhelminenhof) in den Zahlabendlokalen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Im neuen Botanischen.

Wir schreiben September, aber dessen Rolle hat schon der August gespielt. Es ist mehr Herbst als Hochsommer, was uns im Botanischen Garten bei Steglitz begrüßt. Auf den Blumenbeeten beim Eingang entfalten Georginen und Chrysanthemen ihren schönen, aber kalten Pomp; dazwischen stehen gelbblühende Verwandte unserer Sonnenblume und Asternbüsche. Der Spiegel der Teiche ist gesunken; die Seerosen glitzern nicht mehr darauf, Karpfen und Goldfische tummeln sich an den Stellen, die zwischen Laichkräutern einen Blick in das dunkle Wasser gestatten. Aber es fehlt dennoch noch immer nicht an Tausenden von Blüten in allen Teilen des Gartens. Wo im Freien zwischen Steinmassen Kakteen und ähnliche Fettgewächse ihren Sommerstandplatz haben, ragt auch in diesm Jahre der mehrere Meter hohe Blütenschaft einer amerikanischen Agave in die Höhe, oben wie ein Armleuchter in gelbliche Blütenbüschel zerteilt. Weiter an den Gewächshäusern entlang gehend treffen wir vor dem großen Kuppelbau das Seerosenbassin, rings von hochgestellten, üppig blühenden Hortensienbüschen umrahmt. Der Blick schweift über eine malerische Terrasse hinab, bis die Anhöhen der künstlichen Alpenanlagen ihn hemmen. Hier und da schaut einer der Steingipfel über die Baumwipfel. Wir machen einen Rundgang. Ueberall noch Blumen, aber überall auch herbstliche Reife. Verblühte Rosensträucher, die von prallroten Hagebutten strotzen. Kletternde Waldreben mit Fruchtbüscheln, die wie fedrige Perücken im Laube sitzen. Dicke, braune, samenstrotzende Fruchtsträuße, die aus vergilbenden Sträuchern sich herabneigen. Hier ein kleiner Teich, ein richtiger märkischer Tümpel, mit einer Trauerweide, die ihre schlanken Peitschenäste senkrecht aus der Krone gleiten läßt. Ringsum dichtes Schilf und die braunen Zylinder des Rohrkolbens. Daneben am Wege fußhohes Staudengestrüpp, in dem prächtig amethystblaue Gewächse auffallen. Sie sind stachelig wie Disteln, doch rechnet der Botaniker sie zu den Doldenpflanzen. Im Herbst läuft der ganze obere Teil der Pflanze blau an. Wild ist sie zunächst im Odergebiet. Eine nahe Verwandte besitzt sie in der Stranddistel, die jedem Besucher der Ostsee bekannt ist.

Infolge der zahlreichen außereuropäischen, besonders auch nordamerikanischen Holzgewächse, die im Garten angepflanzt sind, ist die Herbstfärbung hier auch viel auffälliger zu beobachten, als in unseren heimischen Gehölzen. Darin liegt zurzeit ein Hauptreiz des Gartens. Sein Bestand ist in den letzten Jahren kräftig in die Höhe gewachsen, und der Zug des Unreifen, der der jungen Schöpfung lange anhaftete, ist verschwunden. Ein Rundgang durch die Anlagen ist jetzt zu jeder Jahreszeit ein lohnendes Unternehmen.

Der Berliner Wohnungsmarkt

hat im letzten Jahr einen Anfang zur Besserung gezeigt — wenn man das Wort „Besserung“ im Sinne der Hausbesitzer nimmt. Seit einer Reihe von Jahren lamentierten sie, weil in Berlin das Angebot von Wohnungen die Nachfrage soweit überstieg, daß sie ihre Mietesteigerungsgelüste denn doch ein wenig zügeln mußten. Jede der alljährlichen Zählungen der unvermietet gebliebenen Wohnungen ergab immer wieder, daß es nicht weniger, sondern mehr geworden waren. Jetzt aber kann den Hausbesitzern — „endlich!“ werden sie vergnügt ausrufen — das Berliner Statistische Amt die frohe Botschaft verkünden, daß im Jahre 1911 die Zahl der unvermietet gebliebenen Wohnungen zurückgegangen ist.

Die Zählung, bei der dieser den Hausbesitzern willkommene Umschwung festgestellt wurde, hat zu Beginn des Jahres 1912 stattgefunden, das Statistische Amt veröffentlicht aber erst jetzt aus dem Ergebnis einige Hauptzahlen. Die Vergleichung mit der vorhergehenden Zählung wird dadurch etwas erschwert, daß diese nicht zu Beginn des Jahres 1911, sondern schon im Oktober 1910, also in einer anderen Jahreszeit, ausgeführt worden war. Als unvermietet wurden im Jahre 1912 gezählt: 22 372 Wohnungen, die nicht mit Gewerberäumen verbunden waren, und 1954 Wohnungen, die mit Gewerberäumen verbunden waren, zusammen 24 326 Wohnungen. Im Oktober 1910 waren als unvermietet gezählt worden: 26 905 Wohnungen ohne Gewerberäume und 2082 Wohnungen mit Gewerberäumen, zusammen 28 987 Wohnungen. Hiernach haben die unvermieteten Wohnungen sich vermindert bei den Wohnungen ohne Gewerberäume um 4533, bei den Wohnungen mit Gewerberäumen um 128, zusammen um 4661. Die Freude über diese Aenderung des Verhältnisses zwischen Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage wird allerdings manchen Hausbesitzern arg getrübt werden. Für die Gewerberäume ohne Wohnung hat sich nämlich gezeigt, daß sich die unvermieteten vermehrt haben. Diesmal wurden 6351 unvermietete gezählt, um 2256 mehr als bei der vorhergehenden Zählung, die nur 4095 ergeben hatte. Der „Ueberfluß“ an unvermieteten Mietsobjekten, über den die betroffenen Hausbesitzer jammern, ist in den verschiedenen Stadtteilen sehr verschieden. An den unvermieteten Wohnungen waren besonders die äußersten Stadtviertel beteiligt, in denen ja die Bebauung noch nicht abgeschlossen ist und das Wohnungsangebot noch durch Neubauten vermehrt werden kann. Doch ist auch dort fast überall diesmal eine geringere Zahl unvermieteter Wohnungen als bei der vorhergehenden Zählung ermittelt worden. Von den unvermieteten Gewerberäumen fanden sich besonders viele in der Innenstadt, was bei der dort seit langem getriebenen Ueberproduktion an Ladenbauten nicht verwunderlich ist.

Vor einer Wiederkehr der Wohnungsknappheit, wie die Hausbesitzer sie sich wünschen, bleiben wir hoffentlich für immer bewahrt. Mehr als 24 000 unvermietete Wohnungen — das wird den meisten von ihnen noch immer als ein Zustand gelten, der unhaltbar sei. Mit Hinweisen auf solche Zahlen suchen die Hausagrarier zu beweisen, daß die Mieter keinen Grund mehr hätten, über „Wohnungsnot“ zu klagen. Gewiß, man kann nicht sagen, daß gegenwärtig in Berlin ein Mangel an Wohnungen überhaupt bestände. Wer aber menschenwürdige Wohnungen zu billigem Preise sucht, der merkt nur zu bald, daß die Wohnungsnot in diesem Sinne noch immer besteht und nichts von ihrer Schärfe verloren hat.

Der Seefischverkauf der Stadt Berlin,

welcher in den Monaten Juli und August eingestellt war, wird mit dem 8. September wieder eröffnet. Der Verkauf findet wieder in denselben Hallen statt wie früher; hinzutreten soll noch die Zentralmarkthalle, in der zu diesem Zweck ein besonderer Stadtbahnbogen eingerichtet werden soll. Zum Verkauf werden gelangen: Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Goldbars, Schollen (Flundern), Rotzungen, Dorsch und grüne Heringe; letztere sollen ebenfalls pfundweise verkauft werden.

Der Einkauf geschieht durch den Einkäufer der Stadt Berlin in Geestemünde; derselbe darf nur ganz frische Ware und zwar zu einem Preise kaufen, welcher gestattet, den Verkaufspreis im Durchschnitt nicht über 30 Pf. pro Pfund zu bemessen. Die Verteilung an die Fischhändler geschieht in Berlin durch den städtischen Verkaufsvermittler Melzer. Als Verkaufstage sind wieder Dienstag und Donnerstag in jeder Woche festgesetzt.

Ueber den bisherigen Verlauf des städtischen Seefischverkaufs macht die Markthallenverwaltung folgende statistische Mitteilungen: In der Zeit vom 10. Oktober bis 2. Juli wurden an 68 Verkaufstagen rund 8000 Zentner Fische verkauft oder im Durchschnitt pro Tag 117 Zentner; unverkauft blieben hiervon 629 Zentner oder pro Tag 9 Zentner. Bei der Eröffnung im Oktober war der Andrang zu den Verkaufsstellen recht bedeutend: an den sechs Verkaufstagen im Oktober wurden rund 1800 Zentner auf den Markt gebracht und bis auf einen kleinen Rest verkauft. Namentlich in den Hallen 8 Andreasstraße, 9 Eisenbahnstraße, 10 Arminiusplatz, 13 Treskowstraße und 14 Reinickendorfer Straße wurden Partien bis zu 50 Zentner an einem Tage verkauft. Nach und nach aber flaute der Verkauf ab, da die Neugierde befriedigt war, so daß in den Monaten Februar bis Juni nur im Durchschnitt 700 bis 800 Zentner oder pro Verkaufstag 90 bis 100 Zentner verkauft wurden.

Auch die Zahl der Fischhändler, welche sich um den Verkauf beworben, ging von 70 auf 30 zurück. Immerhin kann festgestellt werden, daß ein kleinerer Teil der mittleren und ärmeren Bevölkerung dauernd als Käufer von Seefischen gewonnen wurde. Auch der Umsatz der ständigen Fischhändler hat durch das Vorgehen der Stadt eine merkliche Zunahme erfahren.

Von den Vororten beteiligten sich auf längere Zeit nur

Neukölln	an 30	Verkaufstagen	mit 290	Zentner
Friedenau	„ 11	„	„ 57	„
Reinickendorf	„ 21	„	„ 76	„
Friedrichsfelde	„ 16	„	„ 32	„
Treptow	„ 13	„	„ 47	„
Karlshorst	„ 8	„	„ 32	„

Pankow und Velten mit noch kleineren Umsätzen.

Der gesamte Erfolg ist jedenfalls nur ein ganz minimaler; bei der Viermillionenbevölkerung sind diese Umsätze keine sehr erheblichen, wenn auch eine preisdrückende Tendenz auf die Fleischpreise nicht von der Hand gewiesen werden kann.

Die große Masse der Bevölkerung kann eben auf die Dauer dem Genuß von Seefischen keinen Geschmack abgewinnen, sie bedarf der Fleischnahrung. Hier aber helfend einzugreifen, haben auch die Städte völlig versagt. An den Stadt- und Gemeindevertretern wird es sein, auch hier Remedur zu schaffen.

Nichts für Arme. In der städtischen Markthalle in der Wörther Straße fand vor einigen Tagen große Auktion statt. Es wurden bedeutende Posten aller möglichen Einrichtungsgegenstände, Kleidungsstücke, Schmucksachen usw. meistbietend versteigert. Fast durchweg stammten die Versteigerungsobjekte aus Nachlaßbeständen. Leute, die laufende Armenunterstützung beziehen, müssen ja ihre gesamte Habe dem Geber, also der Stadt Berlin, verschreiben. Zur Versteigerung kommen aber auch solche Wertgegenstände, die Irrenanstaltsinsassen abgenommen worden sind, unter Umständen also ganze Wirtschaften, wenn die Betreffenden alleinstehende Leute waren. Es hat auf diese Weise schon mancher alles verloren, er fand nach der Entlassung auch nicht ein Stück mehr vor und stand bettelarm da. Die Stadtverwaltung macht derartige Wertbestände nach gewisser Zeit, wenn die Verpflegungskosten nicht gedeckt sind, zu Geld. Auch abgenommene Uhren und Ringe sind von diesem Schicksal nicht ausgeschlossen. Neben gut erhaltenen Gegenständen sah man viel altes Gerümpel, das in Bausch und Bogen kollektionsweise an den auch hier Hausrechte genießenden Händlerring für Spottpreise fortging. Auffallend ist, daß so sehr viele abgetragene Kleider bündelweis verauktioniert wurden. Der Erlös ist so gering, daß man sich fragen muß, ob da nicht eine bessere, praktischere Verwertung möglich ist. Wir stehen vor dem Winter. Bald wird das Obdach wieder mit Frierenden überfüllt sein. Sie gehen in Lumpen, können oft kaum die Blöße decken und da drüben ein paar Straßen weiter kommen zu Hunderten Kleidungsstücke unter den Hammer, die für viele Obdachlose eine Wohltat bedeuten würden. Es mag sein, daß gewisse Nachlaßsachen mit Rücksicht auf mögliche Ansprüche dürftiger Personen versteigert werden müssen. Aber die Stadt könnte ja diese Sachen erwerben und sie für Obdachlose oder sonstige Arme verwenden. Soviel uns bekannt ist, werden jetzt an Obdachlose nur solche Kleider gegeben, die von Berliner Einwohnern zu diesem ausdrücklichen Zweck der Obdachlosenverwaltung geschenkt worden sind. Solche Geschenke sind hier nichts allzu Seltenes. Sie genügen aber natürlich nicht entfernt, um das grauenhafte Elend der Obdachlosen wenigstens nach dieser Richtung hin etwas zu lindern. Etwas weniger Bureaukratismus und mehr praktischer Sinn wären hier wohl angebrachter. Auf die alte Einrede, daß die Obdachlosen die geschenkten Sachen sofort wieder verkaufen und diesen Erlös in Schnaps umsetzen, ist nicht viel zu geben. Man muß sich nur der Mühe unterziehen, die notleidendsten Obdachlosen herauszufinden, anstatt in alter Gewohnheit von unverbesserlichem, obdachlosem Gesindel zu sprechen.

Die Stadtverordnetenversammlung

tritt am Donnerstag dieser Woche zum ersten Male nach den Ferien zusammen. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige. Zunächst wird die Einführung des Herrn Wermuth in sein Amt als Oberbürgermeister von Berlin durch den Oberpräsidenten erfolgen. Das Amt hat Herr Wermuth mit dem 1. September übernommen.

Unter anderem stehen auch die Anträge der verschiedenen Fraktionen wegen Maßnahmen gegen die Teuerung auf der Tagesordnung.

Eine Gedenkfeier für Emma Ihrer.

Die Enthüllung des Denksteins für unsere verstorbene Genossin Emma Ihrer vereinigte am Sonntagmorgen auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde eine zahlreiche Gemeinde. Stark vertreten waren vor allem die älteren Parteigenossinnen, mit denen die Verstorbene jahrzehntelang Schulter an Schulter für die Verwirklichung unserer Ideale gestrebt und gekämpft hat. Blumenspenden in reicher Fülle zeugten von der Liebe und Verehrung, die Emma Ihrer in der Arbeiterbewegung genoß. Genossin Hanna zeichnete in ihrer Ansprache in großen Zügen ein Bild der allzeit hilfsbereiten und vorurteilsfreien Mitkämpferin. Eingeleitet und geschlossen wurde die schlichte Feier durch Männergesang. Im Anschluß an die Feier, die vor der Halle des Friedhofes stattfand, besichtigten die Erschienenen den über dem Grabe sich wölbenden Denkstein. In voller Treue und Lebenswahrheit leuchten aus einem in einen Sandsteinobelisk eingelassenen Marmorrelief die vertrauten und lieben Züge der Verstorbenen dem Beschauer entgegen.

Eine Hochflut von Orden und Titeln ist anläßlich der Parade und der brandenburgischen Herbstmanöver auf die Brandenburger, besonders auf die Groß-Berliner herabgeregnet. Die Dekorierten und Betitelten haben Ursache, es mit dem kaiserlichen Wahrspruch zu halten: „Hie guet Brandenburg allewege!“ Unter ihnen befinden sich Namen, denen man bei solchen Gelegenheiten fast immer begegnet, und diesmal auch viele Ordensrekruten. Herr v. Jagow mit seinem Beamtentroß darf ebensowenig fehlen wie andere „märkische Eichen“. Unseres autoritätsstärkenden Polizeipräsidenten Verdienste sind ja so groß, daß der rote Adler dritter Güte mit 'ner Schleife sicher nur eine kleine Abschlagszahlung ist. Besser kam Herr Kirschner fort, der den erstklassigen Kronenorden erhielt. Bemerkenswert ist überhaupt die im Vergleich zu anderen Zeiten erhebliche Zahl von Orden und Titeln für Berliner städtische Oberbeamte. Die Rechnung kommt vielleicht noch nach. Bürgermeister Reicke erhielt dasselbe Bändchen wie Jagow, der Unvergleichliche, wahrscheinlich für seine dichterische Wirksamkeit, denn auch Dichter und Schriftsteller sind diesmal äußerst splendid berücksichtigt, natürlich auch Axel Delmar als Freilichtbühnen-Hofpoet und selbst der einst bei Hofe boykottierte Sudermann. Parlamentarismus, Kirche, Schule, Kunst, Jurisprudenz, Aerztestand — alles hat sein Aufmunterungszeichen weggeschnappt. Wer „am dransten“ war, dem leuchtete der brandenburgische Paradestern. Auf Verdienst kommt's ja weniger an als auf Dienstalter, Katzbuckelei und eine gute Nummer oben. Sehr geringschätzig wurden Handel, Industrie und Gewerbe bedacht. Den Vogel hat aber doch der dicke Herr mit der weißen Weste und der Kognakmarke aus der Dessauer Straße abgeschossen. Wer so sehr um die Gnadensonne herumschartwenzelt, wie der Chefredakteur Dr. Oeriel, und gelegentlich — wie's trefft — auch mal mit Lehm nach dem Spreeschloß schmeißt, dem mußte man doch endlich mal einen Trinkgeldbrocken hinwerfen. Und just im selben Augenblick, wo die „märkischen Eichen“ sich im Schloßsaal mit Kapaunen vollstopfen und hungernde Märker sich den Magen mit dem „nie alle werdenden märkischen Sande“ füllen können, wird einer der größten Schreier und Hetzer der agrarischen Fleischverteuerfekte mit einem Orden belohnt.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters! Die Berliner Gewerkschaftskommission bittet uns, mitzuteilen, daß die Eintrittskarten zu allen Konzerten des Philharmonischen Orchesters — bis zum 27. September — ausverkauft sind. Auch Nachbestellungen können daher nicht mehr angenommen werden. Insgesamt hat die Berliner Gewerkschaftskommission im Verein mit den sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen 22 920 Eintrittskarten verkauft. Dabei konnte, wie aus dem frühen Ausverkauf zu schließen ist, bei weitem nicht die Nachfrage gedeckt werden, ein Beweis, wie stark der Sinn für gute Musik in den unteren Volksklassen vorhanden ist. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß die Leitung des Orchesters in Zukunft der Gewerkschaftskommission eine erhöhtere Anzahl Eintrittskarten zur Verfügung stellen würde.

Teure Wochenkarten. Von Arbeitern, die morgens und abends die Havelfähre bei Sakrow benutzen müssen, wird über die hohen Ueberfahrtskosten Klage geführt. Jede Ueberfahrt kostet 10 Pf. pro Person, das macht also pro Woche 1,20 M.; dieser Betrag erhöht sich um das Doppelte, wenn die Betreffenden ein Fahrrad bei sich führen. Die vom Besitzer der Fähre, dem Inhaber des bekannten „Wirtshauses zum Dr. Faust“, ausgegebenen Wochenkarten sind auch nicht viel billiger, sie kosten pro Person 1 M., mit Fahrrad sogar 1,70 M. Einzelne Arbeiter ziehen es daher vor, jede Fahrt einzeln zu bezahlen, statt sich eine Wochenkarte zu lösen und dabei im Lokal des Besitzers der Fähre den Differenzbetrag zu verzehren.

Auf dem Tempelhofer Felde fand am Sonntag ein Feldgottesdienst statt, an welchem auch die Kriegervereine und Sanitätskolonnen teilnahmen. Die hungernden Veteranen fehlten. In Gegenwart des Kaisers hielt der Feldprobst der Armee, Wölfing, eine Rede, von der wir folgende bezeichnende Wendungen wiedergeben wollen. Er sagte u. a.: „Es fehlt an Opfersinn. Nicht den Opfersinn meine ich, der Leib und Leben einsetzt und hingibt, wenn das Vaterland in Gefahr ist. Wenn es morgen zum Kriege käme, kein deutscher Mann würde sich besinnen, solchen Opfersinn zu betätigen. Dagegen wenn es gilt, die eigenen politischen Meinungen und Wünsche, die man als Privatmann hat und hegt, dranzugeben und staatsmännischer Weisheit sich zu fügen, da fehlt's, an solchen Opfern gebricht's. Man murrt, man mäkelt, und denkt nicht an das Wort: Gehorsam ist des Christen Schmuck. Es sind nicht alle Verheißungen der Zeit vor 42 Jahren in Erfüllung gegangen, neben den Lorbeeren sind, wie man gesagt hat, auch die Dornen gewachsen. Und manchem will es scheinen, als wären wir jetzt nicht glücklicher denn ehedem. Ein preußischer König hat gesagt: „Die Wege der Könige sind tränenreich und tränenwert, wenn Herz und Geist des Volkes ihnen nicht zur Hand geht.“ Für einen Monarchen, der alles dransetzt, sein Volk zu beglücken, wäre es das schmerzlichste, was ihm widerfahren könnte, wenn er sich verkannt sähe oder nicht verstanden würde in seinem wohlmeinenden Wollen und Tun.“

Hier zeigt sich wieder wie das Christentum den Interessen des Staates dienstbar gemacht wird. Die Kriegervereinler waren hochbeglückt, weil der Kaiser anwesend war und kehrten nach Schluß mit ihren Fahnen in ihre Vereinslokale zurück.

Der gestrige 2. September brachte die Herbstparade mit ihren Absperrungen, die viele Leute empfindlich schädigen. Bemerkenswert war diesmal die Vorführung von sieben Flugmaschinen, die von Döberitz nach dem Tempelhofer Felde gebracht worden waren.

Drei Personen bei einem Bootsunglück auf dem Rummelsburger See ertrunken. Ein schweres Bootsunglück, bei dem drei Personen ihren Tod fanden, ereignete sich in der Nacht zum Sonntag auf dem

Rummelsburger See in der Nähe des Bootshauses des Märkischen Rudervereins. Ein mit acht Personen besetztes Boot — es waren sieben Mitglieder jenes Rudervereins und ein Gast — kenterte vermutlich infolge Ueberlastung, und alle Insassen stürzten ins Wasser. Obgleich sofort mehrere Schiffer zu Hilfe eilten, konnten von den Verunglückten doch nur fünf gerettet werden. Die anderen drei gingen bald unter und kamen nicht wieder zum Vorschein. Auch ihre Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden. Die Ertrunkenen sind die 22 bis 26 Jahre alten Herren Wilhelm Hähnelt aus der Neuen Grünstraße in Berlin, Oswin Hüttner aus der Luckauer Straße in Berlin und Oswin Grunert aus Neukölln. Die beiden letzteren waren Mitglieder des Märkischen Rudervereins, während Hähnelt als Gast mitgefahren war. Das verunglückte Boot war kein Vereinsboot, sondern gehört einem anderen Besitzer. Die fünf geretteten Personen waren anfangs infolge des ausgestandenen Schreckens sehr mitgenommen, erholten sich aber nach einiger Zeit wieder, so daß bei ihnen keine Lebensgefahr mehr besteht.

Ein gerichtliches Nachspiel wird der Unfall erleben, der sich in der Nacht vom 22. Juni gegen 11 Uhr an der Pfaueninsel ereignete, wobei zwei Personen, die das Motorboot „Hans" zu einer Fahrt gemietet hatten, den Tod fanden. Bekanntlich ertranken Lehrer Lepenitz aus Wilmersdorf und die Frau Apotheker Kümmel. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der Führer des Motorbootes „Hans", Paul Wegener aus Nowawes, die Warnungssignale des Sterndampfers „Wannsee" falsch auffaßte, den Kurs beibehielt und dabei von der „Wannsee" gerammt wurde. Die Staatsanwaltschaft hat nach umfangreicher Voruntersuchung nunmehr gegen Wegener wegen fahrlässiger Tötung und Transportgefährdung Anklage erhoben und die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt.

Von Strolchen überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt wurden in der Nacht zum Sonntag der 22 Jahre alte Füsilier Robert Baum und sein Bruder Max aus der Beusselstr. 27. Robert Baum kam mit dem 9. Füsilierregiment aus Brandenburg an der Havel zur großen Herbstparade hierher und erhielt Urlaub zu seinem Bruder Max, einem 20 Jahre alten verheirateten Maschinenarbeiter. Am Sonnabendabend ging er mit seinem Bruder in bürgerlicher Kleidung aus und besuchte mit ihm mehrere Schankwirtschaften. Nachdem sie zuletzt in der Wiclefstraße eingekehrt waren, traten die beiden Brüder von dort aus den Heimweg an. Kurz nach Verlassen der Wirtschaft sahen sie, wie sechs bis acht halbwüchsige Burschen ein junges Mädchen wiederholt mit dem Kopf in das gefüllte Becken eines Straßenbrunnens tauchten und untersagten ihnen diese Mißhandlung. Die Burschen ließen nun auch von dem Mädchen ab taten, als ob sie ruhig weitergegangen wären. Heimlich jedoch verabredeten sie sich rasch, schlichen dann den beiden Brüdern nach und überfielen sie plötzlich heimtückisch mit ihren Messern und Schlagringen. Nachdem sie Robert Baum nicht weniger als acht Stiche und seinem Bruder Max drei Stiche und mehrere Schläge versetzt hatten, ergriffen die Strolche die Flucht. Max Baum verfolgte sie trotz seiner erheblichen Kopfverletzung, konnte sie aber nicht festnehmen lassen, weil kein Schutzmann in der Nähe war. Unterdessen brach der Füsilier blutüberströmt zusammen und blieb besinnungslos liegen. Als sein Bruder von der Verfolgung zurückkehrte und ihn abholen wollte, hatten unbekannte Leute, die dazu gekommen waren, den Schwerverwundeten bereits nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht. Dort verbanden ihn die Aerzte und ließen ihn dann nach dem Garnisonlazarett in der Scharnhorststraße bringen. Max Baum konnte, nachdem er im Krankenhause einen Verband erhalten hatte, auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung gebracht werden. Der Füsilier liegt noch besinnungslos danieder und es besteht wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Auch sein Bruder ist schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich verletzt. Beiden Brüdern ist der Kopf förmlich zerfleischt. Der Füsilier hat außerdem Stiche in den Hals erhalten. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Der Vorfall gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Fälle, in denen Rowdys ruhig des Weges gehende Passanten überfallen und mit Messern und Schlagringen bearbeiten, in den letzten Wochen in der oben angegebenen Gegend sich außerordentlich häufen. Am Sonnabend vor 14 Tagen haben in der Gegend der Wiclefstraße nicht weniger denn fünf solcher Ueberfälle stattgefunden, wobei in einem Falle ein Gastwirt bald totgeschlagen wurde. Es scheint sich dort eine Bande herumzutreiben, die der Schrecken jener Gegend ist. Und was das Auffällige ist, in allen den Fällen, in denen die Ueberfälle stattfanden, war von einem Schutzmann nichts zu sehen. Es hat sich schon in jener Gegend die Meinung gebildet, als ob die Schutzleute die bei anderen harmlosen Gelegenheiten sofort da sind, jenen Elementen aus dem Wege gingen. Nun mag es richtig sein, daß ein einzelner Beamter einer Uebermacht von Rowdys gegenüber nicht ausrichten kann. Dann müssen eben entsprechende Maßnahmen getroffen werden, um das Publikum zu schützen. Wir gehören nicht zu denen, die nach mehr Polizei rufen, meinen aber, daß die Beamten von anderen Aufgaben befreit und wirklich zum Schutze des Publikums verwendet werden sollten.

Automobilunfall des Prinzen August Wilhelm. An der Ecke der Schloß- und Kurfürstenstraße zu Steglitz fuhr Sonntag vormittag 11 Uhr das Automobil des Prinzen August Wilhelm, in dem der Prinz selbst saß, gegen einen Straßenbahnwagen der Linie F, der an der Straßenkreuzung hielt. Infolge starken Schleuderns hatte das prinzliche Automobil auch einen dort stehenden kleinen Brunnen umgerissen. Der Prinz blieb unverletzt und auch von den Fahrgästen des Straßenbahnwagens wurde niemand verletzt. Das prinzliche Automobil konnte nach kurzem Aufenthalt die Fahrt nach Berlin fortsetzen. — Am Potsdamer Platz wurde fast gleichzeitig der 23 Jahre alte Kellner Anton Berger aus der Elsasser Straße von einer Automobildroschke überfahren. Der Verunglückte erlitt schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung, so daß er von der Unfallstation in der Eichhornstraße, wo er die ersten Verbände erhielt, nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte.

Auf der Straße gestorben ist der 48 Jahre alte Maler Reinhard Bauze, der sich ohne Wohnung in Berlin aufhielt. Der Mann wurde Sonntagvormittag vor dem Hause Kösliner Straße 8 besinnungslos auf dem Bürgersteig liegend aufgefunden. Ein Schutzmann brachte den Bewußtlosen nach dem Virchow-Krankenhause. Als er dort mit ihm ankam, war der Mann schon tot. Die Leiche wurde darauf nach dem Schauhause gebracht.

Die Straßenbahnlinie 18 wird eine Umleitung erfahren. Um wiederholt geäußerten Wünschen des interessierten Publikums entgegenzukommen, die eine Straßenbahnverbindung im Zuge der Straße Alt-Moabit nach der Friedrichstraße und Dönhoffplatz (Oranienstraße) bezweckten, soll oben genannte Linie versuchsweise auf 1 Jahr anstatt durch die Beussel- und Turmstraße von der Kaiserin-Augusta-Allee an im Anschlußbetrieb mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn durch die Straße Alt-Moabit bis zum Kriminalgericht und weiter wie bisher geführt werden. Der Verkehr durch die Turmstraße wird durch die Linien 12 und 20 mit einem 7½ Minutenbetrieb aufrechterhalten.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Um die Arbeiten für die Herstellung des Körnerparks zu beschleunigen, erklärte sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung damit einverstanden, daß die Gebäude an der Westseite des Parkes nach dem Projekt des Hochbauamtes schon jetzt in Angriff genommen werden. — Als Ersatz für die im Abbruch befindliche Turnhalle an der Erkstraße soll die Fertigstellung der Turnhalle auf dem Schulgrundstück Richardplatz so gefördert werden, daß diese möglichst bereits mit dem Winterhalbjahr 1912 in Benutzung genommen werden kann.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestellten-Versicherung soll bezüglich der Angestellten in sechs Wahlstellen am Sonntag, den 20. Oktober 1912, von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags, die der Kaufleute in zwei Wahlstellen am Montag, den 21. Oktober 1912, von 4—7 Uhr nachmittags erfolgen. Als Wahllokal sollen für die am Sonntag stattfindende Wahl Turnhallen und für die Wahl der Kaufleute der Ausschank der Berliner Kindlbrauerei und der Sitzungssaal im alten Rathause genommen werden.

Die in diesem Jahre erforderlichen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen wurden für die dritte Wählerabteilung auf Sonntag, den 3. November d. J., von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, für die zweite Wählerabteilung auf Dienstag, den 5. November d. J., von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, und für die erste Wählerabteilung auf Freitag, den 8. November d. J., von 1 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends, festgesetzt. — Das Projekt des Hochbauamts über die Ausführung eines monumentalen Kandelabers auf dem Platz vor dem Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße wurde genehmigt.

Schöneberg.

Schließung einer Gemeindeschule. Auf Antrag der Schöneberger Schuldeputation ist am Sonnabend die 11. Gemeindeschule in der Feurigstraße geschlossen worden. In den letzten Wochen sind mehrere Schüler der Anstalt an Diphtherie erkrankt, doch sind Todesfälle glücklicherweise bisher nicht zu verzeichnen. Um der Gefahr einer Verbreitung der tückischen Krankheit vorzubeugen, ist nun in Gemäßheit eines nach Uebereinkunft mit dem Schöneberger Polizeipräsidenten und dem zuständigen Kreisarzt von der Gesundheitskommission im Herbst vorigen Jahres gefaßten Beschlusses die Schließung der 11. Gemeindeschule angeordnet worden. Zu besonderen Befürchtungen bietet, so wird berichtet, diese Vorsichtsmaßregel keinen Anlaß.

Charlottenburg.

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat für die Sitzung am Mittwoch der hiesigen Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, worin der Magistrat ersucht wird:

1. an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperre für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrscheine;

2. gemeindliche Einrichtungen — eventuell in Verbindung mit anderen Gemeinden — zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu schaffen.

Die Kochkurse in Charlottenburg haben bisher eine recht rege Teilnahme aufzuweisen. Sie wurden im ganzen von 545 Personen besucht; die Kosten der vier Kurse beliefen sich auf rund 2000 M. Da sich die Kurse einer allgemeinen, immer mehr wachsenden Beliebtheit erfreuen, findet am 10. Oktober d. J. eine Fortsetzung statt.

Eine Erhöhung des Kokspreises hat für den Einzelverkauf stattgefunden. Die Erhöhung ist wie folgt festgesetzt: Es kostet grober Koks vom Gaswerk I 1 Hektoliter 1,20 M., zerkleinerter Koks 1 Hektoliter 1,25 M.; grober oder zerkleinerter Koks vom Gaswerk II einheitlich 1 Hektoliter 1,20 M. Der bisherige Preis betrug 10 Pf. für 1 Hektoliter weniger. Für Anfuhr (bis 5 Hektoliter 75 Pf.) und Abtragen werden besondere Gebühren berechnet.

Wilmersdorf-Halensee.

Was aus der städtischen Volksküche werden soll. Ein Schmerzenskind der Stadt Wilmersdorf ist die bereits am 1. November vorigen Jahres beschlossene Volksküche. Die Errichtung dieser Anstalt war geplant, nachdem in den Erörterungen über die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung alle nennenswerten Vorschläge abgelehnt waren. Um die Tatsache zu verschleiern, daß die Stadtverordnetenversammlung auch hier völlig versagt hatte, pries damals das konservative Organ des Wilmersdorfer Magistrats den wegen Errichtung der Volksküche gefaßten Beschluß als den Gipfel sozialpolitischer Weisheit. Als es aber an die Erweiterung von Räumen gehen sollte, stellte sich heraus, daß die Wilmersdorfer Hausbesitzer nicht im geringsten von der Sozialpolitik der Stadtverordnetenversammlung erbaut waren, denn wie auf Kommando sträubte sich einer der Herren nach dem anderen, für die Volksküche Räumlichkeiten herzugeben. Trotzdem etwa der siebente Teil aller Läden in Wilmersdorf leer steht, konnte der Magistrat für noch so schweres Geld nirgendwo Mietsräume erlangen. Jetzt ist endlich ein Mittel gefunden worden, um der blamablen Not ein Ende zu bereiten. Die städtische Wohlfahrtsdeputation hat nämlich mit der Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft zu Berlin einen Vertrag vorbereitet, der die Errichtung und den Betrieb einer Volksküche in einer angeblich für die Stadtgemeinde günstigen Weise löst. Nach dem Vertrage mietet die Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft die in dem Hause Pfalzburger Straße 39, Ecke der Lauenburger Straße belegenen Parterreräume vom 1. Oktober dieses Jahres ab zunächst auf 5 Jahre; die Gesellschaft verpflichtet sich, von dem genannten Tage ab in diesen Räumen auf eigene Rechnung und Gefahr eine Speisehalle zu betreiben. Der Betrieb geht wie in den Berliner und Charlottenburger Hallen der Gesellschaft vor sich; die Gesellschaft sichert dem Magistrat eine Kontrolle zu und verpflichtet sich in einer besonderen Bestimmung des Vertrages, die Räume innen und außen geschmackvoll wie ein bürgerliches Restaurant auszustatten. Der Magistrat zahlt der Gesellschaft am 1. Oktober 1912 einen einmaligen Zuschuß von 2500 M. zu den von der Gesellschaft aufzuwendenden Einrichtungskosten, die auf rund 20 000 M. veranschlagt sind. Ferner zahlt der Magistrat an die Gesellschaft für die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis zum 30. September 1915 einen jährlichen Zuschuß von 5000 M.; die Gesellschaft verpflichtet sich hingegen, dem Magistrat nach Bedarf und nach Abruf während der Vertragsdauer Speisemarken im Werte von 2500 M. jährlich unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Diese Marken sollen zur Einnahme von Speisen im Lokal der Gesellschaft und zur Entnahme für den Verbrauch außer dem Hause berechtigen. Für Schülerportionen wird hierbei der Preis auf 15 Pf. festgesetzt; die Preise der übrigen Portionen richten sich nach dem allgemein gültigen Preisverzeichnis der Gesellschaft. Der Magistrat beabsichtigt, die Speisemarken der Wohlfahrtsdeputation zur Speisung unterernährter bedürftiger Schulkinder und der Auskunfts- und Fürsorgestelle zur Bekämpfung der Tuberkulose zur Verfügung zu stellen. Mit der Armenverwaltung hat dieses Abkommen nichts zu tun; die von dieser Verwaltung zu entnehmenden Speisemarken werden besonders berechnet und bezahlt. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Betrieb bis zum Ablauf des Mietsvertrages auch über den 1. Oktober 1915 hinaus auch ohne städtischen Zuschuß fortzuführen; sie darf den Betrieb nur dann einstellen, wenn er die erwachsenen Unkosten einschließlich einer zehnprozentigen Amortisation auf die Einrichtung von 4 Proz. des investierten Kapitals nicht mehr deckt.

Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit in Wilmersdorf sind sich gemeinhin immer darin einig, daß in städtischer Verwaltung nach Möglichkeit kein dem öffentlichen Nutzen dienender Betrieb geführt werden sollte. So wird man denn auch den Vertrag mit der Speisehallengesellschaft wahrscheinlich als glückliche Lösung begrüßen und froh sein, daß diese Gesellschaft bei der Mietung von Räumen anscheinend weniger Pech hat als der Magistrat.

Tempelhof.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagnachmittag gegen ½3 Uhr in der Dreibundstraße. Dort wollte der 45 jährige obdachlose Arbeiter Hermann Kliers den Fahrdamm überschreiten, beachtete jedoch nicht, daß ein Straßenbahnwagen der Linie 99B herannahte. K. wurde umgestoßen und geriet unter den Schutzrahmen. Der Verunglückte erlitt eine Gehirnerschütterung, Bruch beider Arme, sowie einen solchen des linken Beins. Kliers wurde nach der nächsten Unfallstation und von dort nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Weißensee.

Ein Kommunalkonflikt von weittragender Bedeutung hat die Affäre Allers-Sonnenfeld herbeigeführt. In der Gemeindevertretung ist der Fall bereits aufgeklärt und im Beisein der alten Fraktion das Verhalten einzelner Zeitungen, die das rein private Verhältnis der beiden Kontrahenten in Verbindung mit der Gemeindeverwaltung brachten, verurteilt worden. Trotzdem der Sprecher der alten Fraktion, Herr Fechner, mit großem Wortschwall versprach, der „Bürgerschaft" in „möglichst objektiver" Weise Aufklärung zu geben, haben neben einigen Schafen in Wolfskleidern mehrere Berliner Zeitungen die Privatinteressen des Sonnenfeld in Schutz genommen und der Gemeindeverwaltung die Verantwortung des Konfliktes zugesprochen. Daß der alten Fraktion an einer wirklichen Aufklärung der Bürgerschaft gar nichts gelegen ist, bewies, daß nur auf bürgerlichem Boden stehende Einwohner Zutritt zu der Versammlung erhielten. Herr Fechner sagte auch, man wolle sich von den Sozialdemokraten nicht immer lange Reden halten lassen, deshalb seien dieselben von der Versammlung ausgeschlossen. Ebenso wurde der Berichterstatter der „Weißenseer Zeitung" aus dem Saale entfernt. Als nun so reiner Tisch gemacht war, wurden der „Bürgerschaft" die haarsträubendsten Dinge aufgetischt, die mit der Wahrheit in starkem Widerspruch standen. Herr Fechner bewies nur, daß er der ungeeignetste Mann für das Amt eines Gemeindevertreters ist. Wie objektiv die Bürgerschaft aufgeklärt wurde, bewies weiter, daß man einen Vertreter des Regierungsbaumeisters Sonnenfeld eingeladen hatte, der sich folgenden sonderbaren Ausspruch erlaubte: „Nach Lage der Dinge habe man es hier mit einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht der Gemeinde zu tun, deren Geschäftsführer Allers sei. Die heute, Dienstag, stattfindende Gemeindevertretersitzung wird daher nochmals zu der Sache Stellung nehmen; die Herren der alten Fraktion werden abermals die Verantwortung der Presseartikel ablehnen. Von unterrichteter Seite verlautet, daß die alte Fraktion allen Grund hat, die Aufmerksamkeit auf ein anderes Gebiet zu lenken, denn ihre Bewegung, die Beitragsordnung zur Kanalisation zu Fall zu bringen, scheint erfolglos zu verlaufen. Die deshalb notwendig gewordene Erhöhung der Kanalisationsgebühren von 2¾ auf 4½ und jetzt 6,3 Proz. des Nutzertrages belastet die Hausbesitzer so kolossal, daß schon Stimmen laut werden, der alten Fraktion die Gefolgschaft zu versagen, denn bei dem Gebührenzahlen ist das Geld für immer verloren, eine Anrechnung auf die unbedingt kommenden Beiträge findet nicht statt.

Spandau.

Gegen das Koalitionsverbot der Militärwerkstättenarbeiter. Die Militärwerkstättenarbeiter-Versammlung, welche am Sonntagmittag in der Brauerei Pichelsdorf stattfand, war von 500 Personen besucht. Genosse Richter eröffnete die Versammlung mit der Bemerkung, daß dieselbe vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufen worden sei, um gegen die Unterdrückung des Koalitionsrechts auf den königlichen Instituten zu protestieren. Als erster Redner erhielt Reichstagsabgeordneter Büchner das Wort. Er kritisierte scharf das Verhalten der Militärverwaltung, die deshalb den Militärarbeiterverband auflösen wolle, weil er die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertrete. Derselbe stehe auf konservativer Grundlage und werde von dem Metallarbeiterverband auf das heftigste bekämpft. Dem verflossenen Abg. Pauli gebühre das „Verdienst", im Reichstage den Militärarbeiterverband sozialdemokratischer Umtriebe verdächtigt und dadurch die Hetze gegen den Verband hervorgerufen zu haben. Er beleuchtete dann die Mißstände in den staatlichen Musterwerkstätten. In der Geschützgießerei werde geklagt, daß seit Jahren ein Antreibersystem herrsche. Die Unfallziffer habe zugenommen. Leute, die einen Unfall erleiden, würden außerdem noch bestraft. In der Geschoßfabrik seien im vorigen Jahre durchschnittlich täglich zwei Ueberstunden gemacht worden. Als der Arbeiterausschuß vorstellig geworden, soll der Betriebsleiter erklärt haben, das ginge den Arbeiterausschuß garnichts an. Der Referent kam dann auf die berechtigte Kritik im „Militärarbeiter" zu sprechen, wonach in der hiesigen Garnisonwaschanstalt unhygienische Zustände herrschen. 12 Frauen hätten zum Waschen eine Waschschüssel, 5 bis 6 Frauen könnten sich in der Flicktube umziehen, die übrigen müßten zum Teil den Trockenraum hierzu benutzen, wo der Inspektor, Maschinist und Wärter frei umhergehen. Ein anderer Teil kleidet sich in einer Kammer um, in der schmutzige Wäsche aufbewahrt werde. Es sei in solchen Fällen erklärlich, wenn Frauen in ihren Kleidern Ungeziefer mit nach Hause gebracht hätten. Büchner schloß sein Referat mit dem Appell an die Staatsarbeiter, dem Verbande treu zu bleiben oder sich dem Metallarbeiterverband anzuschließen. Dann nahm Reichstagsabgeordneter Liebknecht zu einer längeren Ansprache das Wort, um mit Generalmajor Mandel Abrechnung zu halten. Im Reichstag würden die kritisierten Mißstände vom Generalmajor Mandel bei jeder Gelegenheit abgestritten und erklärt, die Militärwerkstätten seien Musterbetriebe. In Wirklichkeit würden die Arbeiter nirgends so niedrig entlohnt, wie die Staatswerkstättenarbeiter. Jeder Arbeiter könnte sich organisieren, nur die Staatsarbeiter nicht; niemand werde so bespitzelt wie die Staatsarbeiter, was ja auch die heutige Versammlung beweise. Es könne nur anders werden, wenn die Staatswerkstättenarbeiter wie die Reichswerftarbeiter in Kiel sich das Recht zur Organisierung erkämpften. Genosse Liebknecht schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit der Zusicherung, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach wie vor die Staatswerkstättenarbeiter mit allen Kräften vertreten werde. — Der Leiter der Versammlung richtete noch an die anwesenden bürgerlichen Pressevertreter, hauptsächlich an die „Spandauer Zeitung", die Aufforderung, in Zukunft objektivere Berichte zu bringen und schloß darauf die imposant verlaufene Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

L. 33. 1. Ihre Frau ist zahlungspflichtig. 2. u. 3. Nein. — **A. B. 74.** Nur beim Vorliegen eines Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlusses. —

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 1. 9. cm	seit 31. 8. cm¹)	Wasserstand	am 1. 9. cm	seit 31. 8. cm¹)
Memel, Tilsit	162	—7	Saale, Grochlitz	—	—
Pregel, Insterburg	47	—14	Havel, Spandau²)	22	—6
Weichsel, Thorn	46	—2	„ Rathenow²)	8	+2
Oder, Ratibor	114	—4	Spree, Spremberg²)	84	—4
„ Krossen	124	+3	„ Beeskow	77	0
„ Frankfurt	136	+2	Weser, Münden	250	—14
Warthe, Schrimm	—6	—4	„ Minden	355	—27
„ Landsberg	—20	+1	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Nordamm	—	—	„ Kaub	348	+4
Elbe, Leitmeritz	106	—14	„ Köln	—	—
„ Dresden	—7	—11	Neckar, Heilbronn	97	—8
„ Barby	266	—5	Main, Hanau	187	—5
„ Magdeburg	214	0	Mosel, Trier	—	—

¹) + bedeutet Wasserstandszunahme, — Fall. — ²) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.